Nr. 66. 25. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Sonntag.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 18. März 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Sechzig Jahre der Volksentrechtung!

Sechzig Jahre nach Verübung schnöden Wahlrechtsraubs ist das preußische Proletariat genötigt, sein Recht durch gewaltige Massenkundgebungen zu fordern! Im Jahre 1848 hatte sich das preußische Volk bereits das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht erobert! Durch die schwächliche Haltung, ja durch die direkte Verräterei des Bürgertums erlangte die junkerlich-absolutistische Reaktion bald wieder so viel Macht, um dem Volke sein Wahlrecht rauben und das elendeste aller Wahlsysteme aufzwingen zu können. Und das Bürgertum ist seitdem politisch derartig heruntergekommen, daß es ganz allein das Proletariat ist, das den Kampf um das allgemeine und gleiche Wahlrecht führt. Von dem ehemaligen liberalen Bürgertum sind die Nationalliberalen direkte Gegner des allgemeinen und gleichen Wahlrechts geworden. Der kleinere Teil des Liberalismus, die drei freisinnigen Parteien, fordern zwar in ihrem Programm das allgemeine und gleiche Wahlrecht, aber sie sind bereit, mit jedem Kompromißwahlrecht fürlieb zu nehmen. Ja, der Freisinn hat es nicht einmal für nötig gehalten, den Block zu kündigen, trotzdem Fürst Bülow nicht einmal die Beseitigung der öffentlichen Abstimmung für annehmbar erklärte!

Was diese öffentliche Abstimmung zu bedeuten hat, beweist ja die Erklärung, die erst vor wenigen Tagen der preußische Eisenbahnminister Breitenbach im Reichstage abgegeben hat. Er erklärte dort, daß jeder Arbeiter, der sich zur Sozialdemokratie bekenne, rücksichtslos entlassen werden solle. Den mehr als ¾ Millionen Staatsarbeitern ist damit das Recht genommen, bei der preußischen Landtagswahl so zu stimmen, wie es ihrer politischen Ueberzeugung entspricht! Die Staatsarbeiter und die Unterbeamten sollen sich also — so will es die Regierung — der Stimme enthalten, obgleich gerade der Landtag der Ort ist, wo ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse geregelt werden! Die Staatsarbeiter und die Unterbeamten sehen sich also ihrer Staatsbürgerrechte beraubt und mit gebundenen Händen der Regierung und den ausbeutenden Klassen ausgeliefert!

Noch ein anderes Beispiel für den skandalösen Terrorismus gegenüber den Staatsarbeitern und zugleich für das schmachvolle Dreiklassenwahlrecht sei angeführt. Infolge der vom preußischen Landtage beschlossenen Fassung der Steuergesetzgebung sind die Unternehmer verpflichtet, das Einkommen der Arbeiter und derjenigen Beamten, die ein Einkommen von weniger als 3000 M. besitzen, der Steuerbehörde mitzuteilen. Dieser Bestimmung gemäß sind die Arbeiter jetzt mit aller Schärfe herangezogen! Das Proletariat wird nicht nur durch die indirekten Steuern und den Brot- und Fleischwucher des Junkertums in unerhörter Weise geschröpft und in unvergleichlich höherem Maße getroffen, als die Angehörigen der besitzenden Klasse, sondern die Arbeiter werden nunmehr auch viel schärfer zur direkten Steuer herangezogen, als die besitzenden Klassen! Für die Personen mit einem Einkommen von mehr als 3000 M. besteht ja das Recht der Selbsteinschätzung. Daß gerade in den Kreisen mit hohem Einkommen gewaltige Summen versteuerbaren Einkommens der Steuerbehörde unterschlagen werden, ist ja eine bekannte und jüngst erst von der agrarischen Presse selbst festgestellte Tatsache. Der Steuerbehörde bietet sich ja nur sehr unzureichende Möglichkeit, das wirkliche Einkommen der besitzenden Klasse durch die Steuer zu erfassen. Als einmal in einer Kommission des Abgeordnetenhauses angeregt wurde, Sparkassen und Banken zu verpflichten, über die bei ihnen hinterlegten Summen und die Personen der Hinterleger der Steuerbehörde Angaben zu machen, wurde diese Anregung von den bürgerlichen Parteien mit Entrüstung zurückgewiesen!

Der besitzenden Klasse soll ihr Einkommen eben nicht nachgerechnet werden; die Proletarier aber werden bei Heller und Pfennig zur Einkommensteuer herangezogen, obgleich sie bereits unter der kolossalen Belastung der indirekten Steuern leiden! Ja — und das verdient immer wieder festgenagelt zu werden —, es war gerade der Antrag eines Freisinnigen, der der Steuerbehörde die Handhabe lieferte, das Einkommen auch des letzten Arbeiters einwandfrei zu ermitteln. So schalten die Vertreter der besitzenden Klasse im Dreiklassenparlament! Und damit an diesem System der Klassengesetzgebung nicht gerüttelt werden kann, soll das Privilegierten-Wahlrecht unter keinen Umständen preisgegeben werden!

Die Neuwahlen sollen wiederum unter dem Dreiklassenwahlrecht vollzogen werden. Einem Wahlrecht, das im Durchschnitt drei Wählern in der ersten Klasse soviel Wahlrecht einräumt, wie 85 Wählern der dritten Klasse. In den Großstädten liegen die Dinge noch schlimmer. Gehören doch beispielsweise in Berlin von je 100 Personen nicht weniger als 89 der dritten Wählerklasse an! Nun hat man, um den Mittelstand gegen das allgemeine, gleiche Wahlrecht einzunehmen, behauptet, daß in der zweiten Klasse wenigstens der Mittelstand dominiere. Aber auch das ist nicht richtig. Denn speziell in den Städten, wo der gewerbliche Mittelstand ja in erster Linie in Frage kommt, überwiegt die Zahl derjenigen Urwahlbezirke, in denen der eigentliche Mittelstand nicht den Ausschlag gibt. In Berlin beispielsweise beträgt die durchschnittliche Steuersumme in den Urwahlbezirken der zweiten Klasse mehr als 400 Mark. Zudem finden die Neuwahlen wiederum mit kleinen Veränderungen nach der alten Wahlkreisgeometrie statt, die das platte Land den Industriebezirken und den Großstädten gegenüber ungeheuer begünstigt. In welchem Maße das der Fall ist, beweist ja die Tatsache, daß das Zentrum mit 26 000 Urwählerstimmen 23 Mandate erobern konnte, die Konservativen mit 42 000 Urwählerstimmen sogar 43 Mandate, während die Sozialdemokratie mit 314 000 Stimmen kein einziges Mandat erlangte!

Gegen dieses ungeheuerliche Wahlsystem protestiert heute abermals das Proletariat mit allem Nachdruck. Und es protestiert nicht nur gegen das Dreiklassenwahlrecht in seiner heutigen Form, sondern gegen jedes neue Klassen- und Privilegiertenwahlrecht: gegen ein ständisches Wahlrecht nicht weniger wie gegen ein Mehrstimmenwahlrecht, wie es die Nationalliberalen empfehlen. Denn die Wirkung bei einem ständischen oder Pluralwahlrecht würde eben die sein, daß die Masse des Volkes, die 85 Prozent Wähler, die heute in der dritten Klasse wählen, künftig unter allen Umständen nur einen kleinen Bruchteil der Abgeordneten zu wählen hätten, während die besitzende Minderheit die ungeheure Mehrheit erhielte! Das der besitzlosen Mehrheit des Volkes durch solch eine „Reform" eingeräumte Wahlrecht wäre also nur ein Schein-Wahlrecht, das an der Klassengesetzgebung der Besitzenden nichts zu ändern vermöchte!

Die besitzenden Klassen glauben des Wahlrechtssturms des Volkes spotten zu können. Sie alle, von den Konservativen bis zum Linksfreisinn, verhöhnen den Unwillen der entrechteten Klassen. Es ist Aufgabe des Proletariats, den herrschenden Klassen allen Spott und Uebermut auszutreiben! Mag die herrschende Klasse noch so sehr auf den Polizeisäbel pochen, mag sie die Bajonette für einen sicheren Schutzwall ihrer Privilegien halten: Das Proletariat wird durch wuchtige Aufrüttelung und unermüdliche Aufklärung die Massen des Volkes über das an ihnen verübte schreiende Unrecht belehren und alle Entrechteten, nicht nur Arbeiter, sondern auch Kleingewerbetreibende, kleine Beamte, kurz alle Nichtbesitzenden, in die Armee der Wahlrechtskämpfer eingliedern!

Parteigenossen! Demonstriert machtvoll gegen die Wahlentrechtung!

Der Umfall.

Am Vorabend des 18. März haben die angeblichen Nachkommen der liberalen Sturmgesellen von 1848 sich den Entschluß zum Umfall beim Sprachenparagraphen des Reichsvereinsgesetzes abgerungen. Die freisinnige Volkspartei ging voran unter der Führung Müller-Meiningens. Sie war für die Einleitung des Kuhhandels am besten zu brauchen. So hielt sie denn wider den Brauch eine Fraktionssitzung für sich ab und gegen den Widerstand der Träger, Stengel, Dohrn und Hormann beschloß sie, der Regierung ein Kompromiß anzubieten, wonach das Verbot nichtdeutscher Sprache in solchen Bezirken gelten soll, in denen die Zahl der Polen nicht 20 Proz. der Bevölkerung erreicht. Dort, wo die Polen stärker sind, soll ihnen der Gebrauch der Muttersprache in Versammlungen gnädigst gestattet sein. Die Reichsregierung, vertreten durch Herrn Staatssekretär Bethmann-Hollweg, hat diesem weitgehenden Angebot gegenüber nicht hart bleiben können und will sich damit zufrieden geben, da es ja so ziemlich alles gewährt, was sie gefordert hat. Nur möchte sie die Geltung dieser Bestimmung provisorischer Weise auf 10 Jahre beschränkt wissen, damit nach abermals 10 Jahren ein neuer Kuhhandel losgehen kann mit einem womöglich noch zermürbteren Freisinn.

In der freisinnigen Vereinigung hat das Kompromiß bei den Abgg. Delbrück, Heckscher, Graf Bothmer und Pachnicke sofort wohlwollendes Verständnis gefunden. Und schließlich hat ihr edles Beispiel auch andere mit „nationalem" Geiste erfüllt. Es wird behauptet, daß in der Freisinnigen Vereinigung und in der Süddeutschen Volkspartei der Vorschlag der Freisinnigen Volkspartei als geeignete Unterlage für eine Verständigung anerkannt wird!

Es ist demnach kein Zweifel mehr, daß das Kompromiß zustande kommt, daß der Freisinn umfallen wird. Er wird eine Ausnahmebestimmung schlucken, um der Börse die Börsenreform zu sichern und um das Auseinanderfallen des Blocks zu verhüten. Der Verrat wird vollzogen.

Das Kompromiß ist der glatte Umfall des Freisinns. Die preußische Regierung gibt nichts auf. Denn daß sie in Landesteilen mit starker polnischer Bevölkerung den Gebrauch der polnischen Sprache in Versammlungen nicht verbieten kann, das weiß sie und deshalb hat sie ja im Entwurf der Landeszentralbehörde das Recht zugewiesen, Ausnahmen vom Sprachenverbot zu gestatten. Getroffen werden sollen nach dem Plane, der dem § 7 des Reichsvereinsgesetzentwurf zugrunde liegt, vornehmlich die polnischen Minderheiten in Bezirken mit überwiegend deutscher Bevölkerung und diese Minderheiten liefert der Kompromißantrag der Freisinnigen der preußischen Regierung aus. Wir können im Augenblick nicht feststellen, ob es Kreise in Westfalen und im Rheinland gibt, in denen die polnische Bevölkerung 20 Prozent und mehr der Gesamtbevölkerung ausmacht. Jedenfalls dürften im Westen solche Bezirke, wenn sie überhaupt vorkommen, dünn gesäet sein und zweifellos würden Tausende und Abertausende von Polen des Gebrauches ihrer Muttersprache in Versammlungen beraubt werden. Wer aber ermittelt die Zahl der Polen in einem bestimmten Bezirke und wer grenzt die Bezirke ab? Die preußische Regierung und ihre Unterbehörden? Welchen Verwaltungskunststücken damit die Tür geöffnet wird, das kann jeder ermessen, der jemals von preußischer Wahlkreisgeometrie und von ungarischer Nationalitätenstatistik gehört hat!

Die zwanzigprozentige Beschränkung ändert nichts an dem Charakter der Ausnahmebestimmung, die der § 7 ist, nichts an der Tatsache, daß ein „entschiedener Liberalismus" sich an der Schaffung eines Ausnahmegesetzes beteiligen will, nichts daran, daß das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiterschaft eingeschnürt wird! Die Beschränkung der Bestimmung läßt gerade diesen besonderen Zweck mit größerer Deutlichkeit hervortreten.

Vor 60 Jahren forderten die deutschen Liberalen Vereins- und Versammlungsfreiheit. Heute schaffen sie an Ausnahmebestimmungen gegen die Vereins- und Vereinigungsfreiheit bestimmter Volksteile mit!

Aber freilich, 1848 glaubten sie noch für die Freiheit schlechtweg zu kämpfen. Heute streben und schachern sie für die Freiheit der Börse.

Das ist der Fortschritt von 60 Jahren!

Württemberg und der Arbeitskammern-Gesetzentwurf.

Ein Pfuschwerk sondergleichen! So lautet das Urteil aller Sachverständigen und Behörden über den famosen Gesetzentwurf betreffend die Errichtung von Arbeitskammern. Von den acht württembergischen Handelskammern haben sich zwei (Stuttgart und Calw) für Arbeiterkammern ausgesprochen; die anderen sechs sind für Arbeitskammern, aber nicht für Gebilde, wie sie der Gesetzentwurf schaffen will. Von den vier Handwerkskammern sind drei ebenfalls für Arbeitskammern, für die Regelung der Materie im Sinne der Reichsbeamten bedanken sie sich aber. Die Heilbronner Handelskammer stellt das Bedürfnis einer Arbeitervertretung in Abrede. Die Vertreter der Berufsgenossenschaften haben sich gegen die Uebernahme der Gesamkosten ausgesprochen. Die Hälfte der Kosten würden die Berufsgenossenschaften eventuell übernehmen.

Die Arbeiterräte der Zentralstelle für Gewerbe und Handel (ein Zentrallandeskollegium, das dem Ministerium des Innern untergeordnet ist und in dessen Geschäftskreis die sämtlichen Vorkehrungen zur Förderung von Gewerbe und Handel fallen, welche in der Aufgabe der Staatsbehörden liegen) und die Vertreter der Versicherten bei der Württembergischen Versicherungsanstalt haben sich grundsätzlich für die Errichtung von Arbeiterkammern ausgesprochen. Sollten doch Arbeitskammern errichtet werden, so müßten sie territorial abgegrenzt werden. Besondere Abteilungen für alle wichtigen Industrie- und Gewerbezweige müßten errichtet, ihre Befugnisse ausgedehnt werden auf die Regelung der Arbeitszeit und Arbeitslöhne, korporative Arbeitsverträge usw. In den Kammern müßten Vertretung finden alle in Industrie und Gewerbe, in Handel und Verkehr, Bergbau und Landwirtschaft beschäftigten Personen. Weiter verlangen die Arbeiterbeiräte Proporzwahl bei dem gleichen, direkten und geheimen Stimmrecht. Wahlberechtigt und wählbar sollen alle Großjährigen beiderlei Geschlechts sein. Die besoldeten Angestellten der gewerblichen Berufsvereine sollen wählbar sein. Die Kosten der Kammern soll der Staat tragen.

Das Verwaltungskollegium der Zentralstelle für Gewerbe und Handel hat sich ebenfalls einstimmig auf den Standpunkt gestellt, daß Arbeiterkammern das Richtige seien. Nach Lage der politischen Verhältnisse (Blockära!) hat es aber befürchtet, daß nach Ablehnung der Arbeiterkammern für lange Zeit eine Vertretung der Arbeiter überhaupt nicht zustande kommt. Deshalb möge man sich auch mit der Organisation und Wirksamkeit der Arbeitskammern befassen. So beantragte der Referent Regierungsrat Kälber in der letzten Sitzung des Gesamtkollegiums der Zentralstelle für Gewerbe und Handel am vergangenen Dienstag, der auch der Minister v. Pischek beiwohnte. Das Gesamtkollegium trat dieser Stellungnahme des Verwaltungskollegiums mit 25 gegen 4 Stimmen bei. Des weiteren schlug das Verwaltungskollegium vor, neben den Berufsarbeitskammern, die der Entwurf im Anschluß an die Berufsgenossenschaften vorsieht, auch noch Kammern für räumlich abgegrenzte Bezirke, z. B. für eine Provinz, einen mittleren Bundesstaat oder für den Bezirk einer Invalidenversicherungsanstalt zu schaffen. Das Verwaltungskollegium denkt sich die Sache so, daß jede Berufsarbeitskammer eine bestimmte Zahl von Vertretern in die Landesarbeitskammern entsendet, wobei die Berufsarbeitskammern zurückzutreten hätten, die schwach oder gar nicht in dem betreffenden Lande vertreten wären. Die Wählbarkeit wäre dabei auf solche Personen zu beschränken, die ihren Wohnsitz oder ihren Beschäftigungsort im Bezirk der Landesarbeitskammer haben. Oder auch: es könnte das Wahlrecht nicht den Berufsarbeitskammern selbst, sondern den sämtlichen Mitgliedern der Be-

rufsarbeitskammern, die im Bezirk der Landesarbeitskammer wohnen oder beschäftigt sind, eingeräumt werden. Arbeiterbeirat Wagner stellte den Gegenantrag, daß die Arbeitskammern unabhängig von den Berufsgenossenschaften auf territorialer Lage errichtet werden sollen. Dieser Antrag wurde mit 16 gegen 12 Stimmen angenommen. Nur wenn dieser Vorschlag abgelehnt bezw. bei Regierung und Reichstag keine Gegenliebe findet, wird der Vorschlag des Verwaltungskollegiums unterstützt.

Das polnische Echo.

Man schreibt uns: Der „Vorwärts" hat seinen Lesern schon mitgeteilt, daß nach endgültiger Annahme des Enteignungsgesetzes durch den preußischen Landtag in Russisch-Polen zahlreiche dort beschäftigte deutsche Privatbeamte, Werkmeister, Buchhalter und auch Arbeiter durch Briefe, Flugblätter und Maueranschläge aufgefordert wurden, sofort das „Königreich Polen" zu verlassen. Besonders in dem Oberschlesien eng benachbarten Sosnowice-Dombrowaer Industriebezirk haben mehrere tausend Deutsche solche Aufforderungen erhalten mit der Drohung, bei Nichtbefolgung Gewalt erwarten zu müssen. Diese Maßregel ging von den Narodowi Demokracy, den Nationaldemokraten, aus, die in Russisch-Polen sehr stark sind. Bei den jetzt in Rußland herrschenden Zuständen waren die Drohungen der Nationalisten durchaus ernst zu nehmen, und die Bedrohten haben sich denn auch angsterfüllt telegraphisch sowohl an den deutschen Generalkonsul in Warschau wie an den deutschen Reichskanzler und sogar ganz überflüssigerweise an einige liberale Blockbrüder um Hülfe gewandt. Fürst Bülow hat den Bittstellern geantwortet, daß „die kaiserlichen Vertretungen in St. Petersburg und Warschau zu erforderlichen Schritten wegen Herbeiführung geeigneter Vorkehrungen veranlaßt worden seien".

Und worin bestehen nun die „geeigneten Vorkehrungen"? Darin, daß die russische Regierung nach Sosnowice noch fünf Kompagnien Soldaten geschickt hat zu den mehreren tausend Mann Militär, die dort schon hausen und der Bevölkerung das Leben schwer machen. Hat all das bisher dort vorhandene Militär nicht die täglich vorkommenden Gewalttaten und Attentate verhindern können, so werden das natürlich auch nicht die neuen fünf Kompagnien können. Man muß nun vielmehr erst recht für die Sicherheit der dort wohnenden Deutschen fürchten, denn die Kosten dieses verstärkten Schutzes muß die ohnehin unerträglich belastete Sosnowicer Einwohnerschaft tragen und das wirkt selbstverständlich sehr aufreizend gegen die so „geschützten" Deutschen. Die hakatistische Grenzpresse in Oberschlesien hindert das nicht, wie zum Beispiel die „Kattowitzer Zeitung", mit grinsender Schadenfreude zu erklären, „das Angenehmste sei, daß die Bürgerschaft die Unterhaltungskosten aufzubringen habe und sich dafür bei den Polen (!) bedanken könne."

Diesen sinnlosen Hetzern kommt es offenbar weniger darauf an, die durch die brutale Politik ihrer Regierung in schwere Gefahren gestürzten eigenen Landsleute geschützt zu sehen, als darauf, die verhaßten Polen zu ärgern und zu schädigen. Mit höchster Genugtuung begrüßt es die hier gekennzeichnete Grenzpresse, daß man „mit der polnischen Wirtschaft in der deutschen Industrie Rußlands endlich aufzuräumen beginne", d. h. daß gerade in diesem Augenblick die Verwaltungen deutscher Industriewerke in Russisch-Polen ihren polnischen Ingenieuren und Verwaltungsangestellten gekündigt haben. Selbstverständlich kann auch diese Maßregel ebenso wie der Beifall, den sie bei den Hakatisten im preußischen Gebiete findet, nur geradezu provokatorisch wirken und es sieht wirklich so aus, als wenn es manchen Leuten in Preußen sehr erwünscht wäre, wenn drüben in Polen Gewalttaten gegen Deutschland verübt würden.

Wie anders mutet dagegen das Verhalten der so verschrienen sozialistischen Revolutionäre an. Das Komitee der polnisch-sozialistischen Partei des Sosnowice-Dombrowaer Rayons hat ein Flugblatt verbreitet, das sich in schärfster Weise gegen die Drohungen der Nationalisten wendet und diese auf eine Stufe mit den Huligans stellt. Es heißt u. a. in dem Flugblatt: „Was können denn die hier lebenden deutschen Arbeiter und Beamten für das Vorgehen der Großgrundbesitzer und Großindustriellen, die im preußischen Landtage sitzen und das Enteignungsgesetz dank dem elenden Wreklassenwahlrecht durchgebracht haben? Wir werden unsere bedrohten Brüder, die ebenso wie wir im Schweiße ihres Angesichts ihr Brot schwer verdienen müssen, schützen, ganz gleich, welcher Nation und welcher Religion sie angehören, wir werden ihnen auch bei Angriffen auf der Straße unsere Hülfe geben. Es leben die vereinten Arbeiter!" Daß die polnischen Genossen diesen Worten die Tat folgen lassen werden, ist sicher und so dürften die bedrohten Deutschen in Russisch-Polen viel sicherer Schutz und Hülfe finden bei den „rohen Umstürzlern", als bei den Kosaken des Zaren, bei ihrem stolzen deutschen Reichskanzler und seinen hakatistischen Verehrern, hirn- und herzlosen Nationalitätenhetzern!

Abenteurerpolitik.

Petersburg, 9. März. (Eig. Ber.) Die russische Reaktion triumphiert jetzt, sie herrscht über das ganze Land und erdrosselt mit eiserner Faust jede freie Lebensäußerung. Aber nicht nur die innere Politik steht in ihrem Zeichen, sondern auch ins Gebiet der äußeren Politik streckt sie ihre Fühler aus und das neueste Gesetzesprojekt, welches das Ministerium Stolypin der Duma vorgelegt hatte, ist dafür ein beredtes Zeichen. Es handelt von der Bewilligung von Mitteln für den Bau einer Eisenbahn im nördlichen Amurgebiet. Die Länge der Bahn soll 2040 Werst betragen und das Ministerium fordert zu diesem Zweck die Kleinigkeit von 395 Millionen Rubel. Außerdem verlangt es 61 Millionen Rubel für den späteren Bau eines zweiten Gleises und 10 Millionen Rubel für eine Zweigbahn nach Blagowjeschensk (südliches Amurgebiet), alles in allem 466 Millionen Rubel. In dieser Summe sind aber sämtliche Ausgaben für Betriebsmaterial usw. noch nicht inbegriffen; außerdem gesteht das Ministerium selbst zu, daß eine Erhöhung der notwendigen Mittel möglich ist, da die Voruntersuchungen und Messungen noch nicht abgeschlossen sind. Hält man sich dabei das Beispiel der sibirischen Bahn vor Augen, die anfänglich „nur" auf 350 Millionen Rubel veranschlagt wurde, schließlich aber rund eine Milliarde gekostet hatte, so kann man ohne jede Uebertreibung annehmen, daß auch die jetzt geforderten 466 Millionen Rubel in wenigen Jahren sich verdoppeln werden.

Womit begründet aber die Regierung die Notwendigkeit solch ungeheurer Geldopfer? In der den Gesetzentwurf begründenden Denkschrift heißt es: der Bau der verlangten Bahn „biete die Möglichkeit, die Kolonisation und die Produktion des Gebietes zu fördern." Wie sieht es aber damit in Wirklichkeit aus? Hören wir, was Kenner des Amurgebietes über dessen Beschaffenheit sagen. Die Durchschnittstemperatur des Jahres ist 2,4 Grad unter Null; im Winter ist der Boden einen Meter tief hartgefroren; Wintergetreide kann daher nicht gebaut werden; das Sommergetreide aber wird durch wochenlanges Regenwetter meist total vernichtet; die höchsten Ernten ergeben kaum das fünf- und sechsfache der Aussaat; mineralische Schätze sind nicht vorhanden; die Bevölkerung beträgt kaum 0,4 pro Quadratkilometer usw. Angesichts alles dessen kann selbstverständlich von keinerlei ökonomischer Bedeutung der Eisenbahn gesprochen werden, sie ist in dieser kalten Einöde gleich Null. Aus denselben Gründen ist es aber auch unmöglich, den Eisenbahnbau mit der Notwendigkeit, das Amurgebiet vor dem Eindringen der Japaner oder der Chinesen zu schützen, zu rechtfertigen. Sie können kein Interesse an dieser unwirtlichen Wildnis haben, die weder als Kolonisationsgebiet, noch als Absatzgebiet ernstlich in Betracht kommen. Ihre ökonomischen Interessen drängen sie nicht ins Amurgebiet, sondern nach der Mandschurei und Korea, und Rußlands Pläne können nur durch das Bestreben erklärt werden, sich einen Weg zum Stillen Ozean zu bahnen, den Einfluß der Japaner zu brechen und die Herrschaft an sich zu reißen. Das ist aber dieselbe Losung, um derentwillen vor 4 Jahren Tausende von Menschen hingeschlachtet worden sind, dieselbe Abenteurerpolitik, die über das Volk das namenlose Elend des Krieges und über die Regierung die Schande einer militärischen Niederlage gebracht hat. Die geplante Amurbahn ist der erste Weg zur Erneuerung dieser Politik und von diesem Standpunkt aus wird diese Frage auch allgemein erörtert — sowohl im Lager der Reaktion, die offen den Ruf nach der „Herrschaft im Stillen Ozean" erschallen läßt, wie auch auf Seiten der Opposition. Nur der kadettische Offiziosus „Rjetsch", der bei anderen Gelegenheiten nicht genug über „die ostasiatische Aventüre" jammern kann, die Rußland an den Rand des Bankerotts gebracht haben, macht eine unrühmliche Ausnahme und erklärt feierlich durch den Mund A. Kaufmanns: „Die Frage der Amureisenbahn hat nichts mit der Abenteurerpolitik im fernen Osten zu tun", sie ist vielmehr „eine Frage der Einheit unseres Staatsorganismus." Gleichzeitig erklärt Herr Miljukow: „in der ostasiatischen Politik Rußlands liege eine gewisse Tradition, die nicht aufgegeben werden darf." Praktisch fällt zwar diese Stellungnahme der Kadetten für das Schicksal der Regierungsvorlage nicht ins Gewicht, denn ihre Annahme durch den schwarzoktobristischen Block ist ja sicher. Aber für die kadettische Partei ist sie äußerst charakteristisch: sie zeigt, wie eine Partei, die ehemals immerhin aufrichtig die ostasiatische Politik der Regierung bekämpft hat, jetzt, im krampfhaften Bestreben, sich durch „Patriotismus", „Loyalität" und ähnliche Tugenden das Wohlwollen der Regierung zu erobern, dieser verbrecherischen Politik ihren Segen gibt und dabei mit der Reaktion gemeinsame Sache macht, ohne sich bewußt zu werden, daß sie dadurch das letzte Recht auf den Namen einer oppositionellen Partei — die sie doch in den Augen des Landes bleiben möchte — verwirkt. Kommt es aber einmal soweit, daß die Abenteurerpläne der Regierung ihre traurigen Früchte tragen, so werden die Kadetten sich der Mitverantwortlichkeit dafür nicht entziehen können.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. März 1908.

Der Kolonialetat im Reichstag.

Die Debatte über den Kolonialetat setzte heute im Reichstage sehr flau ein. Die eigentlichen Kämpfe zwischen Dernburg und seinen konservativen und nationalliberalen Widersachern, den Vertretern der Bureaukraten und Ansiedler im Gegensatz zu den von Dernburg vertretenen Interessen des Börsenkapitals, waren bereits in der Budgetkommission des langen und breiten zum Austrag gebracht worden. Dort war es auch nach längeren heftigen Auseinandersetzungen schließlich zu einem modus vivendi gekommen. Die Konservativen und sonstigen Freunde der Ansiedler und Kolonialbureaukratie sind gewillt, den Plänen Dernburgs prinzipiell nichts in den Weg zu legen, wenn Dernburg auch seinerseits bereit ist, es mit seinen Plänen beim Prinzip bewenden zu lassen. Und Dernburg hat ja auch bereits erklärt, daß er bereit ist, auch den Interessen aller übrigen kolonialen Ausbeuter in weitgehendstem Maße Rechnung zu tragen, wenn nur seinen Bahnprojekten die Zustimmung nicht versagt wird. Diese Bahnprojekte liegen übrigens ja auch durchaus im Interesse der Ansiedler, weil durch die Brachlegung der Karawanenträger für die Ansiedler willige und billige Arbeitskräfte geschaffen werden.

Daß, nachdem Dernburg heute in sehr knappen Zügen sein Programm entworfen, die Redner der Konservativen, Nationalliberalen usw. dem Kolonialsekretär keinerlei Opposition machten, erklärt sich daraus, daß man sich in diesen Parteien nachgerade davon überzeugt hat, daß Dernburgs Kolonialpläne durchaus in Einklang zu bringen sind mit den Ausbeutungsinteressen der Ansiedler und den bisher geübten Verwaltungspraktiken unserer Kolonialbureaukratie. Dernburg hält es mit der Maxime „Leben und leben lassen". Wenn ihm die 150 Millionen für die Kolonialbahnen bewilligt werden, so wird er beide Augen zudrücken, wenn es gilt, den Plantagenbesitzern — sei es auch in Form von Arbeitskontrakten — Eingeborene als Sklaven zu überliefern oder sonst in irgend einer Weise rücksichtslose Ausbeutungsgelegenheit zu gewähren.

Herr Dernburg sagte auch unter anderem, daß der Reichszuschuß für die Kolonien fixiert werden solle. Herr Dernburg sollte sich etwas genauer darüber verbreiten. Sein Plan, die Verzinsung für die Kolonialeisenbahnen durch die Kolonien selbst aufbringen zu lassen, bedeutet ganz und gar nicht eine solche Fixierung der Reichszuschüsse. Jeder durch die Kolonialpolitik verursachte Aufstand kann den Zuschuß auf eine ebenso ungeheuere Höhe anschwellen lassen wie der südwestafrikanische Krieg!

Das Eingreifen unseres Genossen Ledebour, der morgen in der Debatte das Wort nehmen wird, dürfte einen etwas frischeren Zug in die stagnierende Kolonialdebatte bringen.

Freisinnige Schwätzer und konservative Scharfmacher.

Im Dreiklassenhause wurde am Dienstag die dritte sogenannte Etatsberatung fortgesetzt. Ein Langes und Breites wurde über Ansiedelungen im Osten geredet. Tiefere soziale Probleme wurden natürlich nicht berührt. Durch unerträgliche Schwatzhaftigkeit zeichnete sich wieder der

---

Fürsten, Minister, Soldaten, Bourgeois und Arbeiter.

Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen, hatte im Jahre 1847 kategorisch erklärt, daß er nicht dulden werde, daß sich zwischen den Herrgott im Himmel und das Volk ein Blatt Papier, will sagen eine Verfassung, dränge. Und noch am 14. März 1848 sagte der hochgemute Preußenkönig in Potsdam: „Nun werd' ich nach Berlin müssen, damit sie mir dort nicht tolle Streiche machen." Ja diese selbstherrliche, siegessichere Stimmung hielt sogar noch bis zum 18. März vor. Als der Barrikadenkampf tobte, die Kanonen donnerten und die Sturmglocken heulten, wies der König durch das Fenster nach der von Bewaffneten starrenden Königstraße und sagte: „Diese Straße gehört mir." Ja, sogar noch am Morgen des 19. März erließ er eine Proklamation „An meine lieben Berliner", in der es hieß, daß sie „von einer Rotte von Bösewichtern, meist aus Fremden bestehend" zum Aufruhr verführt worden seien; indes wolle er großmütig die Truppen zurückziehen, wenn das Volk zuerst die Barrikaden verlasse. Er mußte dann freilich die Truppen zurückziehen, ohne die Entwaffnung des Volkes durchgesetzt zu haben. Ja, er mußte im Schloßhof selbst den Hut vor den Bahren der gefallenen Freiheitskämpfer ziehen. Und in einer königlichen Proklamation vom 21. März hieß es: „Heil und Segen dem konstitutionellen Fürsten, dem neuen Könige der freien, wiedergeborenen Nation." Und an demselben Tage sagte er in einer Ansprache an die bewaffnete Studentenschaft: „Ich will keine Krone, keine Herrschaft, ich will Deutschlands Freiheit, Deutschlands Einheit."

Eine verblüffende Wandlung in verblüffend kurzer Zeit! Es hätte nur noch gefehlt, daß er es gemacht hätte wie Metternich, der davongejagte Staatskünstler der Heiligen Allianz. Dieser alte Sünder spielte in den Märztagen nicht nur gleichfalls den begeisterten Anhänger der von ihm so lange geknechteten Freiheit, sondern er behauptete sogar, stets ein Verehrer der Souveränität des Volkes gewesen zu sein! Der bekannte Dichter Justinus Kerner, bei dem er auf seiner Flucht in Weinsberg Station gemacht, berichtete darüber in einem Briefe von Ende März 1848: „Ich nahm ihn in einem Turm auf, wo Graf Helfenstein vor seiner Hinrichtung durch die Bauern gefangen saß. Das war ihm ominös; es ist ihm unheimlich und mir ist sein ganzes Wesen unheimlich; besonders sein unverschämtes Liberaltum. Er behauptet, nur sein Wunsch, daß Deutschland eine Republik werde, den er immerdar gehegt, habe ihn zu dem illiberalen System gebracht, nur so habe sich Deutschland so mächtig und kraftvoll erheben können. Das sei sein Werk, und von ihm geflissentlich so durchgeführt. Er ruhte nicht, bis ich auf meinen Turm eine rote Fahne steckte." Wer weiß, ob der Ex-Staatskanzler, wenn die Revolution siegreich geblieben wäre, nicht allen Ernstes Anspruch darauf erhoben hätte, im Pantheon der Freiheitskämpfer die erste Stelle zu erhalten. Und dieser Mensch war drei Jahrzehnte lang der allmächtige Staatsmann der Heiligen Allianz! Ob nicht auch unter ähnlichen Umständen andere Staatskanzler ähnlicher Wandlungen fähig wären?

•

Am 21. März hielt Friedrich Wilhelm IV. an die Berliner Stadtverordneten eine Ansprache, in der er sagte, er wisse wohl, daß er nicht stark sei durch die Waffen des Heeres oder durch seinen Schatz, „sondern allein durch die Herzen und die Treue seines Volkes." Er hatte auch alle Ursache dazu. Denn daß er sich auf sein Heer keineswegs mit Sicherheit verlassen konnte, beweist beispielsweise eine Episode, die ein alter Achtundvierziger (Sigmund Borkheim), der im Frühjahr 1848 zur Garnison Festung Glogau gehörte, erzählt. Der ehemalige Student und Gloganer Kanonier durfte es wagen, in den dem 18. März folgenden Wochen als revolutionärer Redner in Volksversammlungen aufzutreten: „Die Volksversammlungen kamen jetzt in die Mode; sie wurden gewöhnlich in einem öffentlichen Garten außerhalb der Fortifikationen abgehalten. Ich produzierte mich öfter als Redner, und zwar immer in Uniform, was eigentlich gefährlich war und die Zuhörer verblüffte. Ich sprach hauptsächlich gegen die stehenden Heere, von dem elenden Traktement der Soldaten und den unverhältnismäßigen Gagen der höheren Chargen. Gewöhnlich opponierten nur Offiziere, die mich durch ihre Gläser in einer Weise fixierten, welche die Absicht, mich aus der Fassung zu bringen, deutlich verriet. Sie erreichten dies aber nie, denn ich bereitete mich stets gehörig vor. Einmal tumultuierten auch die Bürgerlichen ob meiner Keckheit; man stürmte auf die Rednerbühne los, wahrscheinlich, um mich herunterzuzerren, und ich hätte mich wohl einschüchtern lassen, wenn nicht eine Anzahl Unteroffiziere der Beuthener Kürassiere, lauter riesenhafte Kerle, einen Wall vor mir formiert und mir zugerufen hätten, ich möchte mein Sprüchlein nur ruhig fertig sagen." —

•

So lange das Proletariat im Jahre 1848 sein Blut verspritzte, nur um für die Bourgeoisie die Kastanien aus dem Feuer zu holen, kargte die besitzende Klasse nicht mit ihrem Lobe. Am 23. März erließen Bourgeois einen Aufruf zu Beiträgen, um für die arbeitslosen Proletarier Brot kaufen zu können. Sie verwiesen in diesem Aufruf darauf, daß die Arbeiter sich „in den Tagen der Gefahr mit einer ruhmwürdigen Zurückhaltung benommen, daß sie Hunger und Not ohne Murren und ohne Forderungen (!) ertragen" hätten. „Ohne Forderungen"! Ja, solche Arbeiter waren des Preises würdig und wenigstens des trockenen Brotes, das sie vor dem Verhungern schützte.

Die Stimmung der Bourgeoisie schlug aber jäh um, als das Proletariat mit Forderungen hervortrat und sich als Klasse zu fühlen begann. Am 28. März erschien nämlich auch in der „Berliner Zeitungshalle" ein Artikel, in dem es hieß: „Die Wahrheit ist, daß auch bei uns — so gut wie in Frankreich, wie in England — der Bruch zwischen der Bürgerklasse und der Arbeiterklasse schon vollendet ist. Nicht zwischen dem Königtum und der Republik ist Krieg, sondern zwischen den Besitzenden und den mit ihrer Arbeitskraft zum Besitz Drängenden. Unsere Bürger fühlten dies gar wohl, und darum beginnen sie schon jetzt, schon nach dem ersten Tage unserer glorreichen Revolution, aus allen Kräften rückwärts zu ziehen." Dieser Artikel verschnupfte in der Bourgeoisie gar sehr. Handwerker begaben sich mit ihren Arbeitern nach der Redaktion, um den Verfasser des Artikels durch ihr „einträchtiges Leben" zu überzeugen, daß er mit dem „Bruche zwischen Bürgertum und Arbeiter" im Irrtum sei. Auf der Börse aber verpflichtete man sich feierlich, das dreiste Blatt durch Boykott in jeder Form nach Möglichkeit zu schädigen.

Und als die nichtbesitzende Klasse gegen die Beschränkung des demokratischen Wahlrechts durch die indirekte Wahl protestierte, als das Proletariat Massenaufzüge vors Schloß plante, da stellte man die Verfasser der Aufrufe zu dieser Demonstration vor Gericht, und die Bürgerwehr und bewaffnete Studentenkorps machten es sich zur Pflicht, die Demonstration zu vereiteln! Das geschah im Mai 1848!

Wenige Wochen nach dem glorreichen 18. März und nach der pomphaften Ehrung der Märzgefallenen gab sich die Bourgeoisie bereits dazu her, das Proletariat an Straßendemonstrationen zu hindern, durch die es ein wahrhaft demokratisches Wahlrecht erzwingen wollte!

Das Proletariat, das für die Freiheit, die Rechte und die Interessen der Besitzenden auf den Barrikaden kämpfte, war des Beifalls der Bourgeoisie sicher; als jedoch das Proletariat für seine eigenen Rechte nur einen Massenaufzug veranstalten wollte, da stellte die Bourgeoisie selbst die Sicherheitspolizei für die Reaktion!

Ben Akiba hat wieder einmal recht! Bereits 1848 entlarvte sich das liberale Bürgertum als genau so arbeiterfeindlich, wie im Jahre 1908!

dekorierte Hottentottenhäuptling von Königsberg Gyßling aus. — Beim Etat des Polizeiministeriums machte der als unfreiwilliger Erheiterer der Mitmenschheit bekannte Junker v. Arnim-Züsedom den Nachfolger Puttkamers für den 18. März scharf! **Kein Freisinniger fühlte sich bemüßigt, den Züsedomschen Scharfmachereien,** die natürlich beim Moltke auf inniges Verständnis stießen, **entgegenzutreten.** Wohl aber redete der Freisinnige Wolff aus Lissa mit epischer Breite über einen durchgebrannten, aber geisteskranken Bürgermeister der ehemals kurhessischen Kleinstadt Amöneburg. In ziemlich später Nachmittagsstunde vertagte das Haus die Fortsetzung des Schwatzes auf Mittwoch, und Jordan v. Kröcher ging zum Reichstage, um dort auszuschlafen.

Die preußischen Landtagswahlen!

Die Wahlmännerwahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus sollen, wie die „Germania" erfährt, bereits am Donnerstag, den 4. Juni stattfinden.

Gegen das Attentat auf das Schweizer Asylrecht.

Der „Adresse an das Schweizer Volk" haben sich die Genossen Reichstagsabgeordneten v. Vollmar und Ehrhart angeschlossen

* *

Diverse skrupellose Ordnungsblätter hat unsere deutliche Erklärung über die Stellung der Sozialdemokratie zum Terrorismus nicht gehindert, aufs neue die Lüge aufzustellen, daß die Sozialdemokratie für die Propaganda der Tat und ähnliche Schändlichkeiten sei — unsere Erklärung dient diesen edlen Seelen geradezu als Material für ihre Giftmischerei. Das berührt uns natürlich weiter nicht — wir sind an solche Beweise moralischer und intellektueller Minderwertigkeit von jener Seite längst gewöhnt. Wenn wir überhaupt an dieser Stelle darauf hinweisen, so nur deshalb, um die immerhin nicht ganz uninteressante Tatsache zu vermerken, daß jenes Blatt, daß den meisten Eifer an den Nachweis gewandt hat, daß „die Sozialdemokratie die Propaganda der Tat prinzipiell gutheißt", nicht etwa die „Post" oder die „Nordd. Allg. Ztg.", sondern das Organ des Herrn Wiemer und der freisinnigen Volkspartei, die „Freisinnige Zeitung" ist!

Das Blatt einer Partei, die sich als die Bewahrerin der Traditionen jenes Bürgertums betrachtet, das einst die Tat eines Sand bejubelt hat!

Sozialdemokratische Resolutionen zum Kolonialetat.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgende beiden Resolutionen zum Kolonialetat eingebracht:

Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Anordnungen zu treffen, durch welche den Eingeborenenstämmen im Schutzgebiet Südwestafrika, denen infolge des Aufstandes ihr Land genommen wurde, aus den der Regierung zur Verfügung stehenden Ländereien so viel Land zurückgegeben wird, daß sie darauf ihren Lebensunterhalt in der den Landesverhältnissen entsprechenden Wirtschaftsweise in selbständigen Betrieben gewinnen können.

Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, Anordnungen zu treffen, durch welche die im Schutzgebiet Ostafrika gültigen Bestimmungen, betreffend den Betriebszwang für Plantagenländereien, sinngemäß auch für das Schutzgebiet Togo in Kraft gesetzt werden.

Die Reichsfinanzreform in der bayerischen Kammer der Reichsräte.

In der Kammer der Reichsräte besprach am Sonnabend Reichsrat Graf Törring die Reichsfinanzreform. Das Reich müsse vorwiegend auf indirekte Steuern angewiesen werden. Bayern sollte auf das Reservat des Malzaufschlages verzichten gegen genügende Kompensation.

Reichsrat Frhr. v. Hertling wandte sich gegen den Gedanken der Einführung direkter Reichssteuern. Die Deszendentensteuer wäre namentlich für die grundbesitzenden Kreise unerträglich, das lehre die Wirkung der Deszendentensteuer in England. Redner betont im übrigen die Notwendigkeit, für den berechtigten Mehrbedarf im Reiche die erforderlichen Mittel zu beschaffen.

Minister v. Pfaff **erklärte die Einführung der direkten Reichssteuer für völlig ausgeschlossen.** Das Reich sei auf indirekte Steuern angewiesen, welche bei uns noch lange nicht so hoch seien, wie in auswärtigen Staaten. Dies gelte besonders für Branntwein und Tabak. Diese Steuerquellen lassen noch eine wesentliche Steigerung zu. Falls sich im Reichstag keine Mehrheit finden werde, um den gesamten Mehrbedarf durch die Erhöhung der indirekten Steuern zu decken, **so sei die Ausdehnung der Erbschaftssteuern auf die Deszendenten das kleinere Uebel.** Bei der Einführung der Deszendentensteuer müßten Kautelen geschaffen werden, daß die kleinen Vermögen und die Grundbesitzer nicht überlastet werden. Fürst zu Leiningen erklärte, der Erbschaftssteuer könnten die deutschen Grundbesitzer unmöglich zustimmen. Besser waren andere indirekte Steuern, so Quittungs- und Annoncensteuern.

Reichsrat Frhr. v. Soden meinte, die Finanzreform sei mit der früheren Reichstagsmajorität durchzuführen gewesen, nicht aber mit der jetzigen Blockmajorität.

Reichsrat Universitätsprofessor Schanz sprach sich für die Deszendentensteuer aus. Die Erbschaftssteuer sei die einzige unabwälzbare Steuer und auch ein treffliches Kontrollmittel hinsichtlich der richtigen Bezahlung der Steuern. —

Der unwürdige Prinz.

Prinz Joachim Albrecht von Preußen hat, wie ein hiesiges Mittagsblatt meldet, den Abschied aus der Armee erhalten, ohne die Erlaubnis zum Tragen der Uniform. Auch habe man ihm seinen persönlichen Adjutanten, den Hauptmann v. Brandenstein, genommen, der den Gardefüsilieren zugeteilt wurde. Der Grund zu dieser Maßregel sei in den fortgesetzten Beziehungen des Prinzen zu der Baronin Liebenberg-Sulzer zu suchen, die noch nicht geschieden ist. Der Prinz habe Berlin bereits in Zivil verlassen und werde im Auslande leben.

Das ist die Strafe, die den höfischen, in die Armee hineingetragenen Ehrbegriffen offenbar angemessen ist. Der Prinz unterhält nicht jene „flüchtigen Beziehungen", die in den Kreisen der Moralheuchelei natürlich unanstößig sind. Er vergaß sich soweit, die frühere Schauspielerin Sulzer heiraten zu wollen! Zuerst machte man den Versuch, den Prinzen von diesem anständigen Vorsatz dadurch abzubringen, daß man ihn in eine unserer Kolonien schickte, die offenbar in den hohen Kreisen als wenig angenehmer Aufenthalt angesehen werden. Da aber der Prinz hartnäckig blieb, so wird er jetzt ganz verloren gegeben und für unwürdig erklärt, den „Rock des Königs" zu tragen. Möge er sich trösten! Man weiß doch wenigstens, daß er nicht mit jungen Untergebenen allzu intim geworden ist. Denn sonst hätte er ja a la Hohenau und Lynar seinen Rock behalten. —

Diplomatengerede.

Bülow hat mit dem Korrespondenten der „Nowoje Wremja", einem der schlimmsten und reaktionärsten Hetzblätter gegen Deutschland, eine längere Unterredung gehabt, worin er der russischen Presse nach seiner Schönrednerart zuredet, sie möchte doch ihre Angriffe auf Deutschland einstellen. Erfolg wird Fürst Bülow außer der Reklame für die „Nowoje Wremja" ebensowenig haben wie sein Herr mit seinen Briefen.

Die Ausführungen Bülows bieten im übrigen nichts Neues. Oesterreich habe die Kabinette von Petersburg und Berlin gleichzeitig über das Sandschak-Bahnprojekt benachrichtigt. Daher seien die Behauptungen der russischen Presse, das Projekt sei von Berlin angeregt, vollkommen irrig. Deutschland hintertreibe auch durchaus nicht das mazedonische Reformwerk, es halte an der Gemeinsamkeit der Aktion der Mächte fest, und falls gelegentlich deutsche Vorschläge nicht die Billigung Europas fänden, würde Deutschland den mehr interessierten Mächten den Vortritt lassen. In Persien verfolge Deutschland nur kommerzielle Ziele. In der Angelegenheit der Bagdadbahn wies der Reichskanzler die phantastischen Gerüchte zurück, daß Deutschland beabsichtige, Hand auf Persien zu legen. Deutschland denke weder an die Kolonisation Kleinasiens, noch an die Erwerbung eines Hafens im Persischen Meerbusen, hoffe aber, daß die Bahn Mesopotamien wirtschaftlich heben werde, was von Nutzen für die Allgemeinheit sein werde. Wir wollen nur unserer Industrie Arbeitsmärkte schaffen. Die Gerüchte von einer Einmischung Deutschlands in die innerrussischen Verhältnisse seien lächerlich. —

Christliche Arbeiter und indirekte Steuern.

Jüngst hat die „Kreuz-Zeitung" aus einem der volkswirtschaftlichen Aufsätze Richard Calwers, worin die Steigerung der Arbeitslöhne mit der Steigerung der Lebensmittelpreise in Vergleich gesetzt wird, die Anschauung entwickelt, daß die Lage der Arbeiter gar nicht derart sei, um nicht noch eine Vermehrung der indirekten Steuern zu ertragen, besonders wenn man in Betracht ziehe, daß in Deutschland die Gesamtverbesserung der Arbeiterlage 12—13 Proz., in Amerika dagegen die Gesamtsteigerung des Reallohnes in den letzten zehn Jahren nur 8 Proz. betrage. Hierzu bemerkt die „Baugewerkschaft", das Blatt des Verbandes christlicher Bauarbeiter:

„Nein, damit wird nichts widerlegt. Dazu gehört, daß man die Lage der Arbeiter anderer Kulturländer mit den deutschen in Vergleich stellt, und dann den strikten Beweis liefert, daß die deutschen Arbeiter sich in einer besseren wirtschaftlichen Lage befinden wie jene. Das ist bekanntlich nicht der Fall, denn der englische, vor allem aber der amerikanische Arbeiter sind wirtschaftlich bedeutend besser gestellt als der deutsche Arbeiter. Nun ist aber anzunehmen, daß durch die wirtschaftliche Krise auch die wirklich eingetretene Verbesserung der deutschen Arbeiter wenn nicht ganz, dann doch zum größten Teile wieder verloren geht. Im weiteren hat es den Anschein, daß gewisse Kreise der Meinung sind, daß dem Arbeiter sofort wieder genommen werden müßte, was er durch mühselige Kämpfe sich errungen hat. Errungen auf dem Wege der Selbsthülfe und durch Opfer, welche gleichfalls von jener Seite den Anlaß zu der Forderung einer höheren Besteuerung der Arbeiter abgeben müßte. Der Arbeiter, der hohe Gewerkschaftsbeiträge zahlt, kann auch höhere Steuern bezahlen, so meinen sie. Hat er dann durch seine Beiträge bessere Verhältnisse geschaffen, dann kann er wieder höhere Steuern bezahlen. So reden die Leute, denen der Staat, also die Allgemeinheit, die größten Vorteile mühelos in den Schoß wirft, ohne persönliche Opfer. Ob die Berechtigung vorliegt, wollen wir nicht untersuchen, wir meinen aber gerade diese Beschützten hätten besonderen Anlaß zur Vorsicht gegenüber dem wirtschaftlich Schwächsten, dem Arbeiter."

Diese Erkenntnis hält die christlichen Arbeiter nicht ab, denjenigen Parteien nachzulaufen, die unablässig mitwirken an der Belastung des Volkes durch indirekte Steuern und so, wie das christliche Gewerkschaftsblatt sagt, dem Arbeiter sofort wieder nehmen, was er durch mühselige Kämpfe sich errungen hat. —

Die sächsische Wahlreform.

Dresden, 17. März. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Die Wahlrechtsdeputation hat die Oeffentlichkeit ihrer Verhandlungen beschlossen.

Hamburgische Polizeipraktiken.

Die Hamburger Bürgerschaft berät zurzeit das Staatsbudget für 1908. In der letzten Sitzung schnitt Genosse E. Fischer beim Artikel „Polizeibehörde" (1 390 200 M.) die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts durch die politische Polizei an. An der Hand eines reichhaltigen Materials schilderte er die Ruhmestaten der republikanischen Gesinnungspolizei, um die sie ihre Berliner Kollegin beneiden dürfte, wie z. B. Verbote polnischer Versammlungen und solche des Freidenkervereins, in denen über „religiöse Toleranz" und andere staatsgefährliche Dinge gesprochen werden sollte. Ein angekündigter Vortrag von Adele Schreiber über „Sexualpädagogik" verfiel dem polizeilichen Verbot, „weil ihr Vortrag in weiten Kreisen Aergernis erregt habe und daher den öffentlichen Frieden gefährde". Obwohl auf eine Beschwerde beim Bürgerausschuß dieser das Vorgehen der Polizei gegen die Freidenker als gesetzwidrig bezeichnet und der Senat bei dieser Gelegenheit erklärt hat, er habe die Polizei ersucht, ihre untergeordneten Organe anzuweisen, in Zukunft vorsichtiger zu sein, ist so ziemlich alles beim alten geblieben. Der Polizeirat Dr. Sthamer, ein früherer Staatsanwalt, hat dem Vorsitzenden des Freidenkervereins mitgeteilt, daß der Vortrag von Lederer-Nürnberg Bedenken erregt habe, weil in den Versammlungen gegen die Religion und die christliche Kirche zu Felde gezogen werde; die Polizei könne nicht dulden, daß den jungen Leuten, die diese Vorträge besuchten, die Religion genommen werde. (!)

Ferner meinte der Chef der „Politischen", er werde es nicht dulden, daß in den Freidenkerversammlungen zum Austritt aus der Kirche (eine Landeskirche gibt es in Hamburg nicht) aufgefordert werde. Auf Veranlassung dieser Polizei ist gegen einen Freidenker eine Untersuchung wegen Verächtlichmachung von Einrichtungen der christlichen Kirche eingeleitet worden, weil er ein Gedicht von Arthur Fitger vorgetragen hat.

Enttäuschungen.

Der „Deutsche Holzarbeiter", ein christliches Gewerkschaftsblatt, bringt einen Artikel über die „guten Kerle", d. h. diejenigen Verbandsmitglieder, die zwar ihrer Sache treu bleiben, aber sich nach und nach auf das Altenteil zurückziehen und anderen die Arbeit für die Gewerkschaft überlassen. Das sei besonders bei den Zahlstellen der Fall, die den Anspruch machten, die ersten des Verbandes gewesen zu sein, hier sei aller Spiritus zum Teufel und nur das Phlegma geblieben. Zum Beweise beruft sich der Artikel auf drei Orte:

1. Eine größere Stadt in Westdeutschland, wo der christliche Verband, wenigstens was die Schreiner betreffe, dominiere. Trotzdem aber habe der christliche Verband in drei Jahren nur um 6, der sozialistische dagegen um 82 Mitglieder zugenommen. Die Zahlstelle stehe nicht schlecht, alles sei in tadelloser Ordnung, nur hätten die Kollegen das Bedürfnis nach beschaulicher Ruhe. „Die guten Kerle sehen zu und überlassen den Genossen die Agitation und diese arbeiten mit einer Zähigkeit und einer Ausdauer, die nachahmenswert ist."

2. Eine Stadt in Süddeutschland. Auch hier sehe sich die Zahlstelle von außen ganz gut an, aber ihre Entwickelung lasse alles zu wünschen übrig; ehemals habe das Mitgliederverhältnis des freien zu dem christlichen Verbande sich wie 3 zu 2 gestellt, jetzt dagegen stehe es wie 10 zu 2. Das sei eine „Affenschande!" Anerkannt tüchtige Kollegen hätten hier etwas leisten können und sollen. „Aber nein, die unorganisierten Kollegen zu gewinnen, das überließ man den Genossen, denen man zwar geistig zehnmal (wirklich?) überlegen ist, von denen man aber nicht lernen will, daß Ausdauer zum Ziele führt."

3. Eine dritte Stadt irgendwo. Hier gibts großzügige Arbeit: „Da die Genossen stark sind, so erblickt man seine Lebensaufgabe in deren Vernichtung. Wie der Mops den Mond anbellt, so gehts gegen die Genossen an. Jeden Tag, so sollte man meinen, müßten wenigstens hundert durch mündliche oder schriftliche Agitation erlegt werden. Hier das Resultat einer dreijährigen Arbeit: Die Genossen nahmen 1054 Mitglieder zu, unser Verband etwas weniger, nämlich — fünfzehn. Das ist der Erfolg einer edlen Geschwätzigkeit, den man alten Weibern entlehnt hat. Hätte man sich weniger mit den Genossen herumkrakeelt, dann wäre Zeit und Kraft für den Ausbau der Zahlstelle gewonnen worden. Erscheint es auch ausgeschlossen, daß unser Verband sich ähnlich wie der sozialdemokratische entwickeln könnte, so ist der Gewinn von 15 Kollegen doch ein geradezu blamabler Erfolg."

Der christliche Artikelschreiber besitzt mehr Ehrlichkeit und gesunden Verstand, als man sonst in seinen Kreisen zu treffen gewohnt ist. —

Eine charakteristische Militärgerichtsverhandlung.

Vor dem Oberkriegsgericht in Koblenz stand der Hauptmann Hagemeister von der 8. Kompagnie des Infanterieregiments Nr. 69. Vor kurzem ist der Unteroffizier Klose von derselben Kompagnie wegen Mißhandlung Untergebener in 132 Fällen und Verleitung zum Meineide zu 1 Jahr und 4 Monaten Zuchthaus verurteilt worden. Diese Angelegenheit kam ins Rollen durch einen Musketier Schmitt, der wegen der unerträglichen Mißhandlungen durch Klose und wegen Quälereien durch andere Unteroffiziere desertiert war. Als er zurückkehrte, erhob er gegen den Hauptmann Hagemeister die schwere Beschuldigung, daß dieser Beschwerden gegen seinen Peiniger Klose nicht weitergegeben beziehungsweise unterdrückt habe. Das Kriegsgericht der 16. Division hatte den Hauptmann von der Anklage der vorsätzlichen Unterlassung der Verfolgung strafbarer Handlungen seiner Untergebenen freigesprochen. Infolge der Berufung des Gerichtsherrn kam die Sache vor das Oberkriegsgericht.

Die Verhandlung fand unter strengem Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Auch die Verkündigung der Urteilsgründe erfolgte bei verschlossenen Türen wegen „Gefährdung militärdienstlicher Interessen". Nicht einmal der Name des angeklagten Hauptmanns war aufgerufen worden. Der Hauptmann wurde nach mehrstündiger Verhandlung wegen vorsätzlicher Unterlassung der Verfolgung strafbarer Handlungen seiner Untergebenen in zwei Fällen zu

drei Tagen Stubenarrest

verurteilt. —

Oesterreich-Ungarn.

Wie Arbeiter antworten!

Budapest, 17. März. Als Antwort auf die vom Minister des Innern Graf Andrassy angedrohte Auflösung der Gewerkschaften veranstaltet die sozialdemokratische Partei am Freitag in Budapest gleichzeitig 40 Protestversammlungen.

(„Frankf. Ztg.")

Schweiz.

Eine Volksabstimmung.

Zürich, 15. März. (Eig. Ber.) Am Sonntag hat in der Stadt Zürich die Volksabstimmung über die Vorlage betreffend die Subventionierung der projektierten neuen Universität, ferner im Kanton Zürich eine solche über zwei Vorlagen stattgefunden, wovon die eine die Revision des Jagdgesetzes und die andere die Verstaatlichung der elektrischen Energie betrifft.

Ueber die erste Vorlage sagt das „Volksrecht", daß sich die Arbeiterschaft aus Respekt vor der Wissenschaft über alle die Mißhandlungen und Verfolgungen der letzten Jahre hinweggesetzt und für die Vorlage gestimmt haben würde, wenn nicht durch das Antistreikgesetz alledem die Krone aufgesetzt worden wäre, durch das der Arbeiter minderen Rechtes gemacht wird. Darauf mußte und wollte die Arbeiterschaft eine Antwort geben. „Eine andere Möglichkeit wäre uns lieber gewesen Wir wissen es, die Hochschulbauten hätten für uns einigen Vorteil gebracht, wenn darüber auch die ungeheuerlichsten Uebertreibungen ausgesprochen werden. Die Abteilungen nämlich, die für das Proletariat die größte Bedeutung haben, die Spitäler, werden ja trotz der Sechsmillionenbauten im bisherigen, durchaus ungenügenden Zustand bleiben. Trotzdem, eine andere Möglichkeit wäre uns lieber gewesen. Aber die zürcherische Arbeiterschaft müßte keinen Charakter haben, wenn ihr Groll nicht einmal zum Ausbruch käme und wenn sie nicht auch den Stolz besäße, einmal zu zeigen, daß mit ihr gerechnet werden muß, und zwar anders als mit einem Prügeljungen. Man hat es so gewollt. Wohlan, wir werden dementsprechend handeln. Wir haben unsere Stellung bezogen und wir wissen die volle Verantwortung dafür zu tragen."

Das revidierte kantonale Jagdgesetz bringt verschiedene Neuerungen, so die Erhöhung der Gebühr für das Jagdpatent, Verschärfung der Strafbestimmungen, Ausschluß von Personen, die wegen Verbrechen bestraft, vom Jagdrecht usw.

Das Gesetz über die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich betrifft die Verstaatlichung der elektrischen Energie. Die staatlichen Elektrizitätswerke werden als selbständige staatliche Unternehmung, also unabhängig von der Regierung, organisiert und betrieben und der Oberaufsicht des Kantonsrates unterstellt; Ueberschüsse sollen zur Verbilligung der elektrischen Kraft, die an Gemeinden und Private abgegeben wird, verwendet werden.

In der Volksabstimmung wurden alle drei Gesetze angenommen. Gegen die Hochschulvorlage wurden 10 416 Stimmen, dafür 14 802 abgegeben. —

Spanien.

Behördlicher Mord.

Madrid, 17. März. Dem „Imparcial" zufolge gab die Bürgerwehr von Villa Nueva auf gegen die Wiedereinführung städtischer Zölle demonstrierende Frauen eine Gewehrsalve ab, nachdem die Kundgeberinnen der Aufforderung, sich zu zerstreuen, nicht Folge geleistet hatten. Eine Frau wurde auf der Stelle getötet, zwanzig verwundet; eine zweite Frau ist bereits ihren Verwundungen erlegen; zwei weitere schweben in Lebensgefahr. Der Vorfall hat große Aufregung

in der Stadt hervorgerufen, da die Kundgebung sehr friedlicher Natur war.

Rußland.

Die Bauernbewegung.

Petersburg, 17. März. Nach Meldungen, die der Regierung zugegangen sind, sind in der Wolgagegend Bauernunruhen ausgebrochen. In der Nähe von Saratow haben Zusammenstöße mit Gendarmen stattgefunden. Militär ist abgegangen.

Australien.

Flottenpläne.

Sydney, 15. März. Der Premierminister des Australischen Bundesstaates Deakin führte in einer über die Landesverteidigung gehaltenen Rede aus, daß Australien jedem Angriff schutzlos preisgegeben wäre, wenn nicht die Suprematie der englischen Flotte vorhanden wäre. Die Bewohner Australiens müßten einsehen, daß sie nicht erwarten könnten, den Schutz dieser Flotte zu genießen, ohne zu ihren Kosten beizutragen. Australien könne gute Seeleute liefern, brauche aber Schiffe. Für die Landesverteidigung seien zunächst jährliche Ausgaben in der Höhe von 660 000 Pfund Sterling erforderlich. In Zukunft würde Australien 200 000 Mann ausgebildete Truppen und eine Flottille von fünfzehn Schiffen für die Hafen- und Küstenverteidigung besitzen.

Haiti.

Die Schreckensherrschaft.

Paris, 17. März. Dem hiesigen „New York Herald" wird aus Port-au-Prince von gestern gemeldet: Präsident Alexis hat seinen politischen Freunden erklärt, er fürchte die Schiffsdemonstrationen nicht, er ziehe sogar vor, daß sie ohne Verzögerung stattfinden, da sonst die gegenwärtige Lage sich endlos verwirren würde. Die haitianische Regierung sei entschlossen, sich mit Gewalt der Flüchtlinge zu bemächtigen, wenn man sie ihr nicht gutwillig herausgäbe. Trotzdem habe der Präsident, um weitere Verwicklungen zu vermeiden, die gegenwärtig in der französischen Gesandtschaft befindlichen Flüchtlinge ermächtigt, Haiti frei zu verlassen. In der Stadt seien die abenteuerlichsten Gerüchte verbreitet. Man sage, daß die haitianischen Soldaten bei Ankunft der fremden Schiffe die Ausländer angreifen wollten. Die Hinrichtungen dauerten fort.

London, 17. März. Aus Washington wird gemeldet: Das Staatsdepartement glaubt nicht, daß ausländische Interessen ernstlich bedroht seien. Die Vereinigten Staaten seien der Ansicht, daß Haiti sich um sein Heil selbst bekümmern könne und betrachteten es daher nicht als ihre Obliegenheit, sich da einzumengen, es müßte denn sein, daß amerikanische Interessen gefährdet würden oder die Gebote der Menschlichkeit ein Einschreiten notwendig machten.

New York, 17. März. Einem Telegramm aus Porte-au-Prince zufolge erließ der Präsident von Haiti eine Proklamation, in der er erklärte, für die öffentliche Ordnung und Sicherheit sowie für die Wahrung des Friedens Sorge tragen zu wollen.

New York, 17. März. Der „New York Herald" meldet aus Port-au-Prince von gestern, daß Präsident Alexis in einer Proklamation erklärt, die Verschwörer gingen mit dem Plane um, ihn und die Minister zu ermorden. Diejenigen von ihnen, welche mit Waffen ergriffen worden seien, hätten nur die gerechte Strafe (!) erhalten.

Washington, 17. März. Die Lage in Haiti ist nach der offiziellen Angabe des Staatsdepartements entschieden ernster als dies seit der Revolution der Fall war. Die haitianische Regierung weigert sich jetzt, den Flüchtlingen in den fremden Gesandtschaften zu gestatten, das Land zu verlassen. Der amerikanische Kreuzer „Des Moines" und das Kanonenboot „Eagle" wurden sogleich nach Port au Prince entsendet mit der Weisung, die amerikanischen Interessen zu schützen.

Gewerkschaftliches.

Erklärung.

Seitens des Gewerkschaftskartells für Berlin und Umgegend war der Expedition ein Inserat zugegangen, welches zu einer für Dienstag, den 17. März, tagenden großen gemeinsamen Versammlung aller Mitglieder der dem Berliner Gewerkschaftskartell bezw. der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften" angeschlossenen Organisationen aufforderte und deren Tagesordnung

Die „Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften", eine Notwendigkeit für die Arbeiterbewegung

lautete.

Die Expeditionsleitung legte dieses Inserat der Tagesordnung wegen dem Obmann der Preßkommission vor, der nach Rücksprache mit den anwesenden Mitgliedern des Parteivorstandes die Ablehnung desselben empfahl.

Die Preßkommission und der Parteivorstand befaßten sich in einer am gestrigen Tage stattgehabten besonderen Sitzung mit dieser Frage und beschlossen nach eingehender Beratung:

Es ist feststehend, daß durch die gegebene Tagesordnung die zurzeit schwebenden Einigungsverhandlungen der einzelnen lokalen und zentralen Berufsorganisationen gestört werden sollen, welche gemäß den Beschlüssen der Parteitage vom Parteivorstande eingeleitet wurden, nachdem korporative Verhandlungen zwischen Gewerkschaftskartell und Generalkommission von ersterem abgelehnt waren.

Die Preßkommission hält es für ihre Pflicht, darauf zu achten, daß die der Partei zur Verfügung stehenden Organe nicht der Zersplitterung, sondern der Einheitlichkeit der Arbeiterbewegung und der Durchführung der Parteitagsbeschlüsse dienen. Sie erblickt in der Handlung des Kartellausschusses eine schwere Schädigung der Arbeiterbewegung und betrachtet denselben als das Exekutivkomitee der jede Einigung hintertreibenden syndikalistischen Richtung innerhalb der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften".

Die Kommission beschließt deshalb, nachdem von dieser Stelle der Absicht der weiteren Zersplitterung der Arbeiterbewegung entgegen dem Willen der Parteitage zu Mannheim und Essen so klar Ausdruck gegeben wurde, für das „Gewerkschaftskartell für Berlin und Umgegend" als Korporation den „Vorwärts" zu sperren.

Die Preßkommission.

Berlin und Umgegend.

Der Streik bei der Firma Hugo Hartung in Moabit, Wiclefstraße, dauert unverändert fort. Eine vollständig unwahre Darstellung über die Ursachen des Streiks gab vor einigen Tagen in einer im Betriebe an die Arbeitswilligen gehaltenen Ansprache der Meister Squa. Wie von einigen Arbeitswilligen, die dem Betrieb wieder Valet gesagt haben, nachdem ihnen der wahre Grund des Streiks mitgeteilt, erklärt wurde, erzählte Herr Squa, ein Arbeiter sei betrunken gewesen, derselbe habe deshalb entlassen werden sollen, und aus diesem Grunde hätten alle anderen die Arbeit niedergelegt. Da dieses Gerücht auch von dem Streikbrecherbureau der Gelben, Chausseestraße 9, verbreitet wird, haben die Streikenden allen Grund anzunehmen, daß dasselbe die Streikenden in der Oeffentlichkeit herabsetzen soll. Demgegenüber berufen sich die Streikenden auf die Aeußerungen des Betriebsleiters Stubirski. Derselbe erklärte der Verhandlungskommission in Gegenwart der Vertreter der Organisation, er wisse, daß alle im Betriebe Beschäftigten ihre Schuldigkeit tun und er bedauere, weil er die Abzüge nicht zurücknehmen könne, seine langjährig bei ihm beschäftigten Leute zu verlieren.

Ein Schauspiel sondergleichen ist der schon von uns geschilderte allabendliche Transport der Arbeitswilligen durch die Polizei, die kurz vor Feierabend zu Fuß und zu Pferde aus den verschiedensten Torwegen anrückt, um die „nützlichen Elemente" durch die nach hunderten zählenden Zuschauer hindurchzuführen, welche sich angesichts des starken Polizeiaufgebots ansammeln. Wahrscheinlich glaubt die Polizei, daß auch diesen Arbeitswilligen die Wahrheit über die Ursachen des Streiks mitgeteilt werden könnte, und da dieses ängstlich vermieden werden muß, um ja nicht den Profit des Unternehmers zu schmälern, sperrt man die lieben Arbeitswilligen hermetisch ab, und macht es den Streikenden unmöglich, ein Wort der Belehrung an dieselben zu richten. Einem Vertreter der Organisation, der auf dem 104. Polizeirevier bei dem Leutnant Beschwerde führte über das rigorose Vorgehen der Beamten gegen die ruhig ihre Pflicht erfüllenden Streikposten, wurde von diesem kurz erklärt: „Bei Hartung besteht kein Streik. Ueberhaupt habe ich keine Veranlassung, mich mit Ihnen zu unterhalten, und geschieht das Vorgehen der Beamten auf meine Veranlassung."

Trotz des polizeilichen Vorgehens und trotz der Entstellung der Tatsachen durch den Meister des Betriebes sowie die Gelben, werden sich die Streikenden in der Ausführung ihrer Pflicht und ihres Rechts nicht wankend machen lassen. Will die Firma Hartung den Frieden, die Streikenden haben bisher stets den Beweis erbracht (bei der Firma Hartung waren die Arbeiter schon oft genötigt, in den Streik einzutreten), daß sie dazu bereit sind, auf einer Grundlage, die beiden Teilen Rechnung trägt.

Der Betrieb ist durch den Metallarbeiterverband für Former, Maschinenformer, Kernmacher, Schlosser sowie für sämtliche Gießereihülfsarbeiter streng gesperrt.

Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck ersucht.

Die Bewegung der Maßschneider für die allgemeine Durchführung des im vorigen Frühjahr mit dem Arbeitgeberverband abgeschlossenen Tarifes gewinnt immer mehr an Ausdehnung und Stärke und ist jetzt soweit gediehen, daß die Einreichung der Tarife an die Firmen, die bis jetzt noch glaubten, nach Belieben zahlen zu können, nahe bevorsteht. Am Montag fand wiederum in einem Stadtteil, wo noch mehrere tarifliche Geschäfte vorhanden sind, eine öffentliche Versammlung der Herrenmaßschneider statt. Sie tagte bei Gieske in der Landsberger Straße. Das Referat Kunzes über die Ausdehnung des Tarifes auf alle Berliner Maßgeschäfte fand lebhaften Anklang. Auch wurden wiederum eine Anzahl Firmen genannt, bei denen die tarifliche Regelung vor allem notwendig ist. So wurden auch in diesem Stadtteil die Vorbereitungen für die diesjährige Tarifbewegung getroffen, die das nachholen soll und muß, was im vorigen Jahre nicht erreicht werden konnte.

Die Ausnutzung der schlechten Konjunktur durch die Reichsregierung kam in einer Versammlung der Berliner Korbmacher zur Sprache. Die Korbmacher hatten in jüngster Zeit ihr lebhaftes Interesse den bevorstehenden großen Regierungsaufträgen für Feldpatronenkörbe zugewendet. Eine Kommission des Verbandes trat auf Veranlassung der Unternehmer mit diesen in Verbindung. **Die Regierung zahlt nicht mehr die früheren Preise, weil sie genügend billigere Angebote erhalten hat!** Sie hat aber bekannt gegeben, daß sie 5 M. pro Korb zahlen wolle. Ehe die Unternehmer sich darauf festlegten, wollten sie erst mit den Arbeitern über einen Einheitspreis schlüssig werden. Die Kommission kam nach vielen Verhandlungen zu dem Resultat, daß der Preis pro Korb für den Arbeiter nicht unter 3 M. fallen dürfe. Die Unternehmer aber verpflichten sich, den Korbmachern die Zuschrift der den Auftrag vergebenden Behörde vorzulegen, aus der die Menge der bestellten Körbe ersichtlich ist und für diese Menge nicht unter den vereinbarten Lohnsatz herunterzugehen. Ein wichtiges Zugeständnis der Unternehmer besteht darin, daß sie sich ferner verpflichtet haben, die benötigten Arbeitskräfte in erster Linie von den Arbeitsnachweisen des Holzarbeiterverbandes zu entnehmen. In einer außerordentlichen Branchenversammlung der Korbmacher, die am Montag im Gewerkschaftshause stattfand, stellte Maaß als Vertreter der Kommission diese Vorschläge zur Diskussion. Obgleich der Satz von 3 M. manche Opposition weckte, da man glaubte, mehr verlangen zu dürfen, gab die Versammlung doch ihre Zustimmung zu den von der Kommission vereinbarten Bedingungen.

Der Vorsitzende Richter machte noch bekannt, daß die Kollegen diejenigen Werkstätten, wo in jüngster Zeit Entlassungen wegen Arbeitsmangel vorgekommen sind, oder wo die Arbeitszeit verkürzt worden ist, melden möchten, um durch das starke Angebot nicht die Bedingungen noch zu verschlechtern.

Deutsches Reich.

Zum Kampf im Baugewerbe.

Die bedeutsamen Verhandlungen der Vertreter der Bauarbeiterverbände (Maurer, Zimmerer und Bauhülfsarbeiter) mit den Vertretern des mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe fanden am Montag in Frankfurt a. M. statt. Diesen Verhandlungen ging am Sonnabend eine Vorbesprechung in Koblenz voraus. An dieser nahmen auch Vertreter des Rheinisch-westfälischen Arbeitgeberverbandes teil. Die Unternehmer machten schon bei dieser Vorbesprechung einige Zugeständnisse, so daß die Verhandlungen in den einzelnen Bezirken festgesetzt werden konnten.

An den Verhandlungen in Frankfurt nahmen ungefähr 40 Vertreter der Arbeiter und 15 Vertreter der Unternehmer teil. Die Debatten zogen sich bis in die Abendstunden hin. Die Unternehmer ließen einige Hauptstreitpunkte fallen. So zogen sie das Wort „tüchtigen" im § 4 ihres Vertragsentwurfs zurück. In diesem Paragraphen hieß es: „Der Stundenlohn beträgt für einen tüchtigen Maurergesellen". Würde also das Adjektiv „tüchtig" stehen bleiben, so hätte es jeder Unternehmer in der Hand, den Lohn nach Belieben festzusetzen. Im § 10 des Vertragsentwurfes der Unternehmer heißt es: „Jegliche Agitation auf der Arbeitsstelle ist bei sofortiger Entlassung verboten". Hier wurden die Worte „bei sofortiger Entlassung" von den Unternehmern zurückgezogen. Auch in sonstigen unwichtigeren Punkten wurde eine Einigung erzielt. Die Gegensätze in den strittigsten Fragen blieben aber bestehen. Dies sind: Arbeitslohn, Arbeitszeit, Vertragsdauer und Genehmigungsklausel. Eine Lohnerhöhung wollen die Unternehmer weder jetzt noch in den nächsten zwei Jahren bewilligen. Die Arbeitszeit soll auch fernerhin zehn Stunden betragen. Die Vertreter der Arbeiter hielten an der neuneinhalbstündigen Arbeitszeit fest. Ebenfalls an der Forderung von nur einjähriger Vertragsdauer, während die Unternehmer Vertragsabschluß bis 1910 vorschlagen. Im übrigen wollten die Unternehmer sich die Genehmigung der Vereinbarungen durch den Bundesvorstand des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe vorbehalten. Auch hierauf konnten die Arbeitervertreter nicht eingehen. Die Verhandlungen wurden, weil über diese Punkte keine Einigung erzielt werden konnte, abgebrochen. Die verschiedenen Vertreter sollen ihren Organisationen Bericht erstatten und weitere Direktiven einholen. Dann werden voraussichtlich in zirka 14 Tagen weitere Verhandlungen stattfinden.

48 Schiffszimmerer haben am Montag in Rathenow die Arbeit niedergelegt. Sie fordern 42 Pf. Stundenlohn, der bisherige Lohn betrug 40 Pf. Alle Einigungsversuche scheiterten an der Hartnäckigkeit der Unternehmer. In Frage kommen für den Streik die Schiffswerften von Weiß und Droscher. Die Werft von Böttcher (Neue Schleuse) hat die Forderung anerkannt. Die Streikenden rechnen auf die Solidarität der Kollegen.

Der Arbeitgeberschutzverband der Holzindustrie für Hamburg und die Nachbarstädte hatte zu Sonnabendabend die dem Verbande angeschlossenen Gewerke, Firmen und Meister von Hamburg, Altona, Wandsbeck und Umgegend zu einer Versammlung einberufen, um zu den bisher gescheiterten Verhandlungen mit dem Holzarbeiterverbande — Tarifvertragverlängerung betreffend — Stellung zu nehmen. Die Versammelten nahmen nach einem ausführlichen Vortrage des Referenten Wolframm folgende Resolution an:

1. „Trotzdem die Verhandlungen mit der Gesellenorganisation bezüglich Abschluß eines neuen Tarifes derzeit als gescheitert zu betrachten sind, beschließt die Versammlung, vorläufig von einer Aussperrung nach dem 1. April abzusehen.

2. In allen Betrieben, die bisher unter dem Vertragsverhältnis standen, sind am 1. April gleichlautende Plakate ohne jede Kopfbemerkung einer Organisation und nur mit der Unterschrift des Inhabers versehen, an sichtbarer Stelle anzubringen. Auf diesen Plakaten sind die ab 1. April geltenden Arbeitsbedingungen, die dem bisherigen Vertrag zu entnehmen sind, bekanntzugeben.

3. Die bei den gehabten Verhandlungen vorgeschlagenen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für die Arbeiter bezüglich der Arbeitszeit und Lohn werden infolge der geänderten Verhältnisse zurückgezogen und sind als nicht geboten zu betrachten.

4. Sollten wider Erwarten nach dem 1. April seitens der Arbeiter in einem oder mehreren Betrieben Forderungen erhoben und versucht werden, diese durch Arbeitseinstellung und Sperren des Betriebes durchzusetzen, so ist nur durch die Organisation der Arbeitgeber der Versuch zu machen, eine Regelung herbeizuführen. Scheitert dieser, so haben sämtliche Betriebe ihre Werkstätten zu schließen und das Zurückziehen der gestellten Forderungen abzuwarten. Durch die Beschlüsse und Maßnahmen der Organisation der am Bau beteiligten Innungen usw. wird dieses Vorgehen in weitgehendster Weise unterstützt werden.

5. Obige Beschlüsse gelangen nicht zur Durchführung, wenn seitens der Arbeitnehmerorganisation die Bereitwilligkeit, vor Ablauf des jetzigen Tarifes einen neuen Tarifvertrag, laufend bis 1. April 1910 einzugehen, erklärt werden sollte."

Werftarbeiter-Aussperrung.

Falls auf der Werft der Howaldtswerke in Kiel zwischen den Arbeitern und der Direktion keine Einigung erfolgt, wird, wie die Kieler „Neuesten Nachrichten" melden, nicht nur eine Aussperrung von 60 Proz. der Kieler Werftarbeiter Platz greifen, sondern es werden, einem Beschlusse des „Verbandes der deutschen Eisen- und Metallindustriellen" zufolge, Ende März 60 Proz. der Arbeiter aller dem Verbande angeschlossenen deutschen Schiffswerften entlassen.

Arbeiterentlassungen, Lohnreduktionen und Feierschichten kennzeichnen die Situation im Ruhrrevier. Auf Zeche „Friedrich der Große" in Herne ist 80 Hauern und Lohnhauern gekündigt. Dasselbe ist auf „Heinrich Gustav" in Werne der Fall; dort wurde am Sonnabend 20 Arbeitern gekündigt. Auf „General" in Weitmar ist, wie schon telegraphisch gemeldet, am Sonnabend eine Lohnreduktion von 10 Proz. angekündigt, das gleiche auf der Stinnesschen Zeche „Prinz-Regent".

Ausland.

Drohender Setzerstreik in Olmütz.

Die Gehülfenschaft der Buchdruckereien in Olmütz beschloß in einer am Montag abgehaltenen Versammlung, für den Fall, daß die von dem im Vorjahre verstorbenen Genossenschaftsvorsteher Josef Groak gegebene Zusage, daß mit dem 1. Januar 1908 eine Erhöhung des Minimallohnes um 2 Kronen in Anbetracht der Lebensmittelteuerung zugestanden würde, nicht eingehalten werde, sofort in den Streik zu treten. Bereits am verflossenen Sonnabend wurde seitens der Setzer mit der passiven Resistenz eingesetzt und erschienen die Zeitungen infolgedessen einige Stunden später.

Die Frage: Industrieverband oder Berufsorganisation beschäftigt jetzt sehr lebhaft auch die Petersburger Gewerkschaften; sie wird in vielen Versammlungen diskutiert. Die meisten entscheiden sich für Industrieverbände und so ist jetzt in Petersburg eine starke Tendenz zur Vereinigung der Gewerkschaften verwandter Berufe bemerkbar. Sie äußert sich in der allmählichen Vereinigung einzelner Funktionen, in der gemeinsamen Errichtung einiger Unternehmungen und führt zur völligen Verschmelzung verwandter Vereine.

Die Metallarbeiter z. B. beschlossen, die medizinische und juristische Hülfe gemeinsam mit kleinen Vereinen verwandter Berufe zu organisieren. Die Techniker und die Zeichner errichteten gemeinsam einen Arbeitsnachweis. Der Verein der Arbeiter, welche mit der Bearbeitung der faserigen Stoffe beschäftigt sind, verschmolz sich mit der Gewerkschaft der Trikotstricker und -Strickerinnen. Die Böttcher stehen auf dem Punkte, sich mit den Holzarbeitern zu vereinigen u. a. m.

Bäckerstreik in Mailand.

In einer von mehr als 2000 Bäckergehülfen besuchten Versammlung wurde einstimmig beschlossen, sofort in den Streik einzutreten, weil die Bäckermeister die Forderung der Gehülfen auf Gewährung eines vollen Ruhetages in jeder Woche abgelehnt haben. Da die Stadt nur für einen Tag mit Brot versehen ist, hat sich die Munizipalvertretung an die Staatsbehörden mit der Bitte gewendet, bei längerer Dauer des Streikes durch die militärischen Bäckereien zumindest das nötige Brot herstellen zu lassen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein Sargschiff.

Valencia, 17. März. (B. H.) Der Dampfer „Villa Reale" ist in der Nähe der Küste gesunken. Von den 15 Mann der Besatzung konnten sich nur 6 retten. Unter den 9 Ertrunkenen befinden sich der Kapitän, der Ingenieur und der erste Heizer. **Die „Villa Reale" war ein altes, nicht mehr seetüchtiges Schiff.**

Der Mann mit dem pour le mérite.

Petersburg, 17. März. (W. T. B.) Der Kaiser hat die ihm vom Kriegsminister unterbreitete Petition des Kriegsgerichts unterzeichnet und die über General Stössel wegen Uebergabe Port Arthurs verhängte Todesstrafe in zehnjährige Festungshaft mit Ausschluß vom Dienste und Rangverlust abgeändert.

Automobilfreuden.

Eichstädt, 17. März. (W. T. B.) In dem Prozeß wegen räuberischer Erpressung gegen die vier Angeklagten aus Dörndorf bei Eichstädt, welche am 4. August 1907 den Herzog Franz Josef von Bayern auf der Chaussee an der Weiterfahrt im Automobil längere Zeit hinderten und ihn erst nach Erpressung von Geld weiterfahren ließen, wurden die Angeklagten zu Strafen von vier, drei und zwei Monaten, beziehungsweise sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Verantw. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

124. Sitzung vom Dienstag, den 17. März 1908, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Dernburg.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die namentliche Abstimmung über den Antrag Graf v. Hompesch u. Gen. (Z.) zum Etat des Reichsschatzamtes, zum Titel „Kriegsteilnehmerbeihülfen", als hülfsbedürftig alle Kriegsteilnehmer zu erklären, deren steuerbares Einkommen nicht mehr als 900 M. beträgt.

Der Antrag wird mit 167 gegen 128 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Der Titel „Kriegsteilnehmerbeihülfen, 21,8 Millionen Mark" wird angenommen.

Es folgt die Beratung des

Kolonial-Etats.

Hierzu liegen drei Resolutionen vor:

1. Graf v. Hompesch u. Gen. (Z.) verlangen, daß tunlichst bald die schärfsten Maßnahmen gegen die Einfuhr und den Ausschank von Alkohol in den Schutzgebieten ergriffen werden.

2. Graf v. Hompesch u. Gen. (Z.) beantragen, daß die Rechtspflege unter den Eingeborenen mit erhöhten Garantien umgeben wird, daß die Rechte der Eingeborenen in Rechtsangelegenheiten mit Weißen genügend gewahrt werden, daß für die Weißen in Strafsachen eine Berufungsinstanz im Schutzgebiete geschaffen und als Revisionsinstanz das Reichsgericht bestimmt wird, in Zivilsachen eine Berufungs- und Revisionsinstanz im Deutschen Reiche geschaffen wird.

3. Dr. Ablaß u. Gen. (frs. Vp.) beantragen, die allmähliche Trennung von Justiz und Verwaltung in den Kolonien in die Wege zu leiten und zur Vorbereitung der Kodifizierung des Eingeborenen-Strafrechts allgemeine Anweisungen über die Anwendung des deutschen Strafrechts zu erlassen.

Die Beratung beginnt beim Titel „Gehalt des Staatssekretärs 44 000 Mark".

Staatssekretär **Dernburg**:

Wenn der Kolonialetat einen so großen Umfang in der Kommission angenommen hat, so ist das ein erfreuliches Zeichen für das erhöhte Interesse an den Kolonien, das auch die Kreise der äußersten Linken zu ergreifen beginnt. Die Beratung der Kommission wurde durch einen anderen Umstand noch erschwert. Nach meiner umfangreichen Reise nach Ostafrika haben meine dort gemachten Erfahrungen zu programmatischen Erklärungen geführt, die ich hier in voller Ausführlichkeit nicht wiederholen will. Aber ich muß doch erklären, was denn eigentlich meine Politik ist. Angestrebt wird eine deutsche Regierung in den Kolonien, welche das Vertrauen aller in den Kolonien vertretenen Stände, Berufsarten und Klassen erwerben muß. Sie hat die große Aufgabe, die wirtschaftlichen Kräfte, welche in den Kolonien ruhen, zu entwickeln. Daher muß unbedingt das Ansehen der Regierung gewahrt bleiben, so daß ihren Anordnungen unweigerlich Folge geleistet wird, und sie die Kraft hat, sie durchzusetzen. Daraus folgt, daß die Regierung eine Regierung der Gerechtigkeit und des Wohlwollens gegenüber Weißen und Schwarzen sein muß. Sie muß getragen werden von Personen, welche die notwendige wirtschaftliche Vorbildung besitzen, die die notwendige Kenntnis von Land und Leuten und den wirtschaftlichen Zuständen haben. Sie muß eine ruhige und stetige Verwaltungspraxis durchführen und von der großen und wichtigen Aufgabe überzeugt sein, große und volksreiche Länder zu entwickeln, die materielle Wohlfahrt und das köperliche Wohlergehen der Eingeborenen zu fördern, und sie zu höherer Gesittung empor zu führen. Diese Aufgabe muß ohne Hast und Eifer, langsam und zielbewußt durchgeführt werden. Ich bin es den Beamten der Reichsverwaltung in den Kolonien schuldig, ebenso den Offizieren der Schutztruppe, für den Geist, in dem sie ihre Aufgabe erfaßt haben, die höchste Anerkennung auszusprechen. (Lebhafter Beifall rechts, bei den Nationalliberalen und den Freisinnigen.)

Um größere Stabilität innerhalb der Verwaltung zu erreichen, muß die koloniale Karriere den Gebildeten aller Stände eröffnet werden, damit ein koloniales Beamtentum herangezogen wird. Die Regierung muß eine deutsche sein; deshalb ist eine

Rassenjustiz notwendig,

aber getragen von der notwendigen Selbstzucht der Weißen, (Sehr richtig!) Zur wirtschaftlichen Erschließung der Kolonie ist eine Unterstützung der Weißen notwendig innerhalb der Grenzen, die durch die Mittel des Reiches und die Rücksicht auf andere Interessen notwendig sind. Die Begrenzung hat zu einem Konflikt mit den Farmern und zu einer Petition der Farmer an das hohe Haus geführt. Gleichgültig, wie das Haus sich dazu stellen wird, mögen die Farmer versichert sein, daß das Wohlwollen der Kolonialverwaltung für sie nicht geringer ist, als für die Offiziere, Kaufleute, Missionare. Bei den Aufgaben des Staates muß ich auch der Missionen beider Konfessionen gedenken, von denen wir in gleicher Weise Unterstützung erfahren haben. Ueber die Moral der Neger will ich mich nicht verbreiten, ihr Kulturzustand ist sehr niedrig, ideelle Prinzipien sind ihnen kaum zugänglich, mit ihrer Wahrhaftigkeit ist es nicht weit her, aber verdiente Strafen nehmen sie mit einer gewissen Genugtuung entgegen. Sie zeigen einen besonders stark ausgeprägten Erwerbssinn, sie sind geradezu begehrlich. Es folgt daraus, daß

scharfe Strenge

gegenüber **Unbotmäßigkeit** anzuwenden ist, und leidenschaftslose Gerechtigkeit gegenüber Weißen und Schwarzen. Sonst würden unsere ostafrikanischen Kolonien immer ein unsicherer Besitz sein. Um so notwendiger ist die Beachtung dieser Grundsätze, als unsere Machtmittel sehr gering sind. Die Produktion der Eingeborenen ist das **Rückgrat der ostafrikanischen Produktion und kann nicht durch Plantagenbau ersetzt werden.**

Bezüglich der Eisenbahnen muß ich sagen, daß wir in der Entwickelung der Verkehrswege zu ängstlich gewesen sind; wir haben uns von unseren Nachbarn überflügeln lassen. Einöden sind unsere Kolonien nicht, wir haben im tropischen Afrika so gute Kolonien, wie sie dort überhaupt erhältlich gewesen sind. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Nahezu alle afrikanischen Eisenbahnen haben gleich nach ihrer Eröffnung ihre Betriebskosten selbst getragen, manche sogar eine Rente gegeben. Ueberall hatten sie die Wirkung, die Ein- und Ausfuhr der Kolonien zu heben und damit auch ihre Steuerkraft zu stärken. Dadurch, daß wir nicht für Verkehrswege gesorgt haben, haben wir den nationalen Reichtum von Ostafrika geradezu verschwendet. Auch bei der Togobahn sind diese Erfahrungen wieder bestätigt. Die vorgeschlagenen Eisenbahnen sollen dazu dienen, die Heimat zu entlasten. Der **Reichszuschuß für die Kolonien soll in seiner Höhe fixiert werden,** das ist bereits ein großer Fortschritt. Die Schutzgebiete haben ihr eigenes Vermögen und es ist nur recht und billig, daß sie auch ihre eigenen Schulden zahlen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Ausgezeichnet!) Das stärkt das Gefühl für ihre Selbstverantwortlichkeit. Die Eisenbahnen in den Kolonien müssen aber auch staatlichen Zwecken dienen, und dürfen daher nicht im Besitz privater Gesellschaften sein. Die Kolonien müssen durch Bahnen aufgeschlossen werden, die Frage kann nur sein, welche zuerst kommt. Bei den kolonialen Eisenbahnen kann es nicht darauf ankommen, hochwertige Güter aus dem Lande herauszubekommen, sondern es kann sich nur darum handeln, festzustellen, welche geringwertigen Massengüter in Betracht kommen. Von der englischen Ugandabahn fürchteten viele eine Schädigung unserer Kolonie, und verlangten eine Konkurrenzbahn. Tatsächlich hat unsere Kolonie von der Ugandabahn Vorteil gehabt. Die Nationen haben überhaupt nicht die Aufgabe, sich gegenseitig das Wasser abzugraben. Die Kulturaufgaben sind so gewaltig, daß man sich freuen muß, wenn der eine dem andern es erleichtert, sein Päckchen zu tragen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die ganzen Bahnen kosten keineswegs eine übermäßige Summe. In zwanzig Jahren sollen sie allmählich gebaut werden, und ich hoffe, daß die dann erschlossenen Kolonien einen wesentlichen Teil der Kosten übernehmen können. Ich bitte alle Interessenten, ihre Spezialwünsche zurückzustellen und sich entschlossen der Regierung anzuschließen. Nach menschlichem Ermessen schließt unser Kolonialprogramm eine dauernde Belastung des Reiches durch den Eisenbahnbau aus. Der Trägerlohn ist jetzt auf den Kilometer doppelt so hoch, als die Eisenbahntransportkosten sich stellen werden. Ich bitte um freundliche Prüfung unserer Vorlagen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Frhr. **v. Richthofen** (k.): Wenn man bis in die Nacht im Plenum sitzt und des Morgens Kommissionssitzungen hat, dann kann man seine Rede nicht so gründlich vorbereiten, wie es die Würde des Gegenstandes eigentlich erforderte. (Zustimmung.) Der Chef der Kolonialverwaltung hat sich in den Kommissionsverhandlungen als gründlich vertraut mit seinem Ressort und als Mann energischer Initiative gezeigt. (Zustimmung bei den Nationalliberalen und rechts.) Redner wendet sich der Missionsfrage zu. Die Mission muß sein, sie muß aber nicht nur christianisieren, sondern auch kultivieren. — Beim Kultivieren aber kommt es zu Reibungen mit dem Staat. Das zeigt sich besonders in der Schulfrage. Hier müssen wir vor allem daran festhalten, daß in allen Missionsschulen deutsche Sprache und deutsches Wesen gepflegt wird. Die Mission wird, ohne es zu wollen, zum Anwalt der Eingeborenen. Das liegt in der Natur der Verhältnisse. Damit aber wird sie zur Partei. Der Staat kann diese Entwickelung nicht verhindern. Aber er muß darauf halten, daß Verwaltung und Mission in den Kolonien durchaus getrennt bleiben. Dernburgs Satz, daß der Eingeborene das wertvollste Gut der Kolonie sei, ist durchaus richtig. Es ist unsere erste Aufgabe, ihn zu erhalten und zu schützen, zu bewahren vor allen Dingen vor dem Alkohol. Ich freue mich, daß internationale Abmachungen gegen den Alkohol in den Kolonien getroffen sind und erhoffe noch Besseres von der Zukunft. Geschützt muß der Eingeborene weiter werden gegen die ansteckenden Krankheiten. Wir können stolz darauf sein, daß ein Deutscher, Professor Koch, die Schlafkrankheit wirksam zu bekämpfen gelehrt hat. (Bravo!) Das wichtigste wird aber immer die **Erziehung der Eingeborenen zur Arbeit bleiben.** Diese Erziehung ist schwer, aber sie muß geleistet werden. Der Eingeborene kann am besten durch

indirekten Zwang

zur Arbeit erzogen werden, dadurch, daß man ihn zu kommunalen Leistungen, zu Steuerleistungen heranzieht, dadurch, daß man ihm zeigt, daß sich sein eigenes Interesse mit der Arbeit verknüpft. Wichtig für diese Erziehung sind Arbeiterkommissariate in den Kolonien und Arbeiterordnungen.

Bei der Frage, ob die deutschen Kleinsiedler nicht stärker gefördert werden können, waren wir in der Budgetkommission mit dem Chef der Kolonialverwaltung nicht ganz einig. Der deutsche Kleinsiedler ist der Träger des nationalen Gedankens, er ist in der Stunde der Gefahr der deutsche Landwehrmann. (Beifall rechts.)

Bezüglich der finanziellen Verhältnisse bemerke ich, daß die Wertzuwachssteuer in der Kommission wohl zu scharf hervorgehoben wurde, für weite Bezirke ist sie jedenfalls noch überflüssig.

Die verlangte Kodifizierung der Rechtsgebräuche der Eingeborenen halte ich nicht für angebracht; es muß eine dauernde Umbildung dieser Rechtsbräuche stattfinden. Die beabsichtigte Gründung einer Kolonialakademie in Hamburg begrüßen wir mit großer Freude. (Beifall rechts.)

Abg. **Arning** (natl.): Die Besserung der finanziellen Verhältnisse der Kolonien ist recht erfreulich. Die Zurückziehung der Truppen aus Südwestafrika bedeutet keineswegs einen Kanossagang Dernburgs und Semlers. Den Kernpunkt der Ausführungen Dernburgs bildete die Eingeborenenpolitik. Wir haben das Recht und die Pflicht, den Eingeborenen eine menschenwürdige Existenz zu verschaffen. Deshalb müssen wir Schulen gründen und die sanitären Verhältnisse verbessern; vielleicht gelingt es dem Staatssekretär dadurch auch, das bei den Negern herrschende Zweikinderinstem zu beseitigen. Um die Neger zur Arbeit zu erziehen, ist die Auflegung von Steuern für sie nötig; ich halte die Kopfsteuer für geeigneter hierzu als die Hüttensteuer, da viele Neger gar keine Hütte haben. Vor allem müssen die Leute seßhaft gemacht werden, man muß ihnen also gestatten, Kautschukkulturen usw. anzulegen.

Abg. Dr. **Spahn** (Z.), auf der Tribüne fast unverständlich, geht zunächst auf die Etats der einzelnen Kolonien ein. Des weiteren betont er, daß die Schwarzen zur Arbeit erzogen werden müssen, wenn sie nicht in die Barbarei zurückfallen sollen; aber diese Erziehung zur Arbeit darf die Schwarzen nicht zu Sklaven machen, sondern muß mit der Freiheit der Schwarzen verträglich sein; zur Arbeit soll man nicht zwingen, sondern erziehen. Redner geht dann auf die in der vom Zentrum beantragten Resolution niedergelegten Forderungen ein, die Rechtspflege in den Kolonien mit erhöhten Garantien zu umgeben. (Bravo! im Zentrum.)

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr.

Schluß 1/2 7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

55. Sitzung vom Dienstag, den 17. März 1908, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Arnim.

Die dritte Lesung des Etats wird fortgesetzt beim Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung. Hierzu liegt der Antrag des Abg. v. Arnim (k.) auf Flüssigmachung von 200 000 M.

Kleines Feuilleton.

Aus Zolas Werkstatt. In dem Augenblick, da angesichts der bevorstehenden Ueberführung der irdischen Reste Zolas ins Pantheon der Streit um den Vielbefehdeten in Frankreich aufs neue aufloht, veröffentlicht die „Revue" eine Reihe bedeutsamer Entwürfe und Notizen des Dichters, die eine wertvolle Ergänzung zur Charakteristik seiner Persönlichkeit bilden und zugleich einen fesselnden Einblick gewähren in seine Art, zu schaffen. Die Fragmente, bald hastig hingeworfene Bemerkungen, die dem Dichter bei der Konzeption der ersten Idee einfielen, bald ein regelrecht durchgeführter Anlageplan eines Werkes, beziehen sich auf die „vier Evangelien", die bekanntlich „Fruchtbarkeit", „Arbeit", „Wahrheit" und „Gerechtigkeit" (Menschlichkeit) umfassen sollten. Der Tod hat dem Dichter die Feder mitten in der Arbeit aus der Hand genommen, aber die vorliegenden Werke in ihrer machtvoll herausgearbeiteten Tendenz zur Umgestaltung des Lebens genügen zur Widerlegung derer, die den Wesenskern des Dichters der Rougon-Macquart in dem Endziel sehen, das Leben mit allen seinen Nöten und Auswüchsen so zu schildern, wie er es sah. In seinen letzten Werken greift Zola nach der Palme des Gesellschaftsreformators, und ein fast romantischer Idealismus, ein unerschütterlicher Glaube an den Fortschritt der Menschheit bricht hervor, die unvereinbar sind mit dem pathetischen Pessimismus, die viele als die Triebfeder des Zolaschen Schaffens ansahen. Als in seiner Seele zum erstenmal der Gedanke an den Zyklus der „vier Evangelien" die Schwingen breitete, bezeichnet er diese Arbeit als natürlichen Schlußstein seines Wirkens. „Nach einer langen Untersuchung der Wirklichkeit eine Verlängerung in das Morgen, in einer lyrischen Art. Meine Leidenschaft für die Stärke und für die Gesundheit, für die Fruchtbarkeit und für die Arbeit, mein Bedürfnis nach Wahrheit und nach Gerechtigkeit brechen schließlich aus. Ich eröffne das kommende Jahrhundert. All das auf die Wissenschaft begründet. Alles mit Güte und Zärtlichkeit durchtränkt, eine ganze herrliche Blütezeit, eine herzergreifende, weithinschallende Verkündigung." Die Macht seiner Phantasie und die Kraft seines Temperaments mußten Zola notwendigerweise zu der Konzeption von gewaltigen Romanen führen, in denen die Hauptpersonen die weit ausgreifenden Abstraktionen riesiger Wesenheiten sind. Er träumte von einer Ethik, die alle Sehnsüchte und alles Streben der Gegenwartsseele in Harmonie bringen würde. Die ersten Aeußerungen über den neuen Plan verraten schon jenes Streben zur methodischen Ordnung der Einzelerscheinungen, jene Willenskraft, die die Welt und Zukunft umfassenden Ideen zu etwas „Gewaltigem und Symmetrischen, das den glühendsten Idealismus verrät", zusammenschließen soll. „Es kommt mir der Gedanke, vier Verkündigungen zu machen und nicht drei, um ein Gegenstück zu den vier Evangelien zu schaffen". So kommt er zu dem Gedanken, vier Söhne „des Petrus" zu schaffen, vier Brüder, die die Helden der vier Episoden werden sollen. „Der entschiedene Vorteil davon würde sein, daß ich in jedem Romane ein Menschenleben bis zum 80. oder 90. Jahre entwickeln könnte, wenn ich will, sogar ein ganzes Jahrhundert; auf diese Weise kann ich den ganzen Fortschritt verfolgen, die ganze Zukunft, ohne sie zu zerstückeln. Jeder Bruder vertritt den Titel seiner Episode." Schon in diesen Zeilen verrät sich die Art, wie Zola seine Pläne konzipierte; nicht eine Persönlichkeit ist es, die ihm vor Augen steht, die ihn zur Gestaltung drängt, sondern eine weitumfassende allgemeine Idee. Aus der Notwendigkeit, diesen Gedanken lebendig darzustellen, erwachsen ihm die einzelnen Personen, nicht mit einem Schlage, sondern als das Ergebnis sorgsamer Erwägungen. Außerordentlich interessant sind in dieser Hinsicht die ersten Entwürfe der ersten drei Evangelien. Die Idee wird erst beleuchtet, dann erfindet der Dichter eine Gestalt, die sie verkörpert, und er skizziert einen Lebenslauf, der in allen seinen Teilen vor allem der Versinnlichung des Grundgedankens dient. Erst allmählich erstehen in der Phantasie des Dichters die Nebengestalten, teils als ergänzende Argumente, teils als strenge Kontraste gedacht, und erst wenn diese fast wissenschaftliche Arbeit abgeschlossen ist, beginnen die Personen aus dem Reich der Abstraktion in die Wirklichkeit überzutreten, gewinnen ihre menschlichen Einzelzüge. Immer mehr Episoden und Geschehnisse werden eingeführt, alle Chancen erwogen, alle Notwendigkeiten des Technischen untersucht, und so entsteht dann ein Entwurf, der auf wenigen Seiten bereits den völligen Geschehensinhalt des späteren Werkes zusammenfaßt. Zolas ganzes Streben gilt dann der Verbesserung der Gesellschaft und aus allem spricht eine Leidenschaft für das Leben, ein Vertrauen auf den Fortschritt, und ein Wille nach praktischen Wirkungen, die weit hinausgreifen über die beschränkten Thesen des dogmatischen Naturalismus. „Ach, diese Angst vorm Leben," so ruft er während der Arbeit an der „Fruchtbarkeit" leidenschaftlich aus, „diese Furcht vor den Mühen und vor den Pflichten, vor den Widerwärtigkeiten und den Katastrophen, die es macht, daß man in der Angst vor den Schmerzen die Freuden zurückweist. Diese Feigheit empört mich, ich kann sie nicht verzeihen. Man soll leben, ganz leben, das ganze Leben leben und besser auch das Leiden, das Leiden allein, als der Verzicht auf das, was man lebendig und menschlich in sich trägt." Aus diesem Gefühl heraus entstehen die vier Evangelien und er widmet sie „der Jugend, um ihr Vertrauen zu geben und sie zum Leben tapfer zu machen." Fruchtbarkeit, Arbeit und Wahrheit sind die Elemente, aus denen die neue Menschheit hervorgehen muß. Vor allem aber die Wahrheit, die den Urgrund jedes Fortschritts ausmacht und aus der allein die Gerechtigkeit hervorgehen kann.

Notizen.

— **Theaterchronik.** Das Hebbel-Theater wird von Mittwoch ab in seiner Strindberg-Aufführung statt „Samum" „Die Stärkere" (mit Rosa Bertens und Maria Mayer) geben. — Das Neue Schauspielhaus hat den Vorverkauf an der Theaterkasse von 10 Uhr vormittags bis 6 1/2 Uhr abends ausgedehnt.

— **Musikchronik.** Das letzte Sonntagskonzert des Charlottenburger Schiller-Theaters findet nächsten Sonntag, mittags 12 Uhr, statt. Auf dem Programm stehen die zweite große Sonate für Pianoforte und Violine von Raff und ein Klaviertrio von Beethoven; ferner Lieder von Schubert, Pfitzner, Erler und Humperdinck. — „Der Mann mit den drei Frauen" erlebt im Neuen Operetten-Theater seine Erstaufführung erst am Freitag. Das Theater bleibt am Donnerstag geschlossen.

— **Das kaiserliche Warenhaus.** In Cadinen wird ein Ton gewonnen, den die kaiserliche Verwaltung für geeignet hält zu keramischen Zwecken. Sachverständige haben eine andere Meinung darüber und die Cadiner Produkte sind von der unabhängigen Kritik als mißlungen gekennzeichnet worden. Jetzt nimmt das Warenhaus Wertheim sich der Sache an; es hat nach einer Korrespondenz 50 000 M. zur künstlerischen Belebung des Cadiner Tons ausgeworfen. Messel, der ja hoffähig geworden ist, macht den Mittelsmann und Leiter. Wertheim wird also kaiserlicher Hoflieferant in doppeltem Sinne.

— **Herr Bode als Kunstdiplomat.** Der Generaldirektor der Berliner Museen, Bode, dessen Schweigen in der zu einem europäischen Skandal gewordenen Tschudi-Angelegenheit in Kunstkreisen sehr unliebsam empfunden wurde, hat sich zu einem Vertreter einer Wiener Zeitung über die Sache ausgelassen. Herr Bode bestätigte, was alle Welt weiß, daß Anton v. Werner und seine Clique, deren Bilder anzukaufen Tschudi mehr als nötig unterlassen habe, hinter der Maßregelung steckt. Der Generaldirektor findet überhaupt, Tschudi wäre zu rücksichtslos und nicht diplomatisch genug aufgetreten. Mit anderen Worten: in preußischen Kunstdiensten sind nur Leute verwendbar, die den Intentionen unverantwortlicher, aber maßgeblicher Personen sich schmiegsam fügen. Die ganze Frage ist, wie alle Kunst- und Kulturfragen in Preußen, damit gekennzeichnet als eine politische.

Die absolutistischen Zustände, die hier vorherrschen, können nur durch Erringung eines demokratischen Wahlrechts ernstlich bekämpft werden.

— **Johannes Fastenrath**, ein Kenner und Vermittler spanischer und katalanischer Literatur, ist in Köln im Alter von 69 Jahren gestorben. Die von ihm 1899 ins Leben gerufenen Kölner Blumenspiele, eine Nachahmung einer unter ganz anderen Bedingungen erwachsenen Troubadoursitte, erwiesen sich als eine unfreiwillige Parodie, eine dilettantische Spielerei, die der Schwärmer Fastenrath ernst nahm.

— **Neues vom Mars.** Wie der amerikanische Marsforscher der Pariser Akademie der Wissenschaften mitteilte, ist es ihm gelungen, auf dem Planeten Mars Wasserdämpfe festzustellen. Wenn sich diese Beobachtung bestätigen sollte, so wäre die Möglichkeit organischen Lebens auf dem Mars damit gegeben.

zur Beschaffung von Saatgut in Ostpreußen vor. Eventuell soll diese Summe durch Abstriche bei anderen Titeln gewonnen werden.

Abg. **Gyßling** (frs. Vp.): Dem Abg. Herold gegenüber bemerke ich, daß nach unserer Auffassung es zweckmäßiger ist, die Wasserbauverwaltung bei der Bauverwaltung zu belassen. Andererseits bin ich auch der Meinung, daß die Forstbeamten nicht durch Juristen kontrolliert werden sollen. Ich halte die Bevorzugung der Juristen in der Verwaltung nicht für richtig. Die ganze moderne Entwickelung geht dahin, den technischen Beamten dieselben Rechte zu geben wie den juristisch vorgebildeten Verwaltungsbeamten. Dem Eventualantrage v. Arnim stimmen wir zu. (Beifall links.)

Abg. **Glatzel** (natl.) erklärt, daß seine Freunde einmütig dem Eventualantrage v. Arnim zustimmen werden.

Landwirtschaftsminister **v. Arnim** spricht seine Zustimmung zu dem Eventualantrage aus.

Abg. Dr. **v. Woyna** (fk.) tritt gleichfalls für diesen Antrag ein und bittet um Förderung der Moorkultur.

Abg. **Negelein** (k.) wünscht, daß die Schüler der landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen mit einer besseren Vorbildung in diese Schulen eintreten.

Abg. Dr. **v. Savigny** (Z.) richtet an den Minister die Bitte, die Bestrebungen des westfälischen Provinziallandtages, die sich darauf richten, den Besuch der ländlichen Fortbildungsschulen obligatorisch zu machen, zu unterstützen. Weiter befürwortet Redner eine Förderung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in Westfalen.

Abg. Dr. **Lotz** (Hosp. der frk.) schließt sich dem Wunsche des Abg. Dr. v. Woyna auf weitere Förderung der Moorkultur an.

Abg. **Tourneau** (Z.) verlangt eine baldige Abänderung des für einen Teil des Regierungsbezirks Erfurt geltenden Ablösungsgesetzes von 1850.

Minister **v. Arnim** führt aus, daß die Verwaltung bestrebt sei, durch Einrichtung von elektrischen Zentralanlagen die Moorkultur zu fördern.

Die Debatte wird geschlossen.

Der Eventualantrag v. Arnim wird angenommen.

Abg. **v. Bieberstein** (k.) begründet einen Antrag, die Staatsregierung zu ersuchen, das Zustandekommen der Ansiedelungsbank für Ostpreußen zu fördern, unter der Voraussetzung, daß Provinz, Kreise und Generallandschaft zusammen Leistungen in gleicher Höhe rechtsverbindlich beschließen, in drei Raten, vom 1. April 1909 beginnend, 4 Millionen Mark als zinsfreien Staatsbeitrag aus dem Fonds zur inneren Kolonisation in Ostpreußen und Pommern zu bewilligen.

Minister **v. Arnim** wendet sich gegen die Auffassung des Vorredners, daß die Staatsregierung es an Interesse für die innere Kolonisation habe fehlen lassen. Notwendig sei es aber, das Verständnis für die Bedeutung der Frage in weiteren Kreisen zu werben. In der Ansiedelungsbank würde die Regierung nicht vertreten sein, und der Umstand allein, daß mit deren Gründung gemeinnützige Ziele verfolgt würden, könne für die Beteiligung der Regierung nicht maßgebend sein. Zweckmäßiger würde wirken eine entsprechende Organisation in den Kreisen. Wir können nicht gut die ostpreußische Landgesellschaft und andere Gesellschaften um einer neuen Organisation willen auflösen.

Abg. **v. Dewitz** (Oldenburg, fk.) erklärt, daß der vom Antragsteller vorgeschlagene Weg nicht gangbar sei. Die Landgesellschaft in Ostpreußen arbeite durchaus in gemeinnütziger Weise. Die vorgeschlagene Ansiedelungsbank würde mit Staatsgeldern den staatlichen Organen Konkurrenz machen. Die Ansiedelung von Arbeitern in Landgemeinden habe sich nicht bewährt, da die Arbeiter dann meist bald in die Städte ziehen.

Abg. **Graw** (Z.): Wir sind der Meinung, daß die Entschuldung des Grundbesitzes sowohl, als auch die innere Kolonisation nur auf genossenschaftlichem Wege durchzuführen ist.

Abg. **Gyßling** (frs. Vp.): Wir begrüßen das Vorgehen der ostpreußischen Landschaft in der Entschuldungsfrage; sie muß sich klar sein darüber, daß sie sich nicht Arbeiten übernimmt, denen ihre Kräfte nicht gewachsen sind. Fragen möchte ich den Minister, ob denn die juristischen Bedenken, die die Regierung gegen den Entschuldungsplan der ostpreußischen Landschaft geltend gemacht hat, beseitigt sind. Die Tätigkeit der ostpreußischen Landgesellschaft ist anzuerkennen. Wir sind der Meinung, daß in Ostpreußen der Großgrundbesitz zu stark vertreten ist. Der Antrag wird am besten der Budgetkommission zur sorgsamen Prüfung überwiesen. (Beifall links.)

Abg. **Glatzel** (natl) erklärt, daß seine Freunde der Tendenz des Antrages sympathisch gegenüberstehen.

Abg. Frhr. **v. Gamp** (fk.) hält die Bedenken des Abg. v. Dewitz gegen die Ansiedelung von Arbeitern in Landgemeinden nicht für gerechtfertigt.

Minister **v. Arnim** erklärt auf die Anfrage des Abg. Gyßling, daß die juristischen Bedenken gegen die Entschuldungsvorlage der ostpreußischen Landschaft beseitigt seien.

Der Antrag v. Bieberstein geht an die Budgetkommission.

Abg. **v. Schmeling** (k.) begründet einen Antrag, die für Beihülfen zu den bei Rentengutsbildungen vorkommenden Folgeeinrichtungskosten festgesetzten Mittel auch zur Beförderung der Einrichtung von Rentengütern zu verwenden.

Nachdem Minister **v. Arnim** sich mit dem Antrage einverstanden erklärt hat, wird dieser angenommen, ebenso der Etat.

Es folgt die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern.

Abg. **v. Arnim** (k.): Die Leitung der sozialdemokratischen Partei hat bereits vor 2½ Monaten das Programm für die

Agitation am 18. März,

wahrscheinlich für die Aenderung des Wahlrechts, aufgestellt, und zwar nicht nur für Berlin und Umgegend, sondern auch für andere Städte. Es sind für den Tag Straßendemonstrationen, Aufzüge usw. geplant, die Gruppenvorstände haben genaue Instruktionen; abends sollen große Versammlungen abgehalten werden. In der Erinnerung an die Ereignisse im Januar halte ich es für richtig, daß vom Ministerium des Innern Vorsorge getroffen wird, damit die öffentliche Ruhe und Ordnung nicht gestört wird. Ich richte an den Minister die Anfrage, ob ihm bekannt ist, daß solche Demonstrationen geplant sind, und ob er die polizeilichen Organe angewiesen hat,

mit Entschiedenheit und Tatkraft

den Demonstrationen entgegenzutreten. Das alte Wort hat noch immer Geltung: Si vis pacem, para bellum. Ich frage den Minister, ob er geneigt ist, den Demonstrationen, mit denen eine Störung der Ruhe verbunden ist, mit Nachdruck entgegenzutreten. (Beifall rechts.)

Minister v. Moltke:

Es ist mir bekannt, daß die Sozialdemokratie die Absicht hat, am 18. März Demonstrationen, Versammlungen usw. zu veranstalten. Sollte sie wider Erwarten wieder die Straßen zum Schauplatz von Demonstrationen machen, die unerlaubt bezw. im Einzelfalle nicht genehmigt worden sind, so würde die Polizei auf ihrem Platze sein und die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung

mit allem Nachdruck durchzusetzen wissen.

(Beifall rechts.) Ich will, wenn der unerwünschte Fall eintreten sollte, aber an die ruhigen Mitbürger die Mahnung richten, daß sie sich nicht hinreißen lassen, als Mitläufer hinzugehen. Wenn die Anhänger der Sozialdemokratie sich Unbequemlichkeiten aussetzen wollen und nachher den Schaden davon haben, so können sie sich bei der Leitung ihrer Partei dafür bedanken. Neugierige und Mitläufer werden, wenn sie in Mitleidenschaft gezogen werden, sich das selber zuzuschreiben haben. (Beifall rechts.)

Abg. **Reinhard** (Z.) bittet den Minister, dafür zu sorgen, daß an die Sparkassen nicht zu weitgehende Ansprüche in bezug auf die Bildung des Reservefonds gestellt werden.

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (freik.): Da der Minister erklärt hat, daß die Polizei sich den morgigen Straßendemonstrationen entgegenstellen wird, so habe ich nicht das Bedürfnis, darauf näher einzugehen, zumal das nur noch Reklame für morgen machen würde.

Abg. **Wolff** (Lissa, freis. Vg.) bringt ein Vorkommnis in der Stadt Ämöneburg zur Sprache. Dort seien in der Verwaltung Unterschlagungen vorgekommen, der Bürgermeister sei verurteilt, aber nachher freigesprochen worden, weil er geisteskrank ist. Inzwischen habe sich die Stadt einen anderen Bürgermeister gewählt, sei aber nun gezwungen, auch dem geisteskranken Bürgermeister, der nach Amerika gegangen sei, Gehalt zu zahlen, bis das Zwangspensionierungsverfahren gegen ihn durchgeführt sei. Der Fall zeige, daß die staatliche Aufsicht ganz mangelhaft war, und das sei um so befremdlicher, als man ja sonst nur von zu weitgehenden Eingriffen in die Selbstverwaltung höre. (Beifall links.)

Hierauf vertagt das Haus die weitere Beratung auf Mittwoch 11 Uhr.

Schluß 4¼ Uhr.

Der Rest des Etats in der Budgetkommission.

(Sitzung vom 17. März.)

Die Beratung beginnt mit dem Etat der Reichsschuld. Die Verzinsung der Reichsschuld beläuft sich auf 145 784 524 M. Dazu kommt noch die Schuldenverwaltung, die 682 500 M. Kosten verursacht und die Herstellungskosten von Kassenscheinen im Betrage von ½ Million, so daß die Reichsschuld alles in allem 147 Millionen jährliche Kosten verursacht.

In einer längeren Debatte, in der vom Zentrumsabgeordneten **Speck** die Anleihewirtschaft als verfassungswidrig bezeichnet wird, da zahlreiche Ausgabeposten auf Anleihen abgeschoben würden, die ins Ordinarium gehörten, und Reichsschatzsekretär **Sydow** dieses Verfahren mit der Mühe, den Etat zu balanzieren, entschuldigt und sich bereit erklärt, die Frage mit der Budgetkommission einmal erneut zu beraten, gibt Unterstaatssekretär **Twele** den Anleihebedarf für 1908 auf 200 Millionen Mark hoch an. Die Ueberschreitungen der Bewilligungen für Südwestafrika pro 1906 werden 25 bis 29 Millionen betragen.

Erzberger, Pauche, Wiemer, Gröber und **Arendt** fordern die Auflösung des Kriegsschatzes von 120 Millionen Mark im Juliusturm und eine Ueberführung in den Verkehr zur Verstärkung der Betriebsmittel des Reiches. Die Regierungsvertreter **Sydow** und **Twele** sowie der Konservative **v. Richthofen** sind dagegen. Der Etat der Reichsschuld wird bewilligt.

Die Kommission geht nun zur Beratung des Etatgesetzes über.

§ 4 setzt die durch das letzte Finanzreformgesetz festgelegte Schuldentilgung, die 1908 beginnen soll, wieder außer Kraft. Referent **Speck** wendet sich auch gegen diesen Paragraphen, es könne doch durch den Etat ein anderes Gesetz nicht einfach aufgehoben werden. — Auf Anfragen teilt Twele mit, daß die gestundeten Matrikularbeiträge pro 1906 27 Millionen, pro 1907 40 Millionen und pro 1908 12½ Millionen betragen, wenn aber § 4 gestrichen werde, erhöhen sich die gestundeten Matrikularbeiträge pro 1908 um weitere 24 Millionen.

Genosse **Singer** tritt nachdrücklich für Streichung des § 4 ein. Nachdem vor zwei Jahren das Gesetz über Schuldentilgung erlassen wurde, müsse es einen sonderbaren Eindruck machen, es jetzt, wo es Anwendung finden soll, außer Kraft zu setzen. Wenn man sage, materiell sei es ohne Bedeutung, ob man Schulden tilge und dafür die gestundeten Matrikularbeiträge erhöhe, so treffe das nicht zu, eine kurzfristige schwebende Schuld sei immer einer konsolidierten Schuld vorzuziehen, denn hier müsse die Regierung auf Deckung bedacht sein, mit den festen Schulden macht man sich die Sache zu leicht.

Sydow polemisiert gegen Singer und macht dabei das interessante Geständnis, daß die gestundeten Matrikularbeiträge niemals von den Bundesstaaten gedeckt werden könnten. Der bayerische und der badische Bundesratsvertreter unterstreichen dieses Eingeständnis noch, indem sie erklären, ihre Staaten hätten einfach kein Geld, sie könnten nicht zahlen. Sollte gezahlt werden, müßten in Bayern und Baden Anleihen aufgenommen werden, und da sei es doch besser, die Schulden blieben gleich beim Reich.

Erzberger spricht sich für die Streichung des § 4 aus und **Groeber** fährt die Bundesratsvertreter ziemlich grob an, weil sie sich nicht gegen die hohen Ausgaben wehren, hinterher aber kommen und sich als zahlungsunfähig bekennen.

v. Richthofen und **Wiemer** treten für den Fortfall der Schuldentilgung, also für Beibehaltung des § 4 ein.

Schließlich wird der Antrag, § 4 zu streichen, gegen 9 Stimmen abgelehnt. Für Beibehaltung stimmt der Block und vom Zentrum Abg. Hertling. Die übrigen Paragraphen werden debattelos genehmigt und damit ist der Etat in der Budgetkommission erledigt.

Zur Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes.

Seit dem Rücktritt Bödikers klammert sich die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes immer mehr an den starren Buchstaben des Gesetzes. Es gibt dieses Amt von Jahr zu Jahr frühere Erfolge oder Fortschritte wieder auf, damit die „Unfallasten" auf eine „richtige Höhe" gebracht würden.

Im Gegensatze zu vielen Schiedsgerichten hatte nun das Reichsversicherungsamt bis zuletzt an dem Grundsatz festgehalten, daß allen Beweisanträgen der Parteien nach Möglichkeit Rechnung getragen werden müsse. Hatte zum Beispiel der Verletzte bei dem Schiedsgericht vergeblich beantragt, daß dieser oder jener wichtige Zeuge in seiner Unfallsache gehört oder eidlich vernommen werden sollte, so war das Reichsversicherungsamt immer noch die letzte Hoffnung des Klägers. Und in zahlreichen Fällen genügte eine schriftliche Erklärung des betreffenden Zeugen, daß er dies oder jenes beweisen könnte, um einen Beschluß des Reichsversicherungsamts über seine eidliche Vernehmung herbeizuführen. Dies hat natürlich den Berufsgenossenschaften gar nicht gefallen, die von der Praxis eines umfangreichen Beweisverfahrens nichts wissen wollten. Sie liefen Sturm und erklärten stets und ständig, daß die Ueberlastung des Reichsversicherungsamts meist nur von den so umständlichen Beweisverfahren herkomme. Die Herren der Berufsgenossenschaften wissen ihre Macht auszunützen. Nicht allein, daß sie die Berufsgenossenschaften ganz allein verwalten und ohne Kritik der Versicherten ihre Beschlüsse über den Rentenantrag fassen können, sie haben auch als solche alle Hülfsmittel stets zur Hand, wie Polizei, alle Aerzte, die Gutachten nach Belieben ausstellen, juristische Berater usw. Und sie haben einen weiteren Erfolg errungen! Das Reichsversicherungsamt gibt seine seitherige Praxis auf und geht über alle Beweisanträge der Verletzten einfach zur Tagesordnung über. Das zeigt folgender Beschluß vom 12. Dezember 1907: Ein Schuhmacher eines Taunusortes wollte nachmittags in seinem Hofe Holz spalten, um damit Viehfutter zu kochen. Bei dieser Tätigkeit verletzte er sich sehr schwer an der Hand, so daß er schwerlich wieder seinen Beruf ausüben kann. Die Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft lehnte jedoch die Entschädigung ab, weil der Unfall bei einer hauswirtschaftlichen Tätigkeit sich ereignet habe, das Holz sicher zum Kaffeekochen usw. benutzt werden sollte. Der Verletzte brachte amtliche Beweise, daß er in der Hauptsache Landwirtschaft betreibe und als Landwirt ja auch gegen Unfall versichert sei. Er habe 43 Ar eigenes Land, Wiesen und Aecker, außerdem 50 Ar Pachtland. Die Schuhmacherei sei dagegen nur ein geringer Nebenerwerb, denn er habe von seinem ständigen Lederlieferanten in Usingen laut dessen Bescheinigung im Vorjahre nur für 121 Mark Leder bezogen. Außerdem könne eine Frau im Hause bezeugen, daß das Holz nicht zum Kochen von Kaffee oder Essen benutzt werden sollte, denn der Kaffee war schon getrunken, als das Unglück geschah, für das Nachtessen noch viel Zeit, während zu dieser Zeit das Viehfutter gekocht werden mußte. Das Schiedsgericht ging auf die Einwendungen des Klägers nicht ein und wies die Berufung desselben einfach ab. Die letzte Hoffnung des armen Schuhmachers war deshalb das Reichsversicherungsamt. Seiner Rekursschrift fügte er eine schriftliche Erklärung der Zeugin Frau W. bei, die folgenden Wortlaut hatte: „Ich erkläre, daß ich um dieselbe Zeit nach dem Kaffeetrinken im Keller war und Holz holte, als Herr St. im Hofe stand und Holz spaltete, wobei ihm das Unglück passierte. Seine Frau war auch im Keller, um Kartoffeln für das Vieh zu holen. Das Abendessen wurde noch nicht gekocht, denn die Leute essen erst, wenn sie im Stalle fertig sind."

Das Zentral-Arbeitersekretariat, welches die Vertretung des Falles übernommen hatte, beantragte deshalb im Termin: Frau W. darüber eidlich zu vernehmen, daß im Anschluß an das Zerkleinern des Holzes, bei dem der Unfall passierte, sofort das Viehfutter gekocht und das von dem Kläger gespaltene Holz dabei verwendet worden ist." Würde diese unter Beweis gestellte Behauptung bewiesen, so könnten doch Zweifel an dem Vorliegen eines landwirtschaftlichen Betriebsunfalles nicht mehr bestehen.

Der Senat unter Vorsitz des Geh. Regierungsrates Gerschel wies jedoch den Rekurs ohne weiteres zurück mit der Begründung, daß solche Behauptungen, wie die hier in Frage kommende, im allgemeinen mit Mißtrauen aufzunehmen seien! Dieses Mißtrauen habe der Senat geglaubt, auch im vorliegenden Falle hegen zu müssen, da Frau W. unmöglich bekunden könne, daß gerade mit dem zerkleinerten Holz das Viehfutter gekocht worden sei. Weiter heißt es in diesem eigentümlichen Urteile wörtlich:

„Einen ausreichenden Nachweis für seine Behauptungen, daß das Holz ausschließlich oder doch zu einem erheblichen Teile zum Kochen des Viehfutters bestimmt gewesen sei, hat der Kläger nicht erbracht. Ein solcher Nachweis war auch von der Vernehmung der Frau W. nicht zu erwarten, da es auf diejenigen Tatsachen, die die Zeugin nach ihrer schriftlichen Bescheinigung zu bekunden in der Lage wäre, für die Entscheidung der vorliegenden Frage nicht ankommt. Denn aus diesen Tatsachen ließe sich der Beweis dafür, daß das Holz tatsächlich für den oben erwähnten Zweck bestimmt gewesen sei, nicht mit derjenigen Sicherheit schließen, die das Reichsversicherungsamt bei Behauptungen ähnlicher Art stets gefordert hat. Die Behauptung muß im vorliegenden Falle schon um deswillen unglaubhaft erscheinen, weil der Kläger nur eine Kuh und eine Ziege hält, also so wenig Vieh, daß ein nennenswertes Kochen dafür nicht in Frage kommen kann. Die unfallbringende Tätigkeit kann daher nicht als eine landwirtschaftliche, sondern höchstens als eine mit der Landwirtschaft in Zusammenhang stehende hauswirtschaftliche Verrichtung angesehen werden.

Gegen Unfälle bei solchen Tätigkeiten würde der Kläger gemäß § 4 I des Statuts der Beklagten aber nur dann versichert sein, wenn er überwiegend in seinem landwirtschaftlichen Betriebe beschäftigt wäre. Dies trifft jedoch nicht zu. Das Schiedsgericht hat vielmehr die Ueberzeugung gewonnen, daß der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit des Klägers nicht in der kleinen Landwirtschaft zu erblicken ist, sondern in der Schuhmacherei. In dieser Hinsicht war die Bescheinigung der Lederhandlung B. in Usingen beweisend, nach welcher der Kläger im Jahre 1906 für 121,48 M. Leder bezogen hat. Der Senat hat gerade daraus entnommen, daß die Schuhmacherei des Klägers erheblich, und daß er sehr wohl imstande sein muß, aus der Verarbeitung dieses Leders und den Reparaturarbeiten ein Einkommen erzielen, daß die Schätzung in der Steuerliste auf 600 M. rechtfertigt."

Weil also der arme Schuhmacher nur eine Kuh und eine Ziege sein eigen nennt, deshalb kann von einem Betriebsunfall keine Rede sein! Er hatte eben „zu wenig Vieh", so daß ein „nennenswertes Kochen dafür nicht in Frage kommen kann". Nach der Reichsstatistik teilen 3¼ Millionen Kleinbauern dieses Schicksal, da alle unter 2 Hektar Land besitzen!!

Das nennt man Schutz der Kleinbauern!! Alle diese sind auf einen Nebenerwerb angewiesen und müssen sich bei einem Unfalle gefallen lassen, daß „der Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit nicht in der kleinen Landwirtschaft zu erblicken ist". Beziehen sie auch nur für 121 Mark Leder, so genügt dies, um eine „erhebliche" Schuhmacherei daraus zu machen, die ein sicheres Einkommen garantiert. Der „Schuster konnte bei seinem Leisten" nicht bleiben und erhält jetzt als Krüppel keine Unfallrente, weil er sich zu wenig Vieh gehalten hat. „Mehr Vieh" und ihm wäre geholfen gewesen! Seine Beweisanträge werden abgelehnt, weil das Reichsversicherungsamt schon vor der Vernehmung der Zeugin weiß, daß diese unglaubhafte Aussagen machen würde! Deshalb hat man lieber den Rekurs zur Freude der Berufsgenossenschaft abgewiesen, den Krüppel ohne Rente gelassen. Behauptet nun derselbe, daß ihm bitter Unrecht geschehen sei, daß das Urteil geeignet ist, Befremden zu erregen, weil das Gericht die von ihm gestellten genügend substantierten Beweisanträge einfach ignoriert hat, so ist er eben ein — Nörgler. Unter Beifallsgebrüll der Berufsgenossenschaft und aller Reaktionäre „revidiert" eben das Reichsversicherungsamt von Tag zu Tag frühere Beschlüsse und Gepflogenheiten. Die Fahrt geht zu Tal!

Aus Industrie und Handel.

Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft.

Das Unternehmen erbrachte im letzten Jahre einen Bruttoüberschuß von 44 562 162 M. Nach Absetzung der üblichen Posten, wobei die Summe der Abschreibungen gegen das Vorjahr um rund 2¾ Mill. M. auf 15 Mill. M. erhöht wurde, verbleibt ein Reingewinn von 17 272 368 M., oder gegen 1906 2½ Mill. M. mehr. Die Dividende wird mit 12 Proz., gegen 11 Proz. im Vorjahre, ausgeschüttet. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter stieg von 28 678 auf 30 043 und der Lohn pro Mann und Schicht von 4,60 M. auf 5,06 M. oder um 10,65 Proz. Der pro Arbeiter erzielte Reingewinn betrug:

1906	1907
522 M.	575 M.

Also trotz der Lohnsteigerung und obwohl die Abschreibungen usw. höher bemessen worden sind als im Vorjahre, doch noch eine respektable Erhöhung des Reingewinns pro Kopf der Belegschaft. Die in den letzten Jahren an Tantieme und Dividende verteilten Summen sind nachfolgend zusammengestellt:

Jahr	in 1000 Mark	in Prozent des Aktienkapitals
1900 . . .	6 275	11,62
1901 . . .	6 707	12,42
1902 . . .	6 189	10,63
1903 . . .	6 821	11,72
1904 . . .	7 117	10,31
1905 . . .	13 344	10,26
1906 . . .	14 570	11,21
1907 . . .	16 147	12,42

Demnach ist für das letzte Jahr wiederum die glänzende Rente des Jahres 1901 erreicht worden.

Die Lage auf dem Eisenmarkt.

Die krampfhaften Versuche, die von interessierter Seite immer noch gemacht werden, um die Wirtschaftslage möglichst wenig un-

günstig erscheinen zu lassen, können leider nicht verhindern, daß sich die Verhältnisse weiter verschlechtern. Zu den von verschiedenen Seiten drohenden weiteren Belastungen, durch neue Steuern und Lebensmittelverteuerung, tritt die verschärfte Ungunst auf dem Arbeitsmarkt. Vor wenigen Tagen ließ der Stahlverband eine leichte Steigerung des Beschäftigungsgrades melden. Bei Licht besehen, entpuppt sich die Steigerung als eine der bekannten Verbandsphantasien. Zwar ist der Gesamtversand gegenüber Januar gestiegen, aber im Vergleich zu dem Resultat der gleichen Zeit der Vorjahre ergibt sich ein starker Rückgang. Es betrug der Versand im Februar:

	1906	1907	1908
		in Tonnen	
Halbzeug	156 962	154 815	101 460
Eisenbahn-Oberbaumaterial .	155 671	183 111	207 562
Formeisen	125 376	124 806	104 092
Insgesamt Produkte A . .	437 559	449 264	420 508

Diese Zahlen lassen einen Rückgang gar nicht verkennen. Das Resultat würde ohne die bedeutenden Aufträge der Staatseisenbahnverwaltung ganz erheblich ungünstiger sein. Aber diese Aufträge sind auch kein unerschöpflicher Born. Obwohl in den anderen Erzeugnissen die Versandmenge im Februar um 37 457 Tonnen größer war als im Januar d. J., ist die Menge des zum Versand gebrachten Eisenbahnmaterials in derselben Zeit bereits wieder um 6905 Tonnen gesunken, und in dem offiziellen Bericht des Verbandes wird mitgeteilt, daß ein weiterer Rückgang zu erwarten sei, weil die Staatsbahnverwaltung ihre Bezüge erheblich einschränkte.

Auch aus anderen Zweigen der Eisenindustrie wird über weiteres Nachlassen des Beschäftigungsgrades berichtet. Die Eingänge von Aufträgen bei den Roheisensyndikaten sind so unbedeutend, daß die Werke nicht nur große Mengen Roheisen auf Lager nehmen, sondern auch die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen reduzieren. Dabei hemmen die hohen Kokspreise eine Reduktion der Preise für Roheisen und halten dadurch eine Belebung zurück. Auch die Stahlwerke gehen nun zu erheblichen Betriebseinschränkungen über; für das zweite Quartal ist erst wenig verkauft. Nur in Trägern soll eine etwas regere Nachfrage sich bemerkbar gemacht haben. Vom Stabeisenmarkt wird berichtet, daß sich die Werke um die wenigen Aufträge geradezu reißen und die Preise drücken. Nicht besser sind die Verhältnisse am Blechmarkt. Dagegen erfreuen sich die Drahtwerke einer relativ noch günstigen Beschäftigung.

Der Rückschlag prägt sich auch scharf aus in der verminderten Gründungstätigkeit, die schon im Januar stark abgeschwächt hatte. Nach den Zusammenstellungen der „Frankf. Ztg." über das neu investierte Kapital für Aktiengesellschaften und G. m. b. H. ergeben sich folgende Summen:

	im Januar	im Februar	zusammen beider Monate
	M.	M.	M.
1907 .	135 488 900	112 169 700	247 658 600
1908 . . .	93 634 300	72 603 000	166 237 300

Dabei ist noch zu bemerken, daß von der Gesamtsumme von 72 603 000 M. allein auf die Gruppen Bergbau und Banken rund 27 000 000 M. entfallen.

Für die Arbeiter hat die verminderte Arbeitsgelegenheit auch noch die unangenehme Folge, daß die Unternehmer rücksichtslos die Löhne herabsetzen. Nicht nur im Baugewerbe in Berlin haben die Unternehmer Vorstöße nach dieser Richtung geplant; von Kohlenmagnaten ist eine allgemeine Lohnreduktion ebenfalls schon gefordert worden und in anderen Industrien ist, wie wir mitteilen können, die Frage gemeinsamen Vorgehens auf demselben Wege schon seit einiger Zeit in der Schwebe und wahrscheinlich in den nächsten Wochen spruchreif. Das sind neue Beweise für die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Arbeiter, um vereint solche Anschläge abwehren zu können. Was ein Teil der Arbeiterschaft durch Vernachlässigung der wirtschaftlichen Organisationen gesündigt hat, das muß die Gesamtheit jetzt büßen. D.

Gerichts-Zeitung.

Vom Polizeikampf gegen Gastwirte.

Daß Gastwirte, die der freiorganisierten Arbeiterschaft ihre Säle zur Verfügung stellen, dafür sich einer besonderen Aufmerksamkeit der Polizei erfreuen, ist bekannt. Mit geradezu verblüffender Deutlichkeit trat das in einem Fall in **Oswitz bei Breslau zutage.** Der dortige Gastwirt Knabe hatte Ende August vorigen Jahres die schriftliche polizeiliche Erlaubnis bekommen, an den Sonntagen des September in seinem Lokal bis 12 Uhr nachts öffentliche Tanzlustbarkeiten abhalten zu lassen. Am 17. September erhielt er nun eine Verfügung des **Amtsvorstehers,** durch die dieser die **Tanzerlaubnis widerrief** und Herrn Knabe darauf aufmerksam machte, daß er die **allgemeine Polizeistunde um 10 Uhr** innezuhalten habe. Es hieß in der Verfügung: „Nachdem Sie Ihr Lokal zum öffentlichen Parteilokal der revolutionären Partei hergegeben und seine Benutzung zu sozialdemokratischen Versammlungen freigegeben haben, befürchte ich, daß durch den verstärkten Besuch von Anhängern der Sozialdemokratie es zwischen diesen und den bisherigen bürgerlichen Gästen zu Streitigkeiten kommen wird, wie das erfahrungsgemäß bei Gelegenheit öffentlichen Tanzes leicht geschieht. Da Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu besorgen sind, so halte ich Ihr Lokal ferner für nicht geeignet zur Abhaltung öffentlicher Tanzlustbarkeiten." — Knabe führte demnächst **Beschwerde,** da er die Verfügung für rechtswidrig erachtete. Aus demselben Grunde beachtete er auch die Verfügung **nicht,** sondern ließ ruhig am Sonntag, den 22. September, öffentlichen Tanz bis 12 Uhr nachts zu, und ließ auch solange ausschänken. Er stützte sich dabei auf die schriftliche Erlaubnis. Knabe wurde jedoch **angeklagt** und auch vom **Landgericht Breslau** wegen Veranstaltung einer nichtgenehmigten öffentlichen Tanzerlaubnis und wegen Uebertretung der Polizeistunde verurteilt. Die Rücknahme der erst erteilten Erlaubnis sei zulässig. Ob die Besorgnis des Amtsvorstehers unbegründet und die Verfügung unnötig oder unzweckmäßig wäre, unterliege nicht der Nachprüfung des Richters. Die Beschwerde hätte auch keine aufschiebende Wirkung.

Der erste Strafsenat des Kammergerichts verwarf die hiergegen eingelegte Revision. Eine Tanzerlaubnis könne aus Gründen des öffentlichen Wohles, die im Rahmen des § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts lägen, zurückgenommen werden. Das sei hier geschehen. Es frage sich nun, ob K. trotzdem tanzen lassen konnte, weil er Beschwerde eingelegt hatte. Nach verwaltungsrechtlichen Grundsätzen habe die Beschwerde, wenn sie eingelegt sei, in der Regel **aufschiebende Wirkung,** abgesehen von bestimmten Fällen, zu denen der vorliegende allerdings nicht gehöre. Was aber angeordnet sei, müsse nach Meinung des Senats auf jeden Fall befolgt werden, bis Beschwerde eingelegt sei. Hier sei die Rücknahmeverfügung am 17. September ergangen, am 22. September habe Knabe tanzen lassen und erst am 28. September habe er Beschwerde eingelegt. Keinesfalls hätte Angeklagter am 22. September tanzen lassen dürfen, wenn er erst am 28. September Beschwerde einlegte.

Der Gastwirt wird, wenn im Verwaltungsstreitverfahren die Gesetzwidrigkeit der Verfügung des Amtsvorstehers anerkannt ist, Schadenersatz in vollem Umfange vom Amtsvorsteher zu verlangen haben. Wie verträgt sich übrigens das Vorgehen des Amtsvorstehers mit der neulich in der Reichsvereinsgesetz-Kommission gefallenen Behauptung des Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg, daß ein auf Verhinderung von Versammlungen abzielendes Verhalten von Polizeibeamten strafbar ist? Wird der Oswitzer Amtsvorsteher angeklagt werden? Wir möchten es bezweifeln.

Pfarrer und Schülerin.

Wegen **Sittlichkeitsverbrechens** ist am 28. Januar vom Landgericht **Augsburg der katholische Pfarrer Hermann Oelhaf zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt** worden. Er ist zu Reichertshofen Pfarrer. Ein 16jähriges Mädchen Walpurga W. hatte die Glocken zu läuten. Etwa siebenmal stieg er beim Mittagläuten zu ihr hinauf, nannte sie seine Liebste, tätschelte sie und betastete sie über ihren Kleidern. Einmal, als sie die Uhren aufgezogen hatte, getraute sie sich nicht, herunterzukommen, weil sie die Zudringlichkeiten des Angeklagten fürchtete. Der Angeklagte zog sie aber am Rocke ein paar Stufen herunter, so daß sie auf die Treppe zu sitzen kam. Dabei berührte er sie in unzüchtiger Weise. Die W. besuchte um jene Zeit die **Christenlehre** des Angeklagten, war also seine minderjährige Schülerin. Der Angeklagte sagt, die Besucherinnen der Christenlehre seien keine Schülerinnen, da ihnen der Besuch der Christenlehre völlig freistehe. Der Distriktsschulinspektor sagt dagegen, daß der Besuch der Christenlehre Gewissenspflicht für die jungen Leute in diesem Alter sei. Nur nach erteilter Erlaubnis blieben sie der Christenlehre fern. Daher hat, so heißt es im Urteile, ein Autoritätsverhältnis auf Grund des Unterrichts bestanden. — In seiner **Revision,** die am Montag vor dem Reichsgericht zur Verhandlung kam, behauptete der Angeklagte, der Begriff der Schülerin sei vom Gericht verkannt worden.

Im Einklang mit den Ausführungen des Reichsanwalts **verwarf** das **Reichsgericht** die Revision.

„Wisch" eine Beleidigung des Polizeioberhaupts.

In dem nahe der holländischen Grenze belegenen gut katholischen Städtchen Isselburg konnte bislang das „fromme" Kapital nach Herzenslust schalten und walten. An ein Eindringen seitens der freien Gewerkschaften in die schwarze Domäne war nicht zu denken. Der „christliche" Metallarbeiterverband dagegen gründete vor etwa Jahresfrist in Isselburg eine Ortsgruppe, was dem „christlichen" Unternehmertum und auch der Behörde gar nicht recht zu sein schien, sintemalen doch sonst die christlichen Gewerkschaften erst dann auf den Plan zu treten haben, wenn die Freien bereits festen Fuß fassen. In Isselburg war es nun anders. Dafür entlud sich aber auch der volle Groll der Isselburger Hautevolee gegen die christliche Gewerkschaft. Saalabtreibereien, Maßregelungen, Versammlungsauflösungen, Auflösung der Ortsgruppe usw. wechselten mit einander ab. Gelegentlich der Anmeldung einer öffentlichen Versammlung erhielt der Einberufer eine Bescheinigung über eine angemeldete Versammlung der aufgelösten Ortsgruppe. Hinterher erfolgte dann die Auflösung der Versammlung, weil die (aufgelöste!) Ortsgruppe eine öffentliche Versammlung abhalte. Bei dieser Gelegenheit hat der christliche Gewerkschaftsführer Franzen gesagt: „Das Oberhaupt der Stadt habe sich wieder einmal etwas geleistet. Es liege wieder so ein „Wisch" von Anmeldebescheinigung für die Ortsgruppe vor". Hierdurch fühlte sich Bürgermeister August Brandt von Isselburg beleidigt. Das Schöffengericht in Wesel sprach den Angeklagten Franzen unter Zubilligung des Schutzes des § 193 des Reichsstrafgesetzbuches frei. Anders die Strafkammer in Duisburg als Berufungsinstanz. Zehn Mark soll Herr Franzen für seine Freveltat blechen.

Die Bezeichnung „Wisch" deutet auf den Reinigungszweck der so benamsteten Sache hin. Bezweckt eine polizeiliche Bescheinigung nicht die Abwendung von Unordnung — was bezweckt sie denn dann?

Vermischtes.

Gerettet. Der deutsche Dampfer „Vandalia" hat gestern einer Meldung aus Toulon zufolge sieben Schiffbrüchige des gesunkenen französischen Schoners „Liberté" gelandet.

Neun Matrosen ertrunken. Der Dampfer „Villa Real" ist, einer Meldung aus Valencia zufolge, infolge Sturmes gescheitert, neun Matrosen sind ertrunken.

Ein wellenförmiges Erdbeben im Suganer Tale und im Sarcatale veranlaßte, wie aus Trient berichtet wird, im Hochgebirge zahlreiche Lawinen.

Einsegnungs-Anzüge.

Reichhaltigste Auswahl in den neuesten Moden und Webarten, Kammgarnen, Satins, Cheviots, Drapés, Meltons, Tuchen usw.

33.— 30.— 27.— 24.— 22.— 20.— 18.— 16.— 14.— 12 M.

Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält reizende Beigaben umsonst.

Wäsche, Hüte, Handschuhe usw. zur Einsegnung zu sehr niedrigen Preisen.

Prüfungs-Anzüge

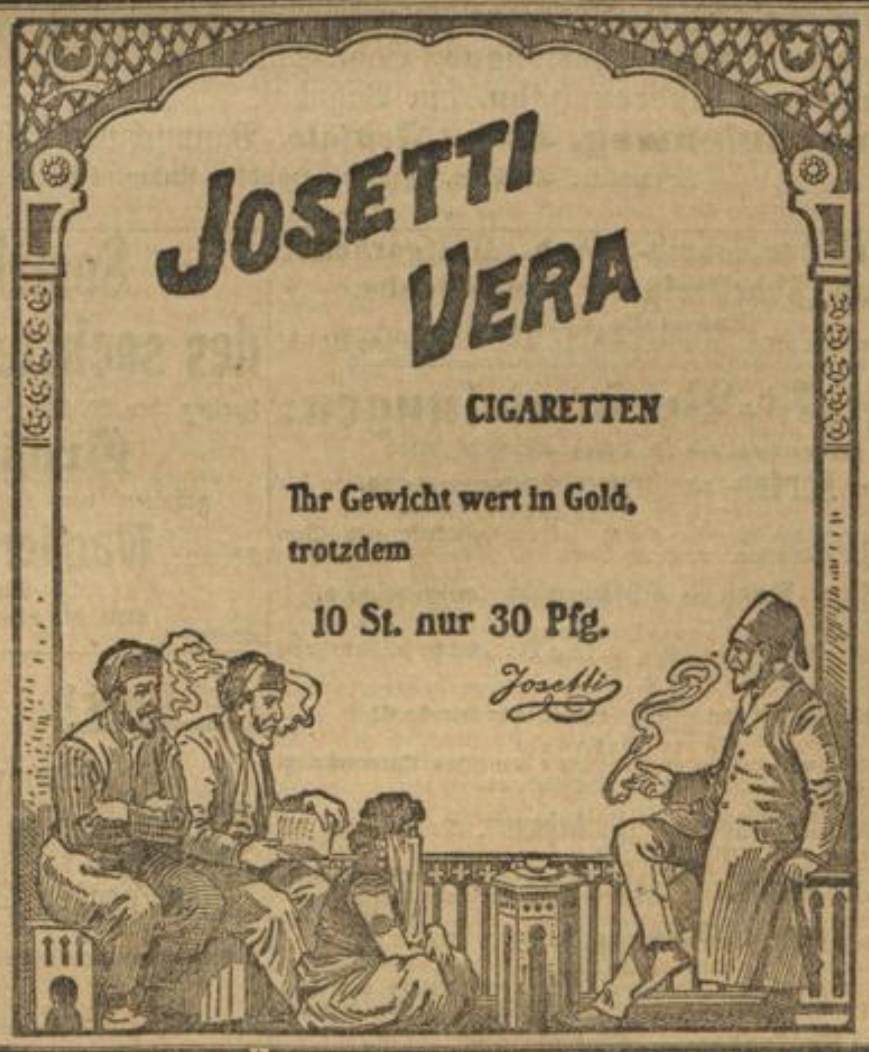
moderne, gemusterte Webarten in Cheviots, Buckskins, Kammgarnen usw. allerneuester Geschmacksrichtungen, 30.- 27.- 24.- 21.- 18.- 15.- 12.- 10 M.

Baer Sohn

Chausseestraße 29-30 ◆ 11 Brückenstraße 11

Gr. Frankfurter Str. 20.

Die Kataloge No. 33 (Livreen), No. 34 (Neueste Moden 1908) kostenlos und portofrei.



Spottbillig!!
Land- u. Waldparzellen,
wundervoll gelegen, nahe Bahnhof
Fredersdorf (Ostbahn)
□R von 7 Mark an.
Nieschalke & Nitsche,
Neue Königstr. 16.

Unser Geschäftslokal ist heute am 18. März von 1 Uhr ab geschlossen.
Produktiv- und Verkaufs-Genossenschaft Berliner Bandagisten (E. G. m. b. H.)
Köpenicker Str. 98b (zwischen Kellers u. Mundts Festsälen).

Steppdecken
größte Auswahl, sehr preiswert, direkt in d. Fabrik
Bernhard Strohmandel,
nur allein 72 Wallstr. 72, Berlin S. 14,
(zwischen Roh- u. Inselstr.),
wo auch alle Steppdecken aufgemb. werd.

Lieferant des
Berliner Konsum-Vereins.
Kleiderstoffe • Seidenstoffe • Blusen
Röcke • Möbelstoffe • Gardinen
Steppdecken • Läuferstoffe.
Verkaufsstelle: S. Eisenstädt, Frankfurter Allee 105, an der Mainzer Str.
Verlangen Sie Konsum-Marken.
Bei Vorzeigung dieses Inserates ein schönes Präsent extra.

Groß-Berlin!

Mittwoch, den 18. März 1908, nachmittags 3 Uhr:

Massen-Versammlungen.

Tages-Ordnung: **Preußen! 1848! 1908!**

I. Wahlkreis

Dräsels Festsäle, Neue Friedrichstraße 35.
„Zur Lebensquelle“, Kommandantenstraße 20.

II. Wahlkreis

Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg.

III. Wahlkreis

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

IV. Wahlkreis

Freyers Festsäle (früher Keller), Koppen-Straße 29.
Elysium, Landsberger Allee 40/41.
Boekers Festsäle, Weber-Straße 17.
Sanssouci, Kottbuser Straße 6.
Urania, Wrangel-Straße 11.

V. Wahlkreis

Brauerei Friedrichshain (früher Lipps).

VI. Wahlkreis

Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.
Pharus-Säle, Müllerstraße 142.
Ballschmieder, Badstraße 16.
Berliner Prater, Kastanien-Allee 7/9.

Teltow-Beeskow

Rixdorf. Hoppe, Hermannstr. 49 und Thiel, Bergstr. 152.
Charlottenburg. Volkshaus, Rosinenstr. 3.
Schöneberg-Wilmersdorf. Obst' Festsäle, Meiningerstr. 8.
Adlershof. Kähnes Festsäle, Bismarck-Straße 60.
Köpenick. Kaiserhof, Grün-Straße.

Nieder-Barnim

Ober-Schöneweide. Restaurant Wilhelminenhof.
Lichtenberg. Schwarzer Adler, Frankfurter Chaussee 5.
Pankow (Niederschönhausen-Franz. Buchholz). Feldschlößchen, Berlinerstraße
Rummelsburg. Witwe Weigel, Türrschmidtstr. 45.
Weißensee. Schloß Weißensee.

Referenten: Basner, Ed. Bernstein, Bruns, Brückner, Davidsohn, Dittmer, Ebert, Emmel, Eichhorn, Fülle, Glocke, Hugo Heimann, Hirsch, Ad. Hoffmann, Katzenstein, Noske, Saffenbach, Robert Schmidt, H. Schulz, Singer, Stadthagen, Stücklen, Dr. Weyl, Wurm, Zubeil.

Abends 8 Uhr:

Teltow-Beeskow

Mariendorf. Zum „Alten Askanier“, Chausseestr. 305.
Gr.-Lichterfelde. Kaiserhof, am Kranolder-Platz.
Lankwitz. Lokal Breuert, Marienfelder Straße 17b.
Trebbin. Gesellschaftshaus, Bahn-Straße 3.
Treptow. Radrennbahn, am Bahnhof.
Baumschulenweg. Speers Festsäle, Baumschulenstraße 78.

Nieder-Schöneweide. Restaurant Hasselwerder.
Nowawes. Restaurant Singer, Priester-Straße 31.
Königs-Wusterhausen. Wedhorn (Altes Schützenhaus).

Nieder-Barnim

Friedrichshagen. Ww. Lerche, Rundteil, Friedrich-Straße.
Tegel. Trapps Festsäle, Bahnhofstraße 1.
Erkner. Degebrodts Gesellschaftshaus.

Referenten: Büchner, Franke, Handke, Kubig, Kiesel, Kaliski, Nitschke, Dr. Rosenfeld, Stern, Thurow, Obst, Wermuth.

Der Zentral-Vorstand.

Verband der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Bureau: Linienstr. 215. Geöffnet von 9—1 u. 4—8. Telephon: III, 938.

Bezirks-Versammlungen:

Donnerstag, den 19. März, abends 8½ Uhr:

Für Norden bei **Kramer,** Hussitenstraße 40.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Kosiol: „Wirtschaftskrise und Verbrechen“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Für Nord-West bei **Kirschkowski,** Beusselstraße 9.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Göhre, Pastor a. D.: „Kirche u. Arbeiter“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Für Osten bei **Zietz,** Warschauer Straße 61
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Bontin: „Die deutschen Unternehmerorganisationen“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Für Charlottenburg im **„Volkshaus“,** Rosinenstraße 3.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Girbig: „Die Organisation der Arbeitgeber und die Arbeiter“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Für Tegel bei **Glückselig,** Berliner Straße 92.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Sewekow: „Die wirtschaftliche und politische Lage und die Arbeiterschaft“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Für Weißensee bei **Content,** Lehderstraße 5.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Weiße: „Freiwillige Krankenversicherung“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Versammlung für Weißensee wird pünktlich 8 Uhr eröffnet.

Für Süd-Ost und Ober-Schöneweide
fallen die Versammlungen wegen der Parteiveranstaltungen für diesen Monat aus.

Für Rixdorf
findet am Sonntag, den 22. März, nachmittags 4 Uhr, bei Hoppe, Hermannstr. 48/49, die Versammlung mit anschließendem Tanz statt.
Referent: Genosse Wermuth.

Zwecks Ausübung einer Kontrolle über die Teilnahme an den Bezirksversammlungen, wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Mitglieder ihr Bücher mitbringen sollen, um den Besuch der Versammlung durch Stempel im Mitgliedsbuch eintragen zu können. Gäste willkommen. Zahlreichen Besuch, möglichst mit Frauen, erwarten **Die Bezirksleitungen.**

Spottbillig!
Engl. Bettstellen m. Matratze, in Satin v. 55 M. an. Kleiderschränke, Vertiko v. 35 M. an.

Möbel

Gegen Kasse!
Sofas, Kücheneinrichtungen, Tische, Stühle usw. Spiegel. Spiegelspinden v. 20 M. an.

Kein Laden! M. S. Weber, Prenzlauerstr. 49 (nahe Alexanderplatz), I. Etage.

Sozialdemokratischer Wahlverein des sechsten Berliner Reichstagswahlkreises.

Freitag, den 20. März, abends 8 Uhr, in der Brauerei Groterjan, Schönhauser Allee 130:

Großer astronomischer Vortrag

gehalten von Herrn Dr. Archenhold, Direktor der Sternwarte in Treptow.

Thema: **Wanderungen durch das Weltall.** Illustriert durch über 100 Lichtbilder.

Gültig zu den Vorträgen sind die Billettnummern 29 501—34 500.

Billetts sind bei den Bezirksführern und im Bureau zu haben.

225/20* **Der Vorstand.**

Achtung! **Putzer!** **Achtung!**

Donnerstag, den 19. März, abends 6 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

im großen Saale des Herrn **Freyer,** Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Arbeitersekretärs **E. Brückner:** Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung. 2. Diskussion. 133/10*

Es ist Pflicht aller im Interessengebiet Groß-Berlins arbeitenden Putzer, zu dieser Versammlung zu erscheinen. Es ladet freundlichst ein **Der Einberufer: E. Schulze.**

Die Bezirkssitzungen am Mittwoch, den 18. März, fallen aus.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schick, dauerh. Zutaten, von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8, II. (Stadtb. Börse).

1000 wertvolle Geschenke!

für die Leser d. „Vorwärts“.

Jeder, der bei uns einen 10 Pfund Emaille-Eimer Pflaumenmus franko für Mk. 2.65 oder einen 10 Pfund-Emaille-Eimer künstlich. Honig franko für Mk. 3.25 oder 8 Pfd. feinste — Delikateß-Margarine — in 1 Pfd.-Stücken franko für Mk. 5.— bestellt, erhält ein wertvolles Geschenk.
Keine Nebenkosten.
Schreiben Sie sofort, da nur 1000 Geschenke für die Leser des „Vorwärts“ ausgesetzt sind. 292/12

Versand-Gesellschaft Magdeburg 90, Postfach 171.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 19. Telephon: Amt IV, Nr. 10 623.

Achtung! Bautischler u. Einsetzer. Achtung!

Donnerstag, den 19. März, abends 8¼ Uhr, bei Boeker, Weberstr. 17:

Vertrauensmänner-Versammlung

für Berlin und Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. „Die Arbeitslosigkeit in unserem Berufe“. 2. Diskussion. 3. Bericht der Branchenkommission und Tarifberatungskommission. 4. Verschiedenes. 81/16

Die Vertreter der Vororte werden ersucht, an dieser Versammlung teilzunehmen.

Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.

Karl Reiche. Reinhold Lanzke.

Berliner Arbeiter-Verein.

(Gegründet 1862.)

Mittwoch, 18. März, abends 8½ Uhr, im Restaurant „Lebensquelle“, Kommandantenstr. 20:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Dr. Rudolf Breitscheid: 1848—1908. Der Kampf für Volksrechte vor 60 Jahren und heute.** 2. Freie Aussprache. 7215

Gäste, Männer und Frauen, haben Zutritt.

Zahnärztliche Klinik

SW., Belle-Alliancestraße 106 I, gegenüber Warenhaus Tandorf, und N., Brunnenstraße 185 I, am Rosenthaler Tor.

Zahnziehen unentgeltlich. Bei künstl. Zähnen u. Plomben w. d. Unkosten berechnet. — Geöffnet von 9—6 Uhr. Sonntags 9—12 Uhr. 14212*

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. — Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Eine Episode vom Wahlrechtssonntag.

Von der Kottbuser Brücke kam am Wahlrechtssonntag ein Zug von Demonstranten in der Richtung nach dem Kottbuser Damm. Polizei vom 48. Revier erschien auf dem Plan und drängte die Demonstranten in die Gräfestraße, nach der Hasenheide zu. An der Ecke der Gräfe- und Bockhstraße stand eine Anzahl von Menschen, die sich nicht am Zuge beteiligt hatten. Aus dieser Menschenmenge fielen Schimpfworte gegen die Schutzleute. Der **Arbeiter Bohndorf**, der sich in der Zuschauermenge befand, wurde auf Veranlassung des Polizeileutnants Höning vom Schutzmann König verhaftet und nach der Wache geführt. Er ist nach Annahme der Beamten einer von denen, welche auf die Schutzleute geschimpft haben. Am Dienstag erschien Bohndorf deshalb auf der Anklagebank des **Schöffengerichts Berlin-Tempelhof**. Er soll, wie die Anklage behauptet, nicht nur Schimpfworte gegen die Schutzleute gebraucht, sondern auch gerufen haben, die Schutzleute wären wert, in den Kanal geworfen zu werden. Außerdem soll Bohndorf der Aufforderung, sich zu entfernen, nicht Folge geleistet und dadurch die Straßenordnung übertreten haben. — Der Angeklagte behauptet auf das Bestimmteste, er habe wohl gehört, daß andere aus der Menschenmenge schimpften, er habe sich jedoch ganz ruhig verhalten, und habe sich auch den Anordnungen der Polizei in keiner Weise widersetzt. Ebenso bestimmt bekundeten **Polizeileutnant Höning und Schutzmann König** unter ihrem Eide, sie hätten bemerkt, daß gerade der Angeklagte am lautesten geschimpft habe. „So groß haben Sie den Mund aufgerissen“, sagte der Zeuge Schutzmann König und zeigte dabei mit den Händen eine Ausdehnung von etwa einem Meter. Auch ein dritter Schutzmann unterstützte die Aussagen der beiden anderen Beamten. Daß der Angeklagte gesagt habe, die Schutzleute wären wert, in den Kanal geworfen zu werden, konnte jedoch keiner der Zeugen angeben. Der Angeklagte hatte zwei Zeugen zur Stelle gebracht, die bekunden sollten, daß er nicht gerufen habe. **Das Gericht lehnte die Vernehmung dieser Zeugen jedoch ab.** Es beantragte **der Amtsanwalt** eine **Haftstrafe von zwei Wochen wegen Beamtenbeleidigung und drei Tage wegen Uebertretung** der Straßenordnung. — Der **Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Heinemann** plädierte mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten, und weil dieser ja, wie erwiesen, die schwerste ihm zur Last gelegte Aeußerung nicht getan habe, auf eine **Geldstrafe**. — Das **Gericht** verurteilte den Angeklagten dem Antrage des Amtsanwalts gemäß **zu zwei Wochen und drei Tagen Haft.**

Verleumdung als Kampfmittel im Hirsch-Dunckerschen Lager.

Seit einiger Zeit wird in Hirsch-Dunckerschen Kreisen eine Verleumdung kolportiert, welche sich gegen die persönliche Ehre **Schlickes, des Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbandes,** richtet. Die verleumderische Behauptung geht dahin, **Schlicke habe sich gelegentlich einer Verhandlung mit Unternehmern in Hamburg vom Werftbesitzer Blohm mit 100 M. bestechen lassen und** dafür die Interessen des Metallarbeiterverbandes verraten. Diese Verleumdung ist von einem **Hirsch-Dunckerschen Vertrauensmann Meier in Pforzheim** verbreitet worden. Schlicke verklagte den Meier, dieser wurde **verurteilt**, nachdem das Gericht festgestellt hatte, daß an der ganzen Geschichte kein wahres Wort ist. Der Werftbesitzer Blohm hat als Zeuge bekundet, daß Schlicke die Interessen der Arbeiter bei jener Gelegenheit sehr entschieden vertreten und für die Arbeiter herausgeholt hat, was nach Lage der Sache überhaupt zu erreichen war. Im übrigen verhält es sich mit den 100 M. des Herrn Blohm so: Blohm hat nach Abschluß der Verhandlungen den in seinem Betriebe beschäftigten Arbeitern 100 M. zu einem Frühstück spendiert. Schlicke und die anderen Vertreter des Metallarbeiterverbandes beteiligten sich jedoch nicht an diesem Frühstück. **Obgleich diese Feststellung und die Bestrafung Meiers in Hirsch-Dunckerschen Kreisen bekannt geworden ist, hat Gleichauf, der Redakteur des Hirsch-Dunckerschen Blattes „Regulator“, in Berlin die als unwahr erwiesene ehrenrührige Behauptung von neuem aufgegriffen und in seinem Blatte gegen den verhaßten Gegner zu verwenden gesucht.** Das machte Herr Gleichauf so: Unser Parteiorgan, das „Volksblatt für Halle“, brachte eine Zusammenstellung verschiedener Verleumdungen, welche der Reichslügenverband gegen Arbeiterführer in die Welt gesetzt hatte. Das „Volksblatt für Halle“ kennzeichnete diese Angaben des Reichslügenverbandes natürlich als Verleumdungen der elendesten Art. Herr Gleichauf druckte in seinem „Regulator“ die Zusammenstellung des „Volksblattes für Halle“ ab und fügte dann hinzu: „Eine schöne Sammlung, die da zusammengestellt ist: 1. die bekannten 100 M., Schlicke und der Werftbesitzer Blohm“ usw. — So hat also Herr Gleichauf die längst abgetane Verleumdung in versteckter Form aufs neue wiederholt. — Vor dem **Schöffengericht Berlin-Mitte, wo er sich am Dienstag auf die Beleidigungsklage Schlickes zu verantworten hatte, fand er jedoch nicht den Mut, sich zu seiner Tat zu bekennen.** Wie der Ertrinkende an einen Strohhalm, so klammerte sich Herr Gleichauf zu seiner Rettung an das Komma, welches er zwischen die beiden Sätze: „Die bekannten 100 M., Schlicke und der Werftbesitzer Blohm“ gesetzt hatte. Durch das Komma sollten nach der Behauptung Gleichaufs die beiden Sätze so getrennt sein, daß Schlicke die 100 M. nicht auf sich beziehen und sich nicht beleidigt fühlen könne. Diese Ausrede half dem Angeklagten jedoch nichts. — **Rechtsanwalt Dr. Heinemann**, der den Kläger Schlicke vertrat, beantragte eine **Freiheitsstrafe** mit Rücksicht darauf, daß dem Angeklagten die Unwahrheit seiner Behauptung bekannt war, er dieselbe aber trotzdem in versteckter, hinterlistiger Form wiederholte. — Das Gericht verurteilte Herrn Gleichauf wegen öffentlicher Beleidigung zu einer **Geldstrafe von 150 M.** Daß er die Behauptung wider besseres Wissen aufgestellt habe, nahm das Gericht nicht an, jedoch habe er dem Kläger Bestechung vorgeworfen in einer Form, welche die Leser an die Richtigkeit der Behauptung glauben lassen sollte.

Aus der Partei.

Gemeindewahlsiege.

Bremerhafen, 17. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) **Bei den gestrigen Gemeindewahlen wurden fünf Sozialdemokraten mit 130 Stimmen gewählt.**

* * *

In Schlesien sind Siege in **Oberlangenbielau** und **Peterswaldau** zu verzeichnen. Im ersteren Orte siegte in einem Bezirk der Sozialdemokrat mit 439 gegen 104 Stimmen, im dritten der Sozialdemokrat mit 406 gegen 68 Stimmen, im zweiten, der besonders ungünstig für die Sozialdemokratie ist, unterlag ihr Kandidat mit 213 gegen 227 bürgerliche Stimmen. — In **Peterswaldau** wurden die Sozialdemokraten mit 186—188 Stimmen gewählt.

In **Hessen-Nassau** siegten unsere Genossen zu **Prenngesheim** mit 128 und 125 gegen 60 bürgerliche Stimmen. **Döringheim** sandte für die **zweite** Klasse und **Schneidhain** für die dritte Klasse je einen Sozialdemokraten in die Gemeindevertretung.

Der christliche Fürstenmörder Wolf.

Unter diesem Titel gibt die „Münchener Post“ einem frechen Verleumder der Sozialdemokratie folgende hübsche Lektion:

Einem dringenden Bedürfnis — des Verfassers nämlich — entsprechend, erscheint soeben eine neue christliche Agitationsbroschüre. Das bedeutende, zwei Bogen starke Werk führt den Titel: **Geistige Waffen im Kampfe um Prinzipien. Bearbeitet von Johannes Wolf.** Dieser Herr Wolf ist Redakteur der „Gewerkschaftsstimme“, des Organs des christlichen Hülfsarbeiter-Verbandes. Er hat sich, als er seinerzeit von Norddeutschland her importiert wurde, gleich mit einer hübschen Blamage hier eingeführt, indem er in einer Dienstbotenversammlung über das preußische Gesinderecht sprach. Ein Sozialdemokrat mußte ihn erst belehren, daß für Bayern das preußische Gesinderecht nicht maßgebend ist. Seitdem scheint Herr Wolf nichts hinzugelernt zu haben. Seine Broschüre ist nichts weiter als eine Sammlung von Abfallbrocken aus einem der München-Gladbacher Zitatensäcke. Als Schriftsteller ist Herr Wolf ein ebenso blutiger Dilettant wie als Redakteur. Dabei besitzt der Mann aber noch einen besonderen Ehrgeiz. Er möchte gerne den kleinen Jesuiten spielen. Im Vorwort zu seiner Schrift sagt er, er wolle „den einsichtigen Arbeitern, gleichviel welcher Richtung, den Weg zu einem friedlichen Auskommen miteinander zeigen“. Wie Wolf seine Mission als „ehrlicher Makler“ auffaßt, soll nur durch ein einziges Beispiel beleuchtet werden:

Auf Seite 17 behauptet Wolf, von den Sozialdemokraten (gemeint sind die sozialdemokratischen Gewerkschaften) werde dem **Menschenmord** das Wort geredet. Seine Beweisführung sieht so aus:

Auf der Tagung des Vereins für Frauenstimmrecht zu Frankfurt a. M. im Jahre 1907 hat ein Fräulein **Heymann** angeblich ausgeführt:

„**Gesetze für Vernichtung körperlicher und geistiger Krüppel müssen geschaffen werden.** In Hamburg besteht eine Anstalt für 200 Krüppel, viele sind nur Fleischmassen, bei deren Anblick man sich geradezu entsetzt. Die Pflegerinnen von solchen Fleischmassen ohne Hände und Füße sind geistig völlig heruntergekommen. Ich ging mit gesundem Menschenverstand in die Anstalt, frug mich aber bald: Hier ein großes Haus und ein herrlicher Garten für denk- und fühllose (!) Fleischmassen, draußen auf der Straße gesunde Arbeiterkinder ohne Pflege und ohne genügende Ernährung. **Man darf sich nicht davor scheuen, Gesetze zu erlassen, um solche Fleischmassen aus der Welt zu schaffen.**“

Nun hat der Verein für Frauenstimmrecht weder mit der sozialdemokratischen Partei noch mit den freien Gewerkschaften etwas zu tun. Das weiß — ausnahmsweise — auch Herr Wolf. Er sagt selbst, dieser Verein sei sogar ein politischer Gegner der Sozialdemokratie, aber — „nicht in bezug auf ihre Weltanschauung. **Beide stehen auf dem Boden des Materialismus. Dem Menschenmord redet man also offen das Wort.**“

Dieses „also“ macht sich besonders gut.

Diese „Beweisführung“ zeugt von einer so grotesken Frechheit, daß man sich darüber nicht einmal entrüsten kann.

Wollten wir mit den gleichen Mitteln arbeiten, so könnten wir — mit größerem Recht — behaupten, daß die christlichen Gewerkschaften dem Fürstenmord das Wort reden. Der heilige **Thomas von Aquin** hat erklärt: „Da man an keine höhere Instanz sich wenden kann, durch welche der Tyrann gerichtet werden könnte, so wird mit vollem Recht der gelobt, welcher zur Befreiung des Vaterlandes den Unterdrücker tötet.“

Der heilige **Thomas von Aquin** war zwar nicht Mitglied einer christlichen Gewerkschaft, aber beide haben die gleiche Weltanschauung. Beide stehen auf christlichem Boden. Dem Fürstenmord redet Herr Wolf „also“ offen das Wort.

Was zu beweisen war.“

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Verleumdungsprivilegium für die bürgerliche Presse. Die Ordnungspresse darf die leitenden Personen der Arbeiterbewegung verleumden, wenn sie sie nur nicht mit Namen nennt. Das ist das Ergebnis eines Gerichtsurteils. Zur Aufhebung des Boykotts über die Oettlersche Brauerei in **Weißenfels** brachte das Lokalblättchen in Merseburg, „Merseburger Korrespondent“, am 6. Oktober vorigen Jahres eine Notiz, worin es wörtlich heißt: „Wie uns von vertrauenswürdiger Seite mitgeteilt wird, soll vor diesem öffentlichen Akt eine Privatbesprechung der Leiter der Brauerei mit den maßgebenden sozialdemokratischen Personen stattgefunden haben, **wobei sich die Firma Oettler als liebenswürdige Spenderin und Gastgeberin gezeigt habe. Die Stimmung für Oettler soll denn auch bei den Beteiligten von vornherein günstig gewesen sein.**“

Die „maßgebenden sozialdemokratischen Personen“ waren der Vertreter der Weißenfelser Arbeiterschaft und der Gauleiter des Brauereiarbeiterverbandes, Genosse **Amborn** aus Leipzig, die an der Privatbesprechung teilgenommen haben. Genosse Amborn zitierte den Redakteur **Rößner** vom Merseburger „Korrespondenten“ wegen der Verleumdungen vor den Kadi. Das **Schöffengericht** in **Leipzig** ließ die von Amborn angegebenen Zeugen kommissarisch vernehmen, während es den Entlastungszeugen Rößners zur Verhandlung selbst laden ließ.

Die beiden Zeugen Amborns, der Buchhalter **Ausleger** und der Braumeister **Pietsch**, die im Auftrage der Oettlerschen Brauerei mit den Arbeitervertretern verhandelt hatten, sagten bei ihrer kommissarischen Vernehmung übereinstimmend aus, **daß weder während, noch nach der Verhandlung irgendwelche Bewirtung durch die Brauerei stattgefunden habe. Ebensowenig habe die Brauerei Geschenke gegeben.**

Der Entlastungszeuge **Rößners beteuerte, daß er nur davon** gesprochen habe, **daß die Brauerei schon Bier und Wein** spendieren werde.

Trotz dieses **Beweisergebnisses sprach das Gericht Rößner frei.** In seiner Begründung zu diesem Urteil sagt es: „Die Notiz enthält Beleidigungen, auch ist sie geeignet, die Personen verächtlich zu machen; denn es wird gesagt, daß sie sich nicht durch sachliche Erwägungen, sondern durch Geschenke zur Aufhebung des Boykotts hätten bestimmen lassen. Der Freispruch sei aber erfolgt, weil Rößner den Amborn gar nicht gekannt, ihn also auch gar nicht gemeint habe“.

Das Landgericht wird dieses salomonische sächsische Gerichtsurteil auf seine Stichhaltigkeit zu prüfen haben, da selbstverständlich Berufung eingelegt werden wird.

Soziales.

Die oberpfälzische Handelskammer gegen den Arbeitskammerentwurf.

Zum Entwurf über Arbeitskammern hat die oberpfälzische Handels- und Gewerbekammer in Regensburg ein Gutachten abgegeben und darin die Schöpfung reiner Arbeitervertretungen bezw. Kammern örtlicher Natur ohne Trennung nach bestimmen Gewerben gefordert. Die Verquickung mit den Berufsgenossenschaften sei zu verwerfen, ebenso die Art und Weise, wie der Regierungsentwurf die Wahlen festsetzt. Die Mitglieder der Arbeiterkammern seien durch direkte Wahlen der Wahlberechtigten zu wählen, wobei die Verhältniswahl vorzuschreiben sei. Die Kosten seien vom Reich oder von den Bundesstaaten zu tragen.

Achtuhrladenschluß.

Die oberfränkische Kreisregierung hat verfügt, daß im Stadtbezirke Bayreuth ab 15. April alle öffentlichen Verkaufsstellen, ausgenommen Konditoreien und Backwarenhandlungen, an den Werktagen um acht Uhr abends zu schließen haben. Als Ausnahmstage sind zugestanden die Vorabende der Sonn- und Feiertage, alle Werktage im Dezember und während der Zeit der Wagner-Festspiele.

Mangelnde Passivlegitimation.

Gegen eine Entschädigungsklage des Bauarbeiters D. wandte der **Beklagte Wolffsohn** vor dem Gewerbegericht ein, D. habe gar nicht bei ihm gearbeitet, sondern beim **Maurermeister Ursum**. Er legte einen vom Kläger mit unterschriebenen Schein vor: „Zur Vermeidung von Irrtümern bescheinigen wir, daß wir bei Maurermeister Ursum in Arbeit stehen.“ Kläger erwidert, seiner Meinung nach sei Wolffsohn der Arbeitgeber. Der habe alles geliefert und ihn auch entlassen. Der Vertreter Wolffsohns erklärt, Wolffsohn habe Baugelder gegeben und auch Materialien geliefert, und zwar an den Bauherrn Ehrhart, in dessen Auftrage Ursum Arbeiten ausführte. — Die Kammer 3 unter Vorsitz des Gewerberichters Dr. **Leo** wies den Kläger wegen mangelnder Passivlegitimation des Beklagten ab, weil nicht Wolffsohn, sondern Ursum der richtige Arbeitgeber sei. Es möge unter der Oberfläche manches gespielt haben. Darüber habe der **Gerichtshof** kein Urteil. Er habe auch keinen Anlaß, sich ein Urteil darüber zu bilden. Denn das **unterschriebene** Schriftstück müsse für den Gerichtshof als gültiger Arbeitsvertrag in Betracht kommen. Klage D. gegen den Arbeitgeber vor dem Gewerbegericht, dann könne er nur gegen den klagen, den **er selbst** durch Unterschrift als Arbeitgeber anerkannt habe.

Landarbeiterlöhne in Großbritannien.

In den „Mitteilungen der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft“ vom 15. Februar veröffentlicht der landwirtschaftliche Sachverständige beim deutschen Generalkonsulat in London, Dr. B. **Skalweit**, einen Aufsatz über die **Dienst- und Lohnverhältnisse der englischen Landarbeiter.** Wie in Deutschland, so herrscht auch in England eine große Mannigfaltigkeit der Lohnformen für landwirtschaftliche Arbeitskräfte vor. Gespannknechte, Viehwärter und Schäfer haben in der Regel halb- oder ganzjährige Dienstverträge; während die gewöhnlichen Arbeiter im allgemeinen wochenweise entlohnt werden. Nur in Nordengland und Schottland sind auch für die letzteren jährliche oder halbjährliche Dienstverträge die Regel. Neben dem Barlohn spielt der Naturallohn noch überall eine mehr oder minder bedeutende Rolle. Doch ist im allgemeinen für die gewöhnlichen Arbeiter die Tendenz auf Zurückdrängung des naturalen Lohnteils zu konstatieren.

Für die gewöhnlichen Landarbeiter in **England** betragen die Geldlöhne im Wochendurchschnitt 13,50 bis 16 M. In einigen der Midland-Grafschaften, besonders in der Nähe von größeren Städten, Industrie- und Bergwerksbezirken steigen sie auf 18—19 M., in Nordengland sogar bis 20 M., während sie in den rein landwirtschaftlichen Grafschaften auf 12 M. und tiefer hinabgehen. Doch würde ein Vergleich der Wochenlöhne allein ein falsches Bild von der Lage des Arbeiters in den einzelnen Bezirken geben. Die Unterschiede zwischen höchsten und niedrigsten Wochenlöhnen, die sich auf mehr als 8 M. belaufen, werden durch Extrazuschüsse, Erntezulagen, Erhöhung des gewöhnlichen Lohnes durch Akkordarbeit, sowie Naturalbezüge bedeutend gemildert. Gerade in den östlichen Grafschaften werden die niedrigen Wochenlöhne dadurch nicht unbedeutend erhöht, während in den Grafschaften mit hohem Barlohne solche Vergünstigungen fast gänzlich fehlen. Zieht man die Naturalzuschüsse mit in Betracht, so stellt sich der **Gesamtverdienst** des gewöhnlichen englischen Landarbeiters auf 16,50—19 M. wöchentlich oder 850—1000 M. **pro Jahr** bei regelmäßiger Beschäftigung.

Die Durchschnittslöhne werden in den nördlichen Grafschaften und in einigen Mittelenglands, sowie in der Nachbarschaft großer Städte um 100—200 M. pro Jahr überschritten. Dagegen bleibt der Arbeitsverdienst in rein landwirtschaftlichen Grafschaften des Ostens und Südens um ebensoviel hinter dem genannten Durchschnitt zurück. Am niedrigsten stellt sich der Gesamtverdienst in Oxfordshire mit etwa 750 M. jährlich.

Die Jahresbezüge der mit der Wartung des Viehes betrauten Leute (**Gespannknechte, Viehwärter und Fütterer**) sind in der Regel um 100—200 M. höher als die der gewöhnlichen Arbeiter. Am besten entlohnt werden die **Schäfer**, die meist neben ihren Gehalt- und Naturalbezügen (Wohnung, Hausgarten, Gartenland, Milch, Kohlen, Gemüse, Schweinefutter usw.) eine Anzahl eigener Tiere bei der Herde gehen haben.

Die **Frauenarbeit** hat in **England** fast ganz aufgehört. Die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte ging von 144 000 im Jahre 1851 auf 12 000 im Jahre 1901 zurück. Viel stärker ist die Frauenarbeit noch in **Schottland** vorhanden. Während in England auf 100 männliche Landarbeiter nur 2 weibliche entfallen, sind es in Schottland 27. Da die weiblichen Arbeitskräfte wesentlich niedrige Löhne erhalten (8—12 M. pro Woche), so werden durch die stärkere Beschäftigung des weiblichen Elements in Schottland die dort um 50 bis 100 M. höheren Männerlöhne wieder paralisiert.

Am niedrigsten stehen die Löhne der Landarbeiter in **Irland**. Dort beträgt das Lohnarbeiterelement aber nur 27 Proz. der landwirtschaftlichen Bevölkerung, gegen 60 Proz. resp. 53 Proz. in England und Schottland. Der **Gesamtverdienst** der irischen Landarbeiter geht nur in wenigen Grafschaften der Ostküste, in der Nähe größerer Städte über 650 M. im Jahre, 12,50 M. die Woche, hinaus: Im übrigen beträgt das Mittel 550 M., 10—11 M. die Woche, bis auf den ärmeren Westen, wo der Jahresverdienst bisweilen auf 450 M. oder noch tiefer heruntergeht, schon weil die Leute nicht ihre regelmäßige Beschäftigung haben. **Gespannknechte** und **Viehwärter**, wie sie auf den größeren Besitzungen gehalten werden, bekommen jedoch auch dort erheblich höhere Löhne als gewöhnliche Arbeiter, auch mehr Naturalien, wie freie Wohnung, Kartoffelacker, Milch, vielfach Kohlen oder das Recht zum Torfmachen, die Hirten auch Weide für die Kuh, Heu im Winter.

Im Vergleich zu früher haben sich die Löhne der englischen Landarbeiter durchweg erheblich gebessert. Nach mannigfaltigen Auf- und Abschwankungen ist die Aufwärtsbewegung seit Mitte der 1880er Jahre eine stetige gewesen. Diese Aufwärtsbewegung der Löhne wurde bedingt durch zunehmenden Arbeitermangel in der englischen Landwirtschaft, und er bewirkte um so mehr eine wesentliche Steigerung der Lebenshaltung des ehemaligen englischen „Paupers“, als gleichzeitig ein starker Preisfall der landwirtschaftlichen Erzeugnisse stattfand. Infolgedessen ist eine bedeutende Hebung der Lebenshaltung des englischen Landarbeiters zu konstatieren. So ergibt der Vergleich des durchschnittlichen Fleischkonsums in Landarbeiterbudgets von 1863 und 1903 eine Steigerung von 2 Kilogramm auf 3,25 Kilogramm pro Woche. Besonders ist auch der Verbrauch von Kolonialwaren, wie Tee und Zucker gestiegen, die früher Luxusartikel waren, heute dagegen allgemein auch von der Landarbeiterbevölkerung konsumiert werden.

Jedoch zeigen die absoluten Zahlen der Durchschnittslöhne, daß auch in Großbritannien die Landarbeiter noch weit von dem entfernt sind, was als menschenwürdige Lebenshaltung bezeichnet werden könnte. In Irland kann auch heute noch von einer direkten Unterernährung der lohnarbeitenden Landbevölkerung gesprochen werden. So jämmerlich freilich wie in Deutschland, dem Lande landwirtschaftlicher Hochschutzzölle, sind die Lohn- und Lebensverhältnisse des landarbeitenden Proletariats in dem freihändlerischen England nirgends mehr.

Aus der Frauenbewegung.

Deutschnationales.

Die Frauen im kaufmännischen Berufe finden bei den Herren der **Deutsch-nationalen Handelsgehülfen-Vereinigung** eine despektierliche Behandlung. Zum Beweise für die unfreundliche Gesinnung dieser oberpatriotischen Kollegenschaft führen wir ein Beispiel aus der jüngsten Zeit vor. In **Baden** gestattet eine im vorigen Jahre erschienene Landesherrliche Verordnung den Gemeindeverwaltungen, den Besuch der kommunalen

Handelsschulen für alle noch nicht 18 Jahre alten Angestellten des kaufmännischen Berufes obligatorisch zu machen. Deshalb geht man nun in den Städten dazu über, das Schulobligatorium auch auf die **weiblichen** Angestellten in das Ortsstatut aufzunehmen. Die Stadt Offenburg unterbreitete kürzlich ihr abgeändertes Statut zur Begutachtung den dortigen fachmännischen Vereinigungen. Der Kaufmännische Verein, sowie jener selbstständiger Kaufleute, begrüßten diese Neuerung in der Organisation ihrer Fachschule und befürworteten eine Verminderung der bisherigen Höhe des Schulgeldes. Anders die Ortsgruppe der Deutschnationalen Handelsgehülfen, welche in einer Zuschrift an den Offenburger Stadtrat die Fachschulpflicht der weiblichen Handelsgehülfenschaft geradezu verhöhnte, wofür folgende Stelle des amtlichen Aktenstückes zeugt:

„Ein Bedürfnis zur Ausdehnung der Schulpflicht auf weibliche Angestellte liegt nicht vor. „**Die Handlungsgehülfin ist eine Durchgangserscheinung von der Schule in die Ehe.**" Die Statistik beweist, daß von den weiblichen Angestellten nach dem 27. Lebensjahre nur noch 5 Proz. der ursprünglich Angestellten in kaufmännischen Betrieben tätig sind."

Der Stadtrat erwies dieser Schimpferei zu viel Ehre, da er sie der **Handelskammer** unterbreitete. Die Antwort dieses staatlichen Instituts lautete:

„Es entspricht gleicherweise den Forderungen der Billigkeit, daß den **weiblichen** Handlungsgehülfen und -Lehrlingen einerseits im Interesse ihrer Leistungsfähigkeit und ihres späteren Fortkommens die Mittel zur weiteren fachlichen Ausbildung gewährt, und andererseits, behufs Gleichstellung mit den männlichen Berufsgenossen im Wettbewerb, die Verpflichtung zur Teilnahme an dieser Ausbildung auferlegt werde. Daran hat auch der Handelsstand als Arbeitgeber ein erhebliches Interesse, während die Auferlegung dieser Verpflichtung gleichzeitig geeignet ist, der keineswegs erwünschten Bildung eines weiblichen kaufmännischen **Proletariats** vorzubeugen oder doch entgegenzuwirken."

Das nunmehr dem Bürgerausschuß zur Beschlußfassung unterbreitete neue Ortsstatut enthält nicht mehr die alten Voraussetzungen für die Zusammensetzung des **Handelsschulrates**, in welchem bisher die **Geistlichkeit sämtlicher Konfessionen** vertreten sein mußte und dominieren konnte. An Stelle der Kleriker enthält das neue Statut Vertreter der Prinzipalität und Geschäftsinhaber einerseits, der Gehülfenschaft andererseits, sowie eine fachgewerbliche Vertretung der **Frauen** durch ein weibliches Mitglied des Handelsschulrates.

Ferner bestimmt das Statut, daß solche Mädchen, welche nach eigener Aussage nur vorübergehend und nicht in der Absicht, sich der kaufmännischen Tätigkeit berufsmäßig zu widmen, auf Ansuchen von der Verpflichtung zum Besuche der Handelsschule zu befreien sind.

Bürgerliche Halbheiten.

Ueber „Einblicke in Frauengefängnisse und Gesetzesfragen" sprach Fräulein Thekla Friedländer in dem Zweigverein der Internationalen Abolitionistischen Föderation. Rednerin suchte nachzuweisen, daß die entlassenen weiblichen Gefangenen in den meisten Fällen der Prostitution in die Arme getrieben werden. Es soll nun eine Reform eingeleitet werden, deren Zweck der sei, diesen Aermsten einen neuen Weg in die sittliche Welt zu bahnen. Zurzeit ließen die Einrichtungen der Frauengefängnisse noch viel zu wünschen übrig. Sie erhebe die Forderung: Anstellung von wissenschaftlich und fachwissenschaftlich vorgebildeten Beamtinnen aus den besten Kreisen. Frauen mit gewöhnlichem Bildungsgrad könnten sich keine Autorität verschaffen. Letztes Ziel sei: Gefangenenerziehungsanstalten. Hauptwert müsse auf die seelische, religiöse Einwirkung gelegt werden. Als Beamtinnen kämen Töchter von Offizieren und dergleichen in Betracht, das Gehalt müsse 2700 M. betragen, nebst freier 5 Zimmerwohnung und Garten. (Man sieht, die Damen verstehen zu fordern.) Rednerin begründete diese Forderung damit, daß die Damen in der besten Gesellschaft verkehren müßten, um sich einen weiten Blick zu bewahren. Die entlassenen Gefangenen solle man aufs Land hinaus schicken, wo eine große Leutenot herrsche. Deutschland besitze wenig gute Gefängnisse, in den kleinen Städten sei es am schlimmsten. Die Richter müßten zu Anfang einen praktischen Kursus im Gefängniswesen durchmachen, auf den Lehrstühlen der Universitäten müßte Gefängniswissenschaft doziert werden. In der Diskussion wies ein Redner auf die miserablen Industrielöhne und die Heimarbeit hin, mußte sich aber von der Vorsitzenden belehren lassen, daß dies über das Thema hinausgreife. Der Redner besprach sodann das Landelend, die Prügelpädagogik an erwachsenen Frauen in den Fürsorgeanstalten, die selbst durch Pastoren ausgeübt werde, ferner auch die verschiedene Rechtsprechung, z. B. der Fall der Fürstin Wrede, die Gefängnisstrafen an Schulkindern u. a. m. Jetzt erstand aber in der Vorsitzenden der Fürstin Wrede eine warme Fürsprecherin. Man solle doch endlich diese arme, unglückliche Frau, die in der schlimmsten Weise durch die Zeitungen geschleift werde, in Ruhe lassen. Wenn sie Brillanten gestohlen hätte, ja, das wäre was anderes, aber Silbergeschirr, das sie gar nicht brauchen könne. (! ?) (Warum hat sie denn die Namen der Hotels herausgenommen und ihr Wappen hineingesetzt?) Auch ein Oberarzt, der am Vorstandstische saß, griff ein und erklärte, daß er selbst in diesem Falle als Arzt mitgewirkt habe, die Frau sei wirklich krank. In temperamentvollen Ausführungen kritisierte ein Redner die Dienstbotenverordnung, die Sittenpolizei, die Klassenjustiz und andere Erscheinungen der bürgerlichen Gesellschaften. Alles in allem zeigte es sich auch hier wieder, daß man in den oberen Kreisen als Reformer das Gebäude am Dache beginnt, statt beim Grundstein anzufangen. Die kapitalistische Wirtschaft, sie ist es, welche die Gefängnisse füllt, und sie muß gestürzt werden, wenn es anders werden soll. Ferner verlangt er, daß nicht nur Beamtinnen aus den oberen Kreisen, sondern auch tüchtige, intelligente Frauen aus den unteren Schichten des Volkes genommen werden sollten, an denen es nicht fehle, und die die Psyche und das Elend ihrer Klassenschwestern besser verständen, wie die ersteren.

Bildungsfragen für das weibliche Geschlecht. Von El. Stoffels. (Soziale Tagesfragen, 2. Heft, Volksvereinsverlag M.-Gladbach). 56 S. gr. 8°. Preis 60 Pf., postfrei 70 Pf.

Das Schriftchen trägt den praktischen Anforderungen der Gegenwart insofern durchaus Rechnung, als es auf die Notwendigkeit einer **Ergänzung** der dürftigen Volksschulbildung hinweist, auf die mindestens 90 Prozent der Töchter unseres Volkes heute angewiesen sind. Bisher hat der Staat nichts Nennenswertes geleistet, um der weiblichen Jugend in **Fortbildungsschulen** diejenigen beruflichen Kenntnisse neben einer gediegenen Vorbereitung auf den häuslichen Pflichtenkreis zuteil werden zu lassen, die sie zu ihrer Ausrüstung für das Leben braucht. In Preußen beträgt die Zahl der weiblichen Fortbildungsanstalten 603, davon sind 91 öffentliche und 512 private mit insgesamt 24 313 Schülerinnen, das sind 5 Prozent der schulentlassenen weiblichen Jugend. Eine Besserung in diesen ganz und gar unzulänglichen Verhältnissen steht zu erwarten, sobald der im Herbst neu zusammentretende preußische Landtag auf Grund der Novelle zur Reichsgewerbeordnung vom 21. Dezember 1907 die Ausdehnung des ortsstatutarischen Fortbildungsschulzwanges auf die gewerblichen Arbeiterinnen beschlossen haben wird. In Süddeutschland und Sachsen steht es heute schon wesentlich besser mit der Fortbildung der jungen Mädchen wie in Preußen, wenn auch dort noch viel zu leisten übrig bleibt.

Der zweite Teil der Schrift erörtert die bestehenden Bildungsgelegenheiten für das weibliche Geschlecht in der Hauswirtschaft, in den gewerblichen Berufen, im Handel und Verkehr, sowie in den wissenschaftlichen und sozialen Berufen. Der dritte Teil gibt Winke für die praktische Tätigkeit im Dienste weiblicher Bildung. Diese planmäßige Arbeit soll die Anbahnung der **obligatorischen** Mädchenfortbildungsschule herbeiführen, in deren Forderung die Schrift Stoffels gipfelt. Allerdings soll diese Pflichtfortbildungsschule, so wünscht es die katholische Verfasserin, **konfessionellen** Charakter tragen. Und in diesem Punkte scheiden sich unsere Wege. Das Fortbildungsschulwesen ist ein Teil der Volksbildung und damit Sache der Allgemeinheit. Es geht deshalb auch nicht an, daß Sonderinteressen religiöser Korporationen mit dem Fortbildungsschulwesen verquickt werden. Mit allem Nachdruck muß solchen urreaktionären Forderungen gegenüber immer wieder die Notwendigkeit der **Weltlichkeit** für das **gesamte** Gebiet des Schulwesens betont werden. —

Begegnet man in dieser Schrift immerhin noch wirklichem Verständnis für die durch die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse bedingten neuen Aufgaben der Frau, so hat der Verfasser eines nach einem Vortrage „**Zur Frauenfrage**" zusammengestellten Broschürchens, der Wirkliche Geh. Rat und Ministerialdirektor Dr. H. **Thiel**, kaum einen Hauch der neuen Zeit verspürt. Mit der Kleinlichkeit des echten Philisters paart sich bei ihm ein nicht gewöhnliches Maß von Ueberhebllichkeit, von der die nicht ganz einwandfreie literarische Bildung des Verfassers etwas komisch absticht. Passiert es ihm doch, daß er ein Zitat aus Goethes „Hermann und Dorothea" dem guten alten Johann Heinrich Voß unterschiebt. Auch in der „staatswissenschaftlichen Gesellschaft", vor der jener Vortrag gehalten wurde, ist dieser Lapsus offenbar unbeachtet vorüber gegangen. . . .

Im übrigen verbreitet der titelreiche Herr sich eingehend über die sittlichen und sonstigen Gefahren, welche durch die selbständige Berufstätigkeit der in Wettbewerb mit dem Manne tretenden Frau drohe. Da man aber die große Zahl der ehelos gebliebenen Mädchen nicht gut verhungern lassen kann, will Dr. Thiel ihnen ebenfalls solche Berufsarbeit gestatten, die sie im Schutze des Hauses oder einer Korporation oder einer Behörde ausüben können, vorausgesetzt, daß sie hierbei dem Manne keine Konkurrenz machen. Die dann noch übrig bleibenden Unversorgten sollen in klosterähnliche Anstalten gehen.

Die „extremen Forderungen" der Frauenbewegung nach Gleichberechtigung im öffentlichen und privatrechtlichen Leben würden dem Herrn Ministerialdirektor die schwersten Befürchtungen für die Zukunft einflößen, wenn ihm nicht ein ungeheuer schlauer Einfall gekommen wäre, etwas, woran vor ihm noch keiner dachte, nämlich: „Die unvernünftigen Forderungen übertriebener Frauenrechte werden immer daran eine Grenze finden, daß die Männer in ihrer Mehrzahl stets solche Frauen vorziehen werden, welche solche Rechte nicht beanspruchen, ihr Glück nicht in der Gleichstellung mit den Männern, sondern darin suchen, ihre spezifisch weiblichen Tugenden und Eigenschaften zu pflegen und auszubilden. Diese Eigenschaften werden daher auch vorzugsweise vererbt werden, während die extremen frauenrechtlerischen Tendenzen vielfach nicht zur Vererbung kommen, sondern immer wieder aussterben müssen."

So löst ein bürgerlich-reaktionärer Utopist, der die wirtschaftlichen Triebkräfte der Gegenwart nicht kennt, eine ihrer brennendsten Fragen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Mariendorf. Mittwoch, den 25. März, 8½ Uhr, **bei Reichardt**, Chausseestr. 27. Vortrag: Referentin Frau Zeetze.

Versammlungen.

Der Verband der Zimmerer hielt im großen Saal des Gewerkschaftshauses eine Delegiertenversammlung ab, um die Vorstandswahl vorzunehmen. Auf Antrag des Vorstandes wurde beschlossen, einen vierten Kameraden im Bureau anzustellen. Des weiteren empfiehlt der Vorstand, gemäß den vereinbarten Uebertrittsbedingungen, den bisher übergetretenen Kameraden von der „Freien Vereinigung" den Posten des zweiten Vorsitzenden, den eines Kontrolleurs, sowie eine Vertretung in der Berliner Gewerkschaftskommission zu überlassen. Die Versammlung beschließt demgemäß. Nach diesen Beschlüssen werden nunmehr besoldet bezw. angestellt, der 1. und 2. Vorsitzende und der 1. und 2. Kassierer. Die Wahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender **Witt**, 1. Kassierer **Wellsow**, 2. Kassierer **Licht**, 1. Schriftführer Heinr. **Schultz**, 2. Schriftführer **Kube**, Revisoren **Bludau**, **Klein** und **Boddin**, Kontrolleur **Kuchenbecker**. In den Verbandsausschuß (Ersatzwahl) wurde Fritz **Schulze** gewählt. Die noch unbesetzten Posten sollen, wie schon erwähnt, von den Kameraden der „Freien Vereinigung", soweit sie bis jetzt Verbandsmitglieder sind, besetzt werden. Den Bericht von der Berliner Gewerkschaftskommission erstattet **Licht**. Dann werden als Delegierte zur Gewerkschaftskommission gewählt **Kube**, **Witt**, **Knüpfer**, **Schröder** und **Engelhardt**. — Ueber die gegenwärtige Situation referiert **Kube**: Die Arbeitgeber haben uns (den Zimmerern) den Mustertarif ebenfalls zugestellt und die Lohnreduzierung auf 65 Pf. mitgeteilt, gleichzeitig beantragen sie auf Grund ihres Vertragsmusters in Verhandlungen einzutreten. Bis zum 15. März sollten die Zimmerer sich äußern. Da dieses nun einfach unmöglich, so ist dem Verbande der Baugeschäfte mitgeteilt worden, daß die Organisationsleiter zu Verhandlungen der Zustimmung ihrer Mitglieder bedürfen. Nach heftiger, ziemlich erregter Debatte, in der das Vorgehen des Arbeitgeberverbandes allgemein aufs schärfste verurteilt wurde, erklärt die Versammlung ihr Einverständnis mit der Antwort des Vorstandes. Eine in nächster Zeit stattfindende Versammlung soll über weitere Maßnahmen beschließen. — Eine kurze Debatte entspann sich darüber, ob an die übergetretenen Kameraden der „Freien Vereinigung" der Lokalzuschlag zur Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden soll. Die Diskussionsredner hielten dieses für selbstverständlich und es wurde dann auch einstimmig beschlossen, den Lokalzuschlag an diese Kameraden zu zahlen.

Die Lederarbeiter der Filiale Berlin I hielten ihre regelmäßige Mitgliederversammlung im Lokale von Schmidt, Prinzenallee 33 ab. Auf der Tagesordnung stand der 18. März. Zunächst wurden jedoch die Wahlen erledigt. Als Delegierte zur Generalversammlung, welche am 19. April in Frankfurt a. M. stattfindet, wurden die Mitglieder Franz **Bunge** und Eduard **Heidelberg** gewählt. Alsdann erfolgte die Wahl von drei Mitgliedern zur Schlichtungskommission, sowie von einem Revisor und zwei Mitgliedern zum Vergnügungskomitee. In der Diskussion über die Feier des 18. März sprachen sämtliche Redner dafür, daß der 18. März ganz besonders geeignet wäre zur Demonstration für das allgemeine und gleiche Wahlrecht, und die Versammlung beschloß einstimmig, am 18. März die Arbeit einen halben Tag ruhen zu lassen. Die Arbeitgeber sollten sofort von dem Beschluß in Kenntnis gesetzt werden. Dann gab der Obmann des Kuratoriums des Arbeitsnachweises einen Situationsbericht und wies darauf hin, daß die Kollegen, welche auf dem Arbeitsnachweis eingetragen und krank geworden sind, nach ihrer Krankheit in ihre vollen Rechte wieder eintreten.

Verein ehemaliger Berliner (Abteilung B). **Heute abend 9 Uhr:** Sitzung bei Göhlsdorf, Brunnenstr. 3. Gäste willkommen.

Vermischtes.

Selbststellung eines Mörders. Unter der Selbstbezichtigung, die unverehelichte Johanna Kranz, deren kopflose Leiche im Walde bei Neuwied aufgefunden wurde, erschlagen zu haben, hat sich der Arbeiter Wilhelm Krieger der Polizei in Neuwied freiwillig gestellt. Krieger war im März vorigen Jahres im Walde bei Horhausen mit Holzhacken beschäftigt, wobei ihm die Ermordete half; er unterhielt mit dem jungen Mädchen schon seit einigen Jahren ein Verhältnis und wollte es heiraten. Am Tage des Mordes fragte nun Krieger seine Auserwählte, ob die Hochzeit zu Ostern stattfinden könne. Als ihm eine abweisende Antwort zuteil wurde, schlug Krieger in seiner Wut dem Mädchen mit einem Eichenknüppel auf den Kopf und griff dann zur Axt, mit der er seinem Opfer den Kopf glatt vom Rumpfe trennte. Hierauf wurde er flüchtig. Von einem Freunde verschaffte er sich Papiere, mit deren Hülfe er bis nach Bayern kam. Er kehrte dann nach Neuwied zurück, um sich dort den Behörden zu stellen.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Ochsenfleisch Ia 66–68 pr. 100 Pfd., IIa 60–65, IIIa 52–56. Bullenfleisch Ia 63–68, IIa 52–62. Kühe, fett 46–56, do. mager 34–42. Fresser 48–56, Bullen, dänische 40–61. Kalbfleisch, Doppellender 105–125, Mastkälber Ia 80–87, IIa 69–76, Kälber ger. gen. 47–62, do. holl. 45–50. Hammelfleisch Mastlämmer 69–72, Hammel Ia 63–65, IIa 55–60, ungar. 0,00, Schafe 41–54. Schweinefleisch 46–53. Rehwild, plomb. per Pfund 0,75–0,80, do. mit Abschuß 0,95–1,10. Damwild 0,60–0,63. Rentiere 0,45. Wildschweine 0,00. Frischlinge 0,55. Kaninchen, Stück 0,00–0,50. Hasen, plomb. 2,00. Schneehühner, Stück 0,75–0,90. Birkhähne, Stück 0,00. Birkhennen, Stck. 0,00. Schnepfen, IIa 0,00. Hühner Ia per Stück 1,70 bis 2,50, dito IIa 1,30–1,60, dito Wolga-, Stück 1,50–1,85. Hamburger Küken, Stück 0,85–1,20, Poulets 0,00. Kapaunen, deutsche, per Stück 0,00. Tauben, Stück 0,30–0,63, dito alte 0,30–0,45, do. italienische 0,80–0,85. Enten, per Pfund 0,00, dito per Stück 0,00, dito Hamburger, per Stück 3,25–4,75. Gänse, gefroren per Pfd. 0,00, do. russische 0,40–0,50, do. junge Hamburger 0,80–1,05. Puten Ia p. Pfd. 0,80, do. IIa u. alte 0,70. Hechte per 100 Pfund 64–84, do. mittel 0,00, do. groß 60, do. groß-mittel 0,00, do. klein 0,00. Zander, mittel 150–151, do. groß 0,00, do. unsort. 0,00. Schleie, groß-mittel 0,00, dito klein-mittel IIa 72–84, dito unsortiert IIa 0,00. Aale, klein 0,00, do. mittel 120, do. groß-mittel 108–120. Karpfen, uns. 0,00, do. 20–25er 0,00, do. 15–20er 0,00, do. 50er Lausitzer 0,00, do. 70er 62–66. Roddow 50–51. Plötzen 42–49, dito klein 0,00. Aland 0,0. Quappen, klein 0,00. Wels 0,00. Bunte Fische, klein 0,00 do. 54–56. Barse 86–92, do. klein 49. Bleie 0,00. Bleifische 0,00. Karauschen 0,00. Winter-Rheinlachs, p. 100 Pfd. 0,00, Amerikan. Lachs Ia, per 100 Pfund 110–130, do. IIa 90–100. Seelachs, per 100 Pfund 25–30. Flundern, Kieler, Stiege Ia 2–6, do. mittel, Kiste 0,00, do. Hamb. Stiege 3–6, halbe Kiste 2–3, pomm. Ia Schock 0,00, IIa 0,00. Bücklinge, Kieler per Wall 0,00, schwedische 0,00, englische 0,00, Strals. 3–4. Sprotten, Danziger, Kiste 0,40–0,50, do. Rügenwalder, Kiste 0,40–0,50. Aale, groß per Pfund 1,10–1,20, do. mittelgroß 0,80–1,10, klein 0,60–0,80. Heringe per Schock 5,00–9,00. Schellfische, Kiste 3,00–4,00, dito ½ Kiste 1,75–2,25. Sardellen, 1902er per Anker 98, 1904er 98, 1905er 98, 1906er 85–90. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40–44, full. 38–40, med. 36–42, deutsche 40–40. Hering: neue Matjes, per ⅛ To. 0,00. Sardinen, russ., Faß 1,50–1,60. Bratheringe Faß 1,20–1,40, do. Büchse (4 Liter) 1,40–1,70. Neunaugen, Schockfaß 8, do. kleine 4–5, do. Riesen- 10. Krebse per Schock 0,00, große 0,00, do. mittelgroße 0,00, dito kleine 10–11 cm 0,00, do. unsortiert 0,00, Galizier, groß 0,00. Seemuscheln 100 St. 1,00. Eier, Land-, unsortiert per Schock 3,00–3,40, do. große 3,50–4,00. Butter per 100 Pfd. Ia 130–132, IIa 124–126, IIIa 120–124, abfallende 115–120. Saure Gurken Schock 4,50–5. Pfeffergurken Schock 4,50–5. Kartoffeln per 100 Pfund Dabersche 3,25–3,50, weiße runde 2,50–3,00, mag. bon. 2,75–3,25. Porree, per Schock 0,75–1,25. Meerrettich, Schock 6–12. Spinat per 100 Pfund 15–20. Sellerie, per Schock 3–6, do. pomm. 6–14. Zwiebeln per 100 Pfd. 3,00–4,00. Petersilie, grün, Schockbund 0,80–1,50. Rettich, bayrischer, per Stück 0,06–0,10, hiesiger, per Schock 0,00. Mohrrüben, 100 Pfund 2,00 bis 3,00. Karotten, per 100 Pfund 12–18. Wirsingkohl p. Schock 4–8. Rotkohl, Schock 4–8. Weißkohl p. 100 Pfd. 2–3,50. Blumenkohl, hiesiger 100 Stück 0,00, do. Erfurter 0,00, do. italienischer 100 Stück 20–30, do. in Körben 18 Stück 1,60–2,50. Rosenkohl, per 100 Pfund 18–30. Grünkohl 10,00–15,00. Kohlrüben, Schock 2,00–4,00. Petersilienwurzeln, p. 100 Pfd. 4,50–5,00, Schockbund 5–6. Schnittlauch, Töpfe Dutzend 1,75–2,25. Tomaten, kanarische, per Kiste 2–4,00. Rote Rüben, per 100 Pfund 5,00–6,00. Rhabarber 100 Bund 7–10. Rapunzeln 15 bis 40. Rübchen 12–18. Eskarol, 100 Stück 15–20. Endivien, 100 Stück 28. Birnen, Kochbirnen hiesige, per 100 Pfd. 6–10,00, Tafelbirnen Ia 18–35, do. IIa 6–17, Italiener Ia 25–28, do. IIa 18–20. Aepfel, per 100 Pfund, Tiroler Ia 20–28, do. IIa 22, do. lose, per 100 Pfund 0,00, do. in Kisten 120 Pfd. 30–50, Most-, hies., 100 Pfd. 8–12, Koch- 5–14, Tafeläpfel Ia 15–23, do. IIa 8–18, Amerikaner, per Faß 15–28, Italiener, lose, 100 Pfd. 8–18, do. in Körben per 100 Pfd. 10–16, do. in Kisten 10–20. Weintrauben, Almeria, per Faß 12–20. Ananas I, per Pfund 0,80–0,90, do. II 0,65–0,70. Bananen, Canar., per 100 Pfd. 23–28, Jamaica, 22,00–25,00. Maronen, italienische, per 100 Pfund 10–20. Feigen, Kranz- per 100 Pfd. 21–22, do. Trommel- per 100 Pfd. 40, do. in Kisten 28–58. Traubenrosinen per 100 Pfd. 0,00, Zitronen, Messina, 300 Stück 6,50–9,50, do. 360 Stück 7–10, do. 200 Stück 0,00, do. 150 Stück 0,00. Apfelsinen, Murcia, 200 Stück 7,50–10,00, do. 300 Stück 8,00–12,00, do. Blut- 200 St. 8,50–14,00, do. Blut- 300 Stück 10,00–14,00, do. Valencia 420 Stück 14,50–18,00, do. 714 Stück 22–25,00, do. Messina 160 Stück 8–12,00, do. 200 Stück 8–12,50, do. 300 Stück 10–12,50, do. Blut- 100 Stück 7–8,00, do. 150 Stück 7–8,00, do. 80 Stück 6,50–7,00, do. Calif. 16–17,00. Datteln, per 100 Kart. 37–40, do. per 10 Pfd. 3,25–5,50, do. Calif. 100 Pfund 25–30.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, [redacted] Fahrstuhl [redacted] wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Brandt. Wenden Sie sich an eine Buchhandlung oder an den Direktor der Handwerkerschule. — **100.** Leider würden Sie nur gegen den jungen Mann, nicht gegen die Eltern mit Aussicht auf Erfolg klagen können. — **M. B. 49.** Sie können dem Schiedsrichter mitteilen, daß Sie nicht erscheinen wollen, zweckmäßiger ist es aber, in dem Falle zu erscheinen. — **B. 99.** 1. Ja. 2. Bei der Polizei. 3. und 4. Nein. — **Emmy 306.** Wenden Sie sich an einen Arzt. — **Austritt.** 1. Ja. 2. Nein. — **W. 100.** Durch Sprachlehrer. — **A. R. 99.** Das ist möglich. — **C. G. 10.** Sie sind im Irrtum, eine Abänderung ist nicht erforderlich, die Schreibweise ist dieselbe. — **W. W.** Nein. — **K. 53.** Wenn Ihr Sohn Ihnen den Auftrag zur Bestellung nicht erteilt hatte, so würde die Klage gegen ihn abzuweisen sein. — **O. L. 27.** Das Mädchen ist nicht krankenversicherungspflichtig, kann aber freiwillig der Offenbacher Krankenkasse für Frauen und Mädchen (Prinzenstr. 68 bei Hinz) beitreten. — **P. K. 100.** Das Verzeichnis der gerichtlichen Sachverständigen finden Sie im zweiten Bande, zweiter Teil des Adreßbuches, Seite 59/60. — **W. M. 100.** Wenden Sie sich an die Genossin Baader, Lindenstr. 3, 1. Hof 4 Treppen. — **W. B. 18.** Der Betreffende ist steuerpflichtig. — **A. L. 81.** Sie müßten Ihre Forderung einklagen und dann Pfändung vornehmen. — **M. M. 26.** Wir müssen Sie an einen Gärtner verweisen: eine Raterteilung ohne Inaugenscheinnahme ist zwecklos. — **Kupferschmied.** 1. Auf dem Patentamt wird Ihnen bereitwilligst Auskunft erteilt. 2. Sie würden anzugeben haben, daß Sie aus der Kirche ausgetreten sind. — **R. S. 14.** 1. Ein Stempel ist nicht erforderlich, aber Datierung und Unterschrift. 2. Nein, aber zweckmäßig. — **A. Z. 500.** 1. Ja. 2. Nein. — **E. H. 1804.** Sie würden sich an das Vormundschaftsgericht wenden müssen. — **A. M. J. C. 55.** 1. Nein, aber die Versicherungsgelder werden wahrscheinlich der Mutter gehören und nicht zum Nachlaß zu rechnen sein. 2 und 3. Diese Weigerungen sind berechtigt. — **K. A. 5.** Ja. — **E. B. 1865.** 1. Wenn die Klage bald angestellt wird, so hätte sie Aussicht auf Erfolg. 2. Ja. 3. Nein. Ehebruch ist, solange die Ehe nicht rechtskräftig getrennt ist, möglich und stets ein Scheidungsgrund. 4. Nein. — **H. Sch.** Aus der Heirat können die von Ihnen befürchteten Nachteile nicht erwachsen. — **H. B. 32.** Sie können die Herausgabe der Sachen und Ihres Kindes verlangen. Wenn Sie in der Ehescheidungssache sich nicht durch einen Anwalt vertreten lassen, so ist das von großem Nachteil für Sie. Lassen Sie sich das Armenrecht bewilligen. Zu diesem Behufe lassen Sie sich zunächst von dem Armenkommissionsvorsteher bescheinigen, daß Sie zur Tragung der Prozeßkosten unvermögend sind. Dann reichen Sie dieses Attest dem Landgericht ein, legen dar, welche Ausführungen Sie machen wollen, welche Beweismittel Ihnen zu Gebote stehen und beantragen Sie, Ihnen das Armenrecht zu bewilligen. — **E. R. 46.** Sie können schriftlich und mündlich einkommen. Es genügt die Einsendung des Geburtsscheins. — **J. N. 190.** Verfolgung des von Ihnen dargelegten Verbrechens verjährt in zehn Jahren. — **M. 58.** Ihr persönliches Erscheinen vor dem Reichsgericht wäre zwecklos, Sie können unter Beilegung einer Rückantwortsmarke sich über den Ausfall des Termins beim Reichsgericht erkundigen. — **O. O.** Wiederholen Sie Ihre Anfrage. — **Maulhardt.** Wenn aus dem Vertrage nicht das Gegenteil folgt, so ist der Wirt und nicht der Mieter zum Ersatz der ohne Verschulden des Mieters zerbrochenen Scheiben verpflichtet. — **C. R.** 1. Statuten müßten da sein. Nach Ansicht des Oberverwaltungsgerichts schließt die Polizeistunde. 2. Ja. 3. Auch das genügt nach der herrschenden Praxis nicht. 4. Ja. 5. Nein. 6. Ja. — **W. J.** 1. Zur Erreichung der Invalidenrente ist der Nachweis von mindestens 200 Marken erforderlich. Die übrigen Anfragen wiederholen Sie unter spezieller Darstellung des Falles, der Sie interessiert. **M. Becker.** Die Forderung des Hauswirts geht vor. Soweit ersichtlich, ist seine Forderung wegen Reinigungskosten unberechtigt, wegen der Entfernung der elektrischen Anlage aber berechtigt. — **W. W.** Nein. — **U. K. 201.** Versuchen Sie es mit Zitronensaft. — **Sch. 100.** Baulstraße 7. — **W. P.** Wenden Sie sich an eine der im Adreßkalender aufgeführten Firmen (II. Band, Teil IV, Seite 143). — **O. K. 3512.** Adreßbuch Band II, Teil IV, Seite 38. — **H. N. 32.** 1. Nein. 2. Ja. — **K. W. 17.** 1. Ja. 2. Keineswegs kann einem Beamten die Pension entzogen werden, weil er sozialdemokratisch wählt oder agitiert. — **Otto L. 23.** Wenden Sie sich an die Idiotenanstalt zu Dalldorf; die dortige Direktion kann Ihnen vielleicht auch andere Anstalten empfehlen.

— Moabit 777. 1. In der Regel nein. 2. Ja. — G. T. 69. Es heißt: seinen. — E. J. 2. Da nach Ihrer Darlegung die Statuten nicht ausschließen, daß das Mitglied den auf das Los entfallenden Gewinnteil im Falle seines Austrittes verliert, so ist das Mitglied im Recht. — L. 555. 1. Ihre Schwester haftet nicht für die Schulden Ihrer Eltern. Sollten die ihr gehörenden Sachen gepfändet werden, so könnte sie mit Aussicht auf Erfolg Interventionsklage erheben. 2. Der Gläubiger kann das gesamte Land subhastieren lassen. 3. Ihre Schwester kann soviel Land pachten, wie sie will. — **Bamschke.** Der Antrag auf Zurückerstattung der Hälfte der Beiträge zur Invalidenkasse ist von der jungen Frau innerhalb eines Jahres nach ihrer Heirat zu stellen. Es müssen vor der Heirat mindestens 200 Marken geklebt sein. Der Antrag ist an den Magistrat, Abteilung für Invalidenversicherung (Neu-Kölln am Wasser) zu richten, kann dort auch zu Protokoll erklärt werden. Zweckmäßiger ist es, weiter zu kleben, dadurch, daß man mindestens zwanzig Marken innerhalb je zwei Jahre klebt, behält man das Recht, auf spätere Invaliden- oder Altersrente sowie auf eventuelle Aufnahme in eine Heilstätte usw. — W. L. 100. Ja. — H. J. 72. Die Borsigmühle brannte in der Nacht vom 7. zum 8. Januar 1898 ab. — E. 777. 1. Für sicherer halten wir die Sparkasse. 2. Der preußische Staatsverband ist Preußen. Durch Erwerb der preußischen Staatszugehörigkeit hat man u. a. die politischen Rechte in Preußen. 3. Ein bestimmtes Buch können wir nicht empfehlen. Setzen Sie sich mit dem Direktor der Handwerkerschule in Verbindung. — R. B. 1. 1. und 2. Durch Anerkenntnis des Vaters bei der Heirat erhält das vorehelich geborene Kind alle Rechte eines ehelichen. 3. In der Leipziger Straße etwa im Jahre 1900. — J. B. 94. Leider steht dem Knecht lediglich die Unfallrente, aber kein persönlicher Anspruch gegen den Gutsbesitzer zu. — 74. O. K. Gegen Ihr Vorhaben bestehen keine Bedenken. — J. W. 302. Wenden Sie sich an das Bureau des Unionklubs, Schadowstraße 8. — **Tschirner.** 1.—3. Nein. 4. Sie haben das Recht, dem Richter die richtigen Urkunden vorzulegen. — Aus Postkarten ausgeschnittene und auf ein Kuvert geklebte Marken haben keine Gültigkeit. — L. 18. Der Gläubiger braucht sich auf Teilzahlungen nicht einzulassen. Ihre Mutter hätte den Widerspruch nicht an den Gerichtsvollzieher, sondern an das Gericht richten sollen. — H. J. 100. Nein. — M. 74. 1. Sie können Herausgabe der Gegenstände verlangen, eventuell auf Herausgabe klagen. 2. Dieser Umstand kann als Scheidungsgrund erachtet werden, indessen ist ein Erfolg mit Sicherheit nicht vorauszusagen. 3. Zwecks Ehescheidung müssen Sie zunächst Sühnetermin bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Sie wohnen, beantragen. Fällt der Sühneversuch fruchtlos aus, so können Sie Ehescheidungsklage beim Landgericht durch einen Rechtsanwalt anstellen. Zu diesem Zweck ist es geraten, sich das Armenrecht bewilligen zu lassen.

ist rein!

Sunlicht Seife

wird aus streng geprüftem, edelstem Rohmaterial hergestellt! Ihre Qualität ist daher immer zuverlässig die beste! Da sie für alle Zwecke, wo es sich um einwandfreie Reinlichkeit handelt, geeignet ist, verwenden nur diese Seife Millionen Hausfrauen jeden Standes!

macht rein!

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 18. März

Anfang $7^1/_2$ Uhr.

Königl. Opernhaus. Siegfried.

Anfang 7 Uhr.

Königl. Schauspielhaus. Der Erbförster.

Deutsches. Die Räuber.

Kammerspiele. Lysistrata.

Anfang 8 Uhr.

Neues Operetten. Der Opernball.
Neues Schauspielhaus. Die Dame mit den Lilien
Lessing. College Crampton.
Neues. Meißner Porzellan.
Lortzing. Fidelio.
Berliner. Förster-Christl.
Lustspielhaus. Panne.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Philister. Die Lore.
Schiller Charlottenburg. Kaiser und Galiläer.
Nachmittags 3 Uhr: Götz von Berlichingen.
Theater an der Spree. Ungültig.
Komische Oper. Tiefland.
Kleines. 2 × 2 = 5.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Madame Sans Gêne.
Hebbel. Vorm Tode. Mit dem Feuer spielen. Samum.
Westen. Ein Walzertraum.
Nachmittags 3 Uhr: Schüler-Vorstellung.
Residenz. Der Floh im Ohr.
Zentral. Ein seltsamer Fall.
Luisen. Unser Doktor.
Thalia. Der Verschwender.
Trianon. Baron Toto.
Bernhard Rose. Romeo und Julia.
Metropol. Das muß man seh'n.
Apollo. Mitislaw der Moderne. Yvette Guilbert. Spezialitäten.
Folies Caprice. Jeunesse dorée. Mal was andres.
Gebr. Herrnfeld. Papa und Genossen. Salomonisches Urteil.
Bürgerl. Schauspielhaus. Der Hüttenbesitzer.
Kasino. Die Freuden der Häuslichkeit.
Parodie. Die Rabensteinerin oder: Ein Walzertraum. Nachtasyl. Rosenmontag.
Wintergarten. Spezialitäten. Ringkampf-Konkurrenz.
Passage. Madame Hanako. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Gustav Behrens. Spezialitäten.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Bergère. Spezialitäten.
Palast. Ringkampf-Konkurrenz. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Nachmittags 4 Uhr: Frühlingstage an der Riviera.
Abends 8 Uhr: Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Berliner Theater.

Tägl. 8 Uhr: Gastspiel **Hansi Niese:**

Die Förster-Christl.

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr.

Meißner Porzellan.

Morgen und folgende Tage:

Meißner Porzellan.

Kleines Theater.

Mittwoch, den 18. März:

2 mal 2 = 5.

Anfang 8 Uhr.

Donnerstag: 2 mal 2 = 5.
Freitag: 2 mal 2 = 5.
Sonnabend: 2 mal 2 = 5.

Theater des Westens.

8 Uhr: **Ein Walzertraum.**

Sonntag nachm. $3^1/_2$ Uhr halbe Preise:

Die lustige Witwe.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Mittwoch, den 18. März cr.:

Madame Sans Gêne.

Anfang 8 Uhr.

Donnerstag: Hasemanns Töchter.
Freitag: Lokomotivführer Claussen.

Lortzing-Oper.

Belle-Alliance-Straße 7/8.

Anfang 8 Uhr.

Der Waffenschmied.

Hebbel-Theater, Königgrätzer Str. 57/58.

Abends 8 Uhr: **Vorm Tode. Die Stärkere. Mit dem Feuer spielen.**

Drei Einakter von August Strindberg.

Neues Operetten-Theater

Abends 8 Uhr:

Der Opernball.

Donnerstag: Geschlossen.
Freitag: Premiere! Der Mann mit den drei Frauen von Franz Lehar und Julius Bauer.

Residenz-Theater.

— Direktion: Richard Alexander. —

Anfang 8 Uhr.

Der Floh im Ohr.

Schwank in drei Akten von Georges Feydeau. Deutsch von Wolff-Jacoby.

Sonntag, den 22. März, 3 Uhr:

Haben Sie nichts zu verzollen?

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:

Panne.

Zentral-Theater.

Alte Jakobstraße 30.

Zum 115. Male:

Ein seltsamer Fall

mit **Alwin Neuß.**

Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:

Unser Doktor.

Donnerstag: Unser Doktor.
Freitag: Gastspiel des Hrn. Magnus Stifter: Robinsons Eiland.
Sonnabend 4 Uhr: Sneewittchen. — Abends: Unser Doktor.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Des Mädchens Lebensweg. Abends zum erstenmal: Der Pfarrer von Kirchfeld.
Montag: Spree-Athener.

Theater an der Spree.

Köpenicker Straße 68.

Gastspiel des Dir. Zborowitz.

Abends 8 Uhr zum letzten Male:

Ungültig.

Donnerstag zum ersten Male:

Unter Spiritisten.

Bernhard Rose Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.

Benefiz für Fräulein **Anna Berg:**

Romeo und Julia.

Anfang 8 Uhr. Wochentagspreise.

Donnerstag: **Onkel Toms Hütte.**

Rixdorfer Theater

Bürgersäle, Bergstraße Nr. 147.

Mittwoch, den 18. März 1908:

Benefiz für Fredi Lindner und Else Dorell.

Die Grille.

Schausp. i. 5 Akt. v. Charl. Birch-Pfeiffer

Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).

Mittwoch, abends 8 Uhr:

Philister. Hierauf: **Die Lore.**

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Auf der Sonnenseite.

Freitag, abends 8 Uhr:

Der Weg zum Herzen.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Mittwoch, nachm. 3 Uhr:

Götz von Berlichingen.

Mittwoch, abends 8 Uhr:

Kaiser und Galiläer.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Der rote Leutnant.

Freitag, abends 8 Uhr:

Kaiser und Galiläer.

Schiller-Saal (Schiller-Theater Charlottenburg)

Mittwoch 9 Uhr: Vortrag von **Dr. Hans Mackowsky: Leonardo da Vinci.**

Zirkus Schumann.

Heute, Mittwoch, abends 1/2 8 Uhr: **Großer Novitäten-Abend.** Debüt! **Konsul Peter,** der menschliche Schimpanse, das größte Naturwunder der Jetztzeit! Debüt! **2 Merrils,** Amerikas berühmte Radfahrer mit dem noch nie gezeigten Schlußtrick: **Saltomortale mit dem Tandem.** Nur noch kurze Zeit! **Refista,** das elektrische Rätsel. Zum 85. Male: **Amerika.** Prachtausstattungspantomime mit eigens dazu engagierten **120** schwarzen Leuten.

Donnerstag, 19. März 1908, abends 1/2 8 Uhr: Gala-Festvorstellung zugunsten d. Zentralkomitees des Deutschen Roten Kreuzes. Erhöhte Preise.

Wintergarten

Genaro u. Theol, equilibrist. Produktion. — **Der Biograph,** der enge Schuh. — **Die vier Bracks,** Akrobaten. — **Hania de Vert,** Sängerin. — **De Dio,** Phantasietänzerin. — **Truly Shattuck,** amerikan. Sängerin. — **Marquis Dassie,** dressierte Ponys. — **Die Tiller Girls,** engl. Gesangs- u. Tanztruppe. — **Paul Jülich,** Humorist.

Gr. Ringkampf-Konkurrenz

um die Sieges-Prämie von

10000 Mark.

Erstes Auftr. d. Welt-Champion

Iwan Padoubny, Rußland.

Heute ringen:

Iwan Padoubny, Weltmeister, Rußland,

gegen **Albano,** Frankreich.

Osk. Schneider, Sachsen, gegen **Albert Sturm,** Berlin.

Ahmed Madrali, Türkei, gegen **Marchand,** Frankreich.

Entscheidungskampf

Antonitch, der serbische Riese, geg. **Bambula,** West-Indien.

Folies Caprice

Menschen.

Pantomime in drei Bildern.

Paragraph 343.

Mal was Anderes.

Metropol-Theater

Das muß man seh'n!!

Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.

Bender, Giampietro, Josephi, Thielscher, Darmand, Massary.

Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Sonntag, 22. März, nachm. 3 Uhr:

Neuestes! Allerneuestes!

Apollo Theater

Die unerreichten Attraktionen.
U. a.: **Josef Kodl,** Humorist.
Paul Spadoni in sein. Neuheiten.
The black Diamonds.
Die vier Athlétas (Olympische Spiele).
Mitislaw der Moderne von **F. Lehár.**
Amaranth . . . **Mia Werber.**

Walhalla Variété Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenthaler Tor.

Abends 8 Uhr:

Das große März-Programm.

Die heiligen Chinesen

in ihren geheimnisvollen Sitten und Gebräuchen.

Ein Tag in der Opiumhöhle.
Kosta — der Mann mit dem drehbaren Kopf — und die übrigen internationalen Künstler.
Tunnel: Bockbierfest, Reg.-Kapelle, Sänger, italienisches Orchester.
Theaterbesucher freier Eintritt.

Deutsche Konzerthallen

An der Spandauer Brücke 3.

Täglich

Deutsch-Amerikanischer Urbock-Trubel.

XIII. Saison. Zirkus Busch

Schluß der Saison am 2. April.

Mittwoch, abends $7^1/_2$ Uhr:

Gala-Abend!

!!Mons. Gadbin!!

m. sein. Kopfsprung aus d. 6. Etage.
Größte sensationelle Neuheit!
Auftreten des Herrn Kommissionsrat Gustav Stensbeck, Direktor des Berl. Tattersall, e. G. Die austral. Holzfäller. Szen. a. d. austral. Busch.

Jokoda-Truppe!

Original-Japaner, 12 Personen.

Um zirka 10 Uhr: **Auf der Hallig!**

Palast-Theater

Burgstr. 24. Bhf. Börse.

Ringkampf!!!

Preis: **10000 M.**

Entscheidungskampf:

Strenge, Berlin, gegen Samukoff, Sibirien.

Ferner:

Chemjakin, Rußland, gegen Fößleitner, Wien.
De Wolf, Belgien, gegen Ritzler, Württemberg.
Pohl-Abs II, Deutschland, gegen Ogli, Turkestan.

Anfang 8 Uhr.

Beginn der Ringkämpfe: 9 Uhr.

Kasino-Theater.

Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr:

Nur noch bis **Donnerstag, den 19. März:**

Die Freuden d. Häuslichkeit.

Freitag, den 20. März, zum erstenmal: **Ein Dorfroman.**

Sonntag 4 Uhr:

Die Freuden der Häuslichkeit.

Trianon-Theater.

8 Uhr. **Baron Toto.** 8 Uhr.

Sonntag nachm. 3 Uhr: Fräulein Josette — meine Frau.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.

Taubenstr. 48/49.

Theater nachmittags 4 Uhr:

Frühlingstage an der Riviera.

Theater abends 8 Uhr:

Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.

Passage-Theater.

Abends 8—11 Uhr.

Hanako

Japans größte Tragödin mit ihrem Ensemble

und das glänzende März-Programm.

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Ditt. Brunnenstr. 16.

Vor dem Staatsanwalt.

Schauspiel in 4 Akten.

Anfang 8 Uhr. Entree **30 Pf.**

Sonnabend: Extra-Vorstellung:

Treue Liebe.

In Vorbereitung: Der Flüchtling.

Passage-Panoptikum.

Deutschlands größter Soldat

Josef Schippers der lange Kerl.

Kunsttaucher

Kapt. Gröbl m. s. Riesenbass.
Sicilian. Briganten-Kapelle.

Ohne Extra-Entree!

Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

Wir empfehlen Märzliteratur:

Die deutsche Revolution.

Geschichte der deutschen Bewegung in den Jahren 1848/49.

Von **W. Blos.**

Mit vielen Porträts und historischen Bildern . . . gebunden **Mk. 4,—.**

Geschichte der französischen Revolution von 1848 und der zweiten Republik.

Volkstümlich dargestellt von **L. Heretier.**

Mit vielen Porträts und historischen Bildern . . . gebunden **Mk. 4,—.**

Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848—1850.

Mit einer Einleitung von **Friedrich Engels.**

Preis Mk. 1,—.

Revolution u. Konter-Revolution in Deutschland.

Von **Karl Marx.** — Deutsch von **Karl Kautsky.**

Preis Mk. 2,—.

Das Buch ist eine ausgezeichnete Uebersicht über den allgemeinen Gang der 48er revolutionären Bewegung in Deutschland.

Zum 18. März und Verwandtes.

Von Wilhelm Liebknecht.

Eine interessante Broschüre, in der verschiedene revolutionäre Kämpfe packend geschildert sind.

Preis **Mk. 0,20.**

Die Jahre der Reaktion.

Historische Skizze von Dr. A. Bernstein.

Preis Mk. 1,—.

245/11*

Expedition des „Vorwärts“,

Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden.

Gebr. Herrnfeld-Theater.
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11—2 Uhr.
Jedes Wort ein Schlager!
so lautet das Referat über
Salomonisches Urteil.
Nachspiel zu
Papa und Genossen
Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Sonntag 3 Uhr:
Es lebe das Nachtleben.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.
Direktion: Wilhelm Reimer
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger und Tanzkränzchen
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluß: Neu: **Husaren-Streiche.**
Anfang: Wochent. 8 Sonnt. 7 U.

Happoldt's Neuer Konzertsaal.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Großes Militär-Konzert.

Gustav Behrens-Theater, Berlin W., Goltzstr. 9.
Gr. Damen-Ringkampf
Preisgekrönte Ringerinnen.
Neu! Richter als Walzerkönig. Posse in 1 Akt.
16 Spezialitäten. Duskes Vitograph.
Anfang 8 Uhr Sonntags 5½ Uhr.

Buggenhagen Moritzplatz im Theatersaal täglich
Albert Böhme
und das
großartige März-Programm.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pf. Sonnt. reserv. 1 M.
Entree 50 Pf. Familienbill. a 40 Pf.
Im unteren Konzertsaal täglich die **allerersten Militär-Kapellen:** Becker, Przywarski, Görisch, Neumann, Offenes, Lüttich.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

1651L

Inventur-Extrapreise
Nur einmal jährlich im
Gardinen-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158
Riesen-Auswahl!
Gardinen, Portieren, Stores, Vitragen, Tüll-Bettdecken etc.
Einzelne Fenster spottbillig!
Pracht-Katalog mit ca. 600 Abbildungen
gratis und franko.

Möbel
Wohnungs-Einrichtungen
in großer Auswahl und zu sehr billigen Preisen.
Für gute Haltbarkeit übernehme langjährige Garantie.
Eigene Polsterwerkstatt im Hause.
Auch Teilzahlungen zu kulanten Bedingungen.
Kirstein & Friedländer
Laden. **Bülowstraße 90,** Laden.
zwischen Potsdamer- und Frobenstraße.
Bitte genau auf Bülowstraße 90 zu achten.
Schon bei Einkauf einer kleinen Wohnungseinrichtung ein schönes **Geschenk.**
Gegründet 1886. Sonntags geöffnet.

Gutgehender
Gasthof
mit Tanzsaal in mittlerer Stadt Anhalts, Umsatz 370 hl, Parteilokal, bei M. 10 000,— Anzahlung sehr preiswert
zu verkaufen.
Brauerei Schade, G. m. b. H., **Dessau.**

Paul Litfin's Restaurant u. Festsäle
Memeler Straße 67. Fernspr. Amt VII. 1675.
Saal mit Bühne 500 Personen, Tunnel mit Parkettboden 100—150 Personen fassend, große und kleine Vereinszimmer mit Pianino auch Sonntags zu vergeben.
— 1. Osterfeiertag 1908 frei geworden. —

Einer hochgeehrten Einwohnerschaft von **Lichtenberg und Umgegend** zur gefälligen Kenntnis, daß ich das
Barbier- und Friseurgeschäft
des Herrn Ifensee käuflich erworben habe. Es wird mein Bestreben sein, die werte Kundschaft auch fernerhin gut und sauber zu bedienen und bitte ich um gütigen Zuspruch. Hochachtungsvoll und ganz ergebenst
7255 **Max Hattwich, Friseur,** Blumenthalstr. 42.

Gelegenheits-Angebot:
Solange der Vorrat reicht
Tüll-Gardinen — Stores, Köper-Vorhänge
statt M. 4.50, 6.50 bis 10.00, nur M. 3.00, 4.00 bis 6.00.
Leipziger Straße 20-21. **F. V. Grünfeld.**

Unser Geschäft ist heute von mittags 12 Uhr an geschlossen.
Solidarität-Fahrrad-Industrie
Einkaufsstelle für die Mitglieder des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität". **Walter Wittig & Co.** 104/13
Berlin N. 31, Brunnenstr. 35. Filiale: Kottbuser Straße 9.

Dr. Cratos Backpulver.
Unsere verehrlichen Geschäftsfreunde machen wir darauf aufmerksam, daß wir unserem langjährigen Vertreter in Biskuits,
Herrn Karl Katzenstein,
Berlin S., Fichtestr. 27,
jetzt auch die Vertretung und das Lager von **Dr. Cratos Präparaten,** als: Backpulver, Puddingpulver etc., übertragen haben.
Bielefelder Cakes- u. Biskuit-Fabrik
Stratmann & Meyer.

Nur 3 Tage!! Modellverkauf von **Kostümen, Mänteln, Röcken!** Wie alljährlich v. 18.—21. März.
werden nach **soeben beendeter Engrossaison** ausverkauft:
Einfache, mittlere und hochelegante Genres, nur **letzte Neuheiten**
PARIS, LONDON, WIEN,
50 % unter Preis!!!
Die Preise bewegen sich in den Grenzen von M. 5.—, 15.—, 30.— etc. bis M. 270.—.
Ein Posten **Uebergangsmäntel,** früher bis M. 29.—, zum Aussuchen für M. 8.— pro Stück!
Die noch vorhandene Herbst- und Winterkonfektion:
Plüsch- u. Astrachanmäntel, Pelzkonfektion etc. gebe ich zu **jedem annehmbaren Preise** ab.
Ca. 1500 Staubmäntel, Tuchpaletots, Taffet-Konfektion,
neueste Modeerscheinungen in 5 Serien:

früher	M. 10.—	M. 15.—	M. 25.—	M. 36.— bis M. 175.—
jetzt	M. 4½	M. 6¾	M. 11¾	M. 17½ bis M. 83½

Modernes Trauermagazin.
Man achte im eigenen Interesse gefälligst genau auf meine Firma und Hausnummer.
Auswahl und Preise konkurrenzlos!
Des großen Andranges in den Nachmittagsstunden erbitte ich Besuch möglichst vormittags!
Konfektionshaus Westmann, Hauptgeschäft: Berlin NO., Gr. Frankfurterstr. 115, 2. Haus a. d. Andreasstr. Berlin W., Mohrenstr. 37a, an den Kolon.

Nicht Reklame- sondern Tatsachen!

Morgen, Donnerstag 4 Uhr
Eröffnung
meiner neuen Geschäftsräume in meinem eigens für diese Zwecke erbauten Kaufhause.
A. Brünn jr., Weißensee
63 König-Chaussee 63.

Todes-Anzeige.
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn und Bruder
Fritz Berner
im Alter von 24½ Jahren am Montag, den 16. März, morgens 7 Uhr, plötzlich am Herzschlag verschieden ist. 7256
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 19. März, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofs aus statt.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Die Eltern und Geschwister.

Am Montag früh ereilte unseren lieben Kollegen und Freund
Fritz Berner
plötzlich der Tod. 7375
Gerader Sinn und aufrichtige Denkungsart sichern ihm bei allen Kollegen ein bleibendes Andenken. Wir werden seiner nie vergessen.
Das Personal der Buchdruckerei Hermann Klokow.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. März, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Turnverein „Fichte"
Am Montag, den 16. März, früh 7 Uhr, verstarb plötzlich unser lieber Turngenosse
Fritz Berner.
Wir verlieren in ihm ein treues und langjähriges Mitglied, dem wir immer ein ehrendes Andenken bewahren werden.
Die Beerdigung findet am Donnerstagnachmittag 4½ Uhr von der Leichenhalle des Rixdorfer Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
285/3 **Der Vorstand.**

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter
Zweigverein Berlin. Sektion II.
Am 15. d. Mts. starb nach längerem schwerem Leiden unser Kollege, der Flaschenkellerarbeiter
Karl Gänsrich
(Böhmisches Brauhaus).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. März, nachmittags 1½ Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
42/14 **Der Vorstand.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle I.
Verein Berliner Hausdiener.
Nachruf!
Hiermit diene den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Friedrich Krause,
Elsen-Straße 75,
am 12. März verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!

Am 14. März verstarb der Kollege
Albert Hirsch,
Koppen-Straße 65.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses am Friedrichshain aus nach dem Kirchhof der Markus- und Andreasgemeinde statt. 68/2
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung

Verband der freien Gast- u. Schankwirte Deutschlands
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Frau unseres Kollegen
Zyttkowski,
Anna geborene **Gethke,**
verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 18. März, nachmittags 4 Uhr, vom Krankenhause am Urban aus nach dem Jakobi-Kirchhof in Rixdorf statt.
Um rege Beteiligung ersucht
74/1 **Die Ortsverwaltung**

Allgemeiner deutscher Gärtner-Verein
Ortsverwaltung Groß-Berlin.
Am Sonnabend, den 14. März, starb infolge Lungenschwindsucht unser langjähriges Mitglied, der Kollege
Theodor Ulber.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 19. März, nachmittag 1 Uhr vom Krankenhaus am Friedrichshain aus statt.
285/2 **Der Vorstand.**

Todes-Anzeige.
Allen Verwandten, Freunden als auch Bekannten die betrübende Nachricht, daß am 15. d. M. früh 3 Uhr mein guter Mann, unser stets sorgender Vater, Schwieger- und Großvater
Hermann Biermann
im Alter von 47 Jahren plötzlich verstorben ist.
Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme an
Witwe **Biermann**
7385 nebst Kindern.
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, nachmittags 2 Uhr vom Trauerhause Exerzierstraße 9 aus auf dem St. Pauls-Kirchhof statt.

Zentralverband d. Böttcher u. Hülfsarbeiter Deutschl.
(Filiale Berlin.)
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 15. März, verstarb nach langer Krankheit im Alter von 56 Jahren unser Kollege und Mitglied 39/1
Gustav Brätsch.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Paulus-Kirchhofes, Seestraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Danksagung.
Sage allen Verwandten, Freunden und Bekannten für die herzliche Teilnahme und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben mir unvergeßlichen Frau meinen herzlichsten Dank.
F. Grünewald, Lausitzer Str. 18.

Danksagung.
Allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Genossen Herrn Poetsch sowie dem Gesangverein der Haupt- und Ortsverwaltung, dem Verband deutscher Gastwirtsgehilfen, dem Wahlverein Rixdorf Bezirk I, den Kollegen der Orts-Krankenkasse der Gastwirte und dem Verband der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen Deutschlands sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank. 7225
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Emilie Fischer, geb. **Seegebarth** nebst Kindern.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die Hausbesitzer gegen die Volksgesundheit!

Wer die Volksgesundheit durchgreifend bessern will, muß die wirtschaftliche Lage der unbemittelten Bevölkerungsschichten von Grund aus zu ändern suchen. Es gibt aber eine Reihe kleinerer Mittel, mit denen auch unter den bestehenden Verhältnissen schon manches erreicht werden kann. Zu ihnen gehört die Besserung der Wohnungszustände. Warum aber kommen wir auf diesem Gebiete so überaus langsam vorwärts? Weil hier die Hausbesitzer sich gegen jeden sanitären Fortschritt wehren, von dem sie fürchten, daß er ihnen den Profit schmälern werde. Auf dem diesjährigen Verbandstag des Preußischen Landesverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine, der kürzlich in Berlin abgehalten wurde, hat sich das wieder gezeigt. Wieder haben die Hausbesitzer den Beweis erbracht, daß ihnen das Verständnis fehlt für die Notwendigkeit hygienischer Vorschriften, die ihnen bei dem Geschäft des Wohnungsvermietens lästig werden könnten.

Um den Einfluß der Wohnungsbeschaffenheit auf die Entstehung und den Verlauf mancher Krankheiten zu beleuchten, haben einige Krankenkassen durch sorgfältige Ermittelungen festgestellt, in was für Wohnungen die erkrankten Kassenmitglieder hausten. In Berlin hat die Ortskrankenkasse der Kaufleute usw. seit einer Reihe von Jahren solche Ermittelungen ausgeführt und die Resultate in sehr lehrreichen Publikationen einem weiteren Kreise zugänglich gemacht. Die Hausbesitzer haben gegen dieses verdienstliche Vorgehen der genannten Krankenkasse, das ihnen höchst unbequem war, schließlich zu Abwehrmaßregeln gegriffen. Sie haben Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um die Veranstaltung der Wohnungsenqueten oder die Veröffentlichung der Ergebnisse zu hintertreiben, aber bisher haben sie nichts ausgerichtet. Auf dem Verbandstag wurden in dem Jahresbericht, den der Verbandssekretär Dr. Pabst vortrug, auch jene Wohnungsenqueten und die dagegen unternommenen Schritte besprochen. Das „Grundeigentum", Organ des Bundes der Berliner Grundbesitzervereine, teilt den Hauptinhalt des Berichtes mit. Gegen die Ortskrankenkasse der Kaufleute usw. hatte der Landesverband der Haus- und Grundbesitzervereine die der Kasse zunächst vorgesetzte Behörde mobil zu machen gesucht, das ist die Gewerbedeputation des Berliner Magistrats. Von der Gewerbedeputation forderte der Landesverband, sie solle der Krankenkasse die Verwendung von Kassenmitteln für ihre Wohnungsenqueten bezw. für die Veröffentlichungen untersagen. Es sei, so meinten die Hausbesitzer, nicht Sache der Ortskrankenkassen, sich mit derartigen Erhebungen zu belasten. In dem Bericht wird ausgeführt, das sei Aufgabe einer gut organisierten Wohnungsaufsicht, gegen die auch der Hausbesitz nichts einzuwenden habe. „Nichts einzuwenden", ist sehr schön gesagt. Wie „gut" würde wohl eine Wohnungsaufsicht organisiert sein müssen, damit sie den Beifall der Hausbesitzer fände? Gegen die private Wohnungskontrolle, mit der die Ortskrankenkasse der Kaufleute usw. im Interesse ihrer Mitglieder sich „belastet" hatte, ließ die Gewerbedeputation sich nicht aufhetzen. Sie lehnte es ab, hiergegen einzuschreiten. Der Landesverband gab sich hiermit nicht zufrieden, sondern richtete gegen diesen Bescheid eine Beschwerde an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg. Aber auch der mußte es ablehnen, dem Vorstand der Krankenkasse die Kritik der Berliner Wohnungszustände zu untersagen. Darauf hat dann der Verbandsvorsitzende sein Heil noch bei dem Handelsminister versucht, und er hofft, daß diese Instanz die den Berliner Hausbesitzern so unbequemen Kritiker mundtot machen werde.

So haben die Hausbesitzer ihre liebe Not. Aber auch durch allerlei Gesetzesbestimmungen bezw. Polizeiverordnungen werden sie gestört in ihrem Eifer, einen möglichst hohen Profit aus ihren Häusern herauszuwirtschaften. Seit Jahren werden sie „beunruhigt" durch zwei Verordnungen, die den Schutz der Gesundheit von Arbeitern bezwecken: Durch die Bäckereiverordnung und durch die Fleischereiverordnung. Ueber die Fleischereiverordnung wurde auf dem Verbandstag referiert von einem Architekten Bissing. Sie sei, so führte er aus, für die Hausbesitzer von einschneidendster Bedeutung, ähnlich wie die Bäckereiverordnung. Durch beide könne, wenn sie in voller Schärfe durchgeführt würden, das Vermögen und die Existenz der betroffenen Hausbesitzer vernichtet werden. Die Bäckereiverordnung ist durch einen Bundesratsbeschluß veranlaßt worden und ist schon in mehreren Provinzen in Kraft getreten, in Berlin aber sind die Hausbesitzer bisher noch damit verschont worden. Die Fleischereiverordnung ist vom Polizeipräsidium aufgestellt worden nach einer Verfügung des Handelsministers, die auf die Reichsgewerbeordnung zurückgeht. Nach der Reichsgewerbeordnung müssen die Unternehmer ihre Arbeitsräume, Maschinen usw. so einrichten und den Betrieb so regeln, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Gesundheit und Leben geschützt sind. Hierzu gehört auch die Sorge für genügendes Licht und ausreichende Luft. Um den Fleischereien die Beschaffung von Licht und Luft zu sichern, sind in der Fleischereiverordnung Bestimmungen getroffen worden, durch die die Weiterbenutzung der älteren, in Kellern befindlichen Fleischerwerkstätten erschwert bezw. unmöglich gemacht wird. Herr Bissing führte in seinem Referat aus, daß wahrscheinlich in den meisten Häusern, die noch nach den älteren Bauordnungen vor 1887 errichtet worden sind, die Keller niedriger sind und zum Teil auch tiefer unter dem Straßenniveau liegen, als die Fleischereiverordnung es für die Fleischerwerkstätten zuläßt. Hiernach würden die meisten dieser Werkstätten nicht weiterbenutzt werden dürfen; das sei eine unerhörte Härte gegen die Hausbesitzer. Der Bund der Berliner Hausbesitzervereine hat sich bereits mit einer Petition an den Polizeipräsidenten gewendet, aber das Verständnis für ihre Klagen, das dieser bekundet hat, genügt ihnen noch nicht. Er hat nur zugesagt, daß für die älteren Fleischereien Abweichungen von den Vorschriften noch auf längere Zeit, etwa auf 20 (!) Jahre, gestattet werden sollen. Der Bund hat sich mit einer weiteren Eingabe an den Minister gewendet, wartet aber noch auf Antwort. Der Verbandstag nahm eine Resolution an, durch die gefordert wird, daß neue Vorschriften über bauliche Beschaffenheit gewerblicher Räume nicht rückwirkende Kraft gegenüber schon benutzten Einrichtungen haben dürfen, oder daß — Entschädigung gewährt werden muß.

Man sieht, wie alle Welt den Hausbesitzern das Leben sauer macht. Auf ihrem Verbandstag wurde versichert, in Berlin wolle der Hausbesitz sich keineswegs hygienischen Fortschritten entgegenstellen, vielmehr begrüße man hier jeden Fortschritt mit Freude. Aber, so wurde hinzugefügt, vielleicht sei man bei zweifelhaften Verbesserungen sogar etwas zu willfährig gewesen, und man glaube, daß von den Behörden jetzt schon zuviel des Guten getan werde.

Partei-Angelegenheiten.

Zum Adressenverzeichnis der Funktionäre von Groß-Berlin.

Im gestern veröffentlichten Adressenverzeichnis der Funktionäre Groß-Berlins ist irrtümlich noch der Genosse Riek, Rummelsburg aufgeführt worden. Der jetzige Vertreter des Kreises Nieder-Barnim in der Lokalkommission ist der Genosse Hermann Elias, Lichtenberg, O. 112, Blumenthalstraße 24. An ihn sind alle Anfragen und Zuschriften aus dem Kreise Nieder-Barnim zu richten.

Die Telephonnummer des Bureaus des 6. Kreises ist Ravenéstraße 6, Telephonamt III, 2137.

Achtung, Wahlrechts-Demonstration!

Die Leiter der heutigen Wahlrechtsversammlungen werden gebeten, **sofort nach Schluß der Versammlungen** einen Boten mit einem kurzen Bericht über den Verlauf der Versammlung an die **Redaktion des „Vorwärts"**, Lindenstr. 69, zu senden.

Stralau. 1. Bezirk: Der heute fällige Zahlabend fällt aus, derselbe findet am Donnerstag, den 19. März, abends 8 Uhr, statt. Da für Stralau heute keine Demonstrationsversammlung stattfindet, nehmen die Genossen an der in Rummelsburg stattfindenden Versammlung teil. Der Vorstand.

Karlshorst. Parteigenossen und Genossinnen! Heute, Mittwochabend, 8 Uhr: Versammlung zur Märzfeier bei Bartel im „Fürstenbad". Referent Genosse Spliedt. Mitwirkung des Gesangvereins „Waldesrauschen". Der Vorstand.

Wannsee. Zu der am Donnerstag, den 19. März, nachmittags von 5—7 Uhr im Restaurant „Deutsche Eiche" stattfindenden Gemeindevertreterwahl der dritten Klasse werden am heutigen Mittwochabend 7 Uhr von Philipp aus Handzettel verteilt. Die Genossen werden ersucht, recht zahlreich zur Stelle zu sein. Die am Sonnabend ausgefallene Mitgliederversammlung findet am Sonnabend, den 21. März, im „Fürstenhof" statt. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Königs-Wusterhausen. Dem 60jährigen Gedenktag der Märzgefallenen und dem preußischen Dreiklassenwahlrecht gilt die heute abend 7½ Uhr im Lokale von Wedhorn stattfindende Demonstrationsversammlung. Die Genossen wollen für regen Besuch dieser Versammlung agitieren. Der Vorstand.

Nieder-Schönhausen. Wir machen nochmals auf die heute abend 8½ Uhr bei Ulitz, Blankenburger Straße 4, stattfindende öffentliche Wählerversammlung aufmerksam. Die Genossen müssen alle zur Stelle sein. Das Referat hat der Genosse O. Vesper übernommen.

Falkenhagen-Seegefeld. Sonntag, 22. März, nachmittags 4 Uhr, bei Schöneberg: Große Volksversammlung. Genosse Jacobsen-Ober-Schöneweide, spricht über: Die Märzstürme 1848 und der preußische Wahlrechtskampf! Männer und Frauen, legt durch Massenbesuch Protest gegen die Entrechtung des Proletariats ein.

Berliner Nachrichten.

Im Zeichen des Verkehrs.

Dieser kaiserliche Ausspruch ist am Montag in eine recht eigenartige Beleuchtung gerückt worden anläßlich einer Sonderfahrt auf der neueröffneten Strecke der Hoch- und Untergrundbahn. Die Direktion hatte zu dieser Sonderfahrt die Spitzen der Reichs-, Staats- und städtischen Behörden eingeladen. Auch der Kaiser war gekommen, nachdem er sich vorher vergewissert hatte, daß er in keiner „Bazillen ... kutsche", wie er sich ausgedrückt haben soll, zu fahren brauche, sondern in einem funkelnagelneuen Wagen. Diese Veranstaltung der Sonderfahrt hatte aber am Montag einen erheblichen Einfluß auf den gesamten Verkehr der Hoch- und Untergrundbahn ausgeübt. Zahlreiche Züge blieben liegen und konnten nicht weiter. Der Gerechtigkeit halber wollen wir gern feststellen, daß die ganze Schuld an der Verkehrsstockung nicht ausschließlich die Direktion der Hoch- und Untergrundbahn trifft. Leute, die dabei waren und die es wissen müssen, erzählten, daß sie nicht besonders erbaut davon gewesen seien, daß sie 25 Minuten länger auf den Kaiser warten mußten, als angesagt war, daher die größere Verzögerung und erheblichere Verkehrsstockung.

Das Schloß Schönholz, der bekannte Schießplatz der Berliner Schützengilde, dürfte in verhältnismäßig kurzer Zeit der Bauspekulation zum Opfer fallen.

Omnibus durch die Zimmer- und Prinz-Albrecht-Straße. Eine neue Omnibuslinie wird die Allgemeine Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft im Laufe dieser oder der nächsten Woche eröffnen. Die neue Linie verbindet den Potsdamer Bahnhof mit der Reichenberger Straße. Sie geht von der Köthener Straße beim Potsdamer Ringbahnhof kommend durch die Königgrätzer Straße, Prinz-Albrechtstraße, Wilhelmstraße, Kochstraße, an der Jerusalemer Kirche vorbei, ferner durch die Oranienstraße, über den Oranienplatz, durch die Dresdener Straße, über das Kottbuser Tor und durch die Reichenberger Straße bis zur Ecke der Glogauer Straße. Die Linie erhält die Nummer 38. Die Wagen verkehren in Abständen von 5—6 Minuten. Werktags geht der erste Wagen vom Potsdamer Ringbahnhof 6,45, der letzte 10,39 Uhr, von der Reichenberger Straße 6,05 bis 9,59 Uhr. Sonntags dauert der Betrieb vom Westen von 7,10 bis 11,00 Uhr und vom Südosten von 7,00 bis 10,20 Uhr.

„Das Reich" berichtigt nun endlich seine in voriger Woche gebrachte unwahre Mitteilung über den angeblichen Mitgliederbestand im Wahlverein des ersten Berliner Reichstagswahlkreises und entschuldigt sich mit einem „Flüchtigkeitsfehler". Wir wollen dazu nur wiederholt bemerken, daß solche „Flüchtigkeitsfehler" zuungunsten der Sozialdemokratie im „Reich" nichts Seltenes sind, wenn wir die schiefen Darstellungen und absichtlichen Verdrehungen auch fast immer ignorieren. Unvorsichtig handelt das „Reich" aber entschieden mit der Wiedergabe unseres Urteils über seine Redaktionsmethode und den Schluß, den wir hieraus in bezug auf den Intellekt der Leser des Blattes zogen. Auch der keine hohen Ansprüche an Wahrheit und Genauigkeit stellende „Reich"-Leser will sich das doch nicht vor aller Oeffentlichkeit von seinem eigenen Verdummungsorgan an den Kopf werfen lassen. Solche Dinge vertraut man doch höchstens seinen — Silber-Abonnenten an!

Die Arbeiten für die Anlegung des Freibades am Müggelsee sind trotz des Protestes der Stadt Berlin bereits in Angriff genommen worden. Gestern ist mit der Abmessung des Badeplatzes begonnen. Die Vorarbeiten sollen derartig gefördert werden, daß im Falle einer Zurückweisung des Einspruches des Berliner Magistrates die Baulichkeiten für den Badestrand sofort hergerichtet werden können. Es gilt die Frage zu prüfen, ob etwaige durch Badende in das Wasser getragene Krankheitserreger durch die Strömung nach den etwa 1000 Meter unterhalb des Freibades belegenen Wasserwerken getrieben werden können.

Ueber den wegen Sittlichkeitsverbrechen verhafteten „Schriftsteller" Dr. Riedel in der Leipzigerstraße wird jetzt mitgeteilt, daß Dr. Viktor Riedel noch vor kurzem in Moabit als Geschworener fungierte, und der Zufall fügte es, daß es ein Prozeß wegen eines Sittlichkeitsverbrechens war, in dem Dr. Riedel zu Gericht saß.

Vom Deck eines Straßenbahnwagens abgestürzt ist Montagnachmittag der Handelsmann Georg Heidenreich, Franseckistr. 4 wohnhaft, der einen Straßenbahnzug der Linie 47E benutzte. H. saß auf dem Decksitz des Anhängewagens und wollte ihn in der Rosenthaler- Ecke Neue Schönhauserstraße, etwa 60 Meter hinter der Haltestelle, verlassen. Er erhob sich, als der Zug in die Neue Schönhauserstraße einbog, verlor das Gleichgewicht und stürzte über das Geländer hinweg kopfüber auf den Fahrdamm hinunter. H., der eine Gehirnerschütterung und schwere innere Verletzungen erlitten hatte, wurde nach dem St.-Hedwigs-Krankenhause übergeführt.

Mit ihrem Kinde aus dem Bodenfenster gestürzt hat sich die 26 Jahre alte Frau des Hausdieners B. aus der Elsasserstraße. Der Kleine starb schon nach einigen Minuten, die Frau nach 10 Minuten unter den Händen des Arztes. Familienstreitigkeiten scheinen die Ursache zu der schrecklichen Tat zu sein.

Zwei schwere Automobilunfälle haben sich gestern nachmittag zugetragen. An der Ecke der Nettelbeck- und Lutherstraße wurde der Wildhändler Willy Milo, Tempelhofer Ufer 12, wohnhaft, von dem Automobil des englischen Gesandten überfahren und schwer verletzt. M. hatte beim Ueberschreiten des Fahrdammes das Herannahen des Kraftwagens nicht bemerkt, weil er gerade im Begriff gewesen war, einen Straßenbahnwagen zu besteigen. Er wurde niedergerissen und das Automobil ging ihm über die Brust und beide Beine hinweg. Am ganzen Körper erlitt er schwere Quetschwunden und anscheinend hat er auch innere Verletzungen davongetragen. — Am Lützowplatz wurde ein Kriminalbeamter das Opfer eines Automobilunfalles. Der Kriminalwachtmeister Hermann Antelmann aus der Beusselstr. 33 wurde gleichfalls beim Ueberschreiten des Straßendammes von einem Kraftwagen umgestoßen und überfahren. Er brach sich das Schlüsselbein und wurde nach der Unfallstation am Zoologischen Garten gebracht, wo er die ersten Notverbände erhielt.

Zwei Kindesleichen. Das Auffinden von Kindesleichen nimmt immermehr überhand. Gestern wurden zwei Leichname gefunden. Im Friedrichshain entdeckte ein Parkarbeiter in einem Gestrüpp eine kleine Kiste, in der er beim Oeffnen die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts vorfand. Er brachte das tote Kind zum nächsten Polizeirevier, das es zur Obduktion nach dem Schauhause schaffen ließ. — Ein zweiter Leichenfund wurde in den gärtnerischen Anlagen der Samariterkirche gemacht. Auch in diesem Falle handelt es sich um die Leiche eines neugeborenen Knaben. Ob ein Kindesmord in Betracht kommt, wird erst die gerichtliche Obduktion ergeben.

Die Tat einer Lebensmüden rief gestern nachmittag am Nordufer großes Aufsehen hervor. Am Jungfernsteg sprang die Selbstmordkandidatin, einen Schreckensschrei ausstoßend, in die Fluten des Spandauer Schiffahrtskanals und verschwand unter der Oberfläche. Mehrere Schiffer, die in der Nähe mit ihren Fahrzeugen vor Anker liegen, fuhren auf einem Kahn hinzu und nach langen vergeblichen Bemühungen gelang es ihnen, die Lebensmüde aus dem Wasser zu holen. In besinnungslosem Zustand wurde sie nach dem Virchow-Krankenhaus gebracht. Die Selbstmörderin ist die 25 Jahre alte Weißnäherin Johanna S. aus der Dirckenstraße. Wegen unglücklicher Liebe hatte sie sich zu der Tat hinreißen lassen.

Auf dem Bahnhof Pankow-Heinersdorf scheinen die Beamten recht knapp zu sein. Als am Sonntag früh von diesem Bahnhof 11 Personen mit dem Zuge 7,51 nach Bernau fahren wollten, mußten sie wahrnehmen, daß sie fünf Minuten vor Abgang des Zuges kein Billett bekommen konnten, weil um diese Zeit der Fahrkartenschalter bereits geschlossen war. Ob der Schalterbeamte während der Abfertigung des Zuges in Anspruch genommen ist und deshalb schon einige Zeit vor der Ankunft des Zuges das Schalter schließen muß, ist uns nicht bekannt; es muß dies aber angenommen werden.

Das scheinen ja recht idyllische Zustände zu sein!

Mit dem Raubmord in Alt-Moabit stand ein Militärgerichtsprozeß im Zusammenhang, der das Kriegsgericht der Garde-Kavallerie-Division in der letzten Sitzung beschäftigte. Auf der Anklagebank saß der Ulan K. vom 2. Garde-Ulanen-Regiment, der sich wegen Vergehens gegen den § 175 des R.-Str.-G.-B. zu verantworten hatte. Wie unseren Lesern noch in Erinnerung sein dürfte, wurde am Sonntag, den 8. Dezember vorigen Jahres, in seiner Junggesellenwohnung in Alt-Moabit der Kaufmann Lehmann ermordet aufgefunden. Da das Verbrechen bereits acht Tage vor der Entdeckung begangen worden war, so hatten sich die Spuren des Täters bereits verwischt und die Kriminalpolizei war infolgedessen vor eine schwierige Aufgabe gestellt worden. Im Laufe der Untersuchung kam man bald zu der Ueberzeugung, daß es sich weniger um einen Raubmord als um einen Racheakt handelte. Es wurde festgestellt, daß der Ermordete starken Verkehr mit jungen Männern unterhielt und daß bei ihm viel Militär aus- und einging. Besonders gehörten die Angehörigen des Garde-Ulanen-Regiments, dessen Kaserne in der Nachbarschaft liegt, zu den Besuchern des Lehmann. Durch die Beschlagnahme von Briefschaften aus dem Nachlaß des Ermordeten wurde die Polizei auf mehrere Spuren gelenkt, die nach der Ulanenkaserne führten. Unter andern stand auch der oben erwähnte K. unter dem Verdacht der Täterschaft. Die Militärbehörde, die mit der Kriminalpolizei Hand in Hand arbeitete, beschlagnahmte auch bei mehreren Ulanen Briefschaften, die mit dem Lebenswandel des Ermordeten im Zusammenhang standen. So wurde auch ein Brief des K. konfisziert, der zwar nichts mit dem Mord zu tun hatte, der aber den Besitzer nach einer anderen Richtung hin belastete. Während der Verdacht der Täterschaft in Hinsicht auf den Mord in Alt-Moabit von K. abgelenkt wurde, eröffnete man gegen ihn auf Grund des vorgefundenen belastenden Briefes ein Verfahren wegen Vergehens gegen den § 175 des Reichs-Strafgesetzbuches. Der Beschuldigte wurde später auch verhaftet und jetzt hatte er sich vor dem Kriegsgericht der Garde-Kavallerie-Division zu verantworten. Die Verhandlung fand wegen Gefährdung der Sittlichkeit unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Das Urteil gegen den Angeklagten lautete auf zwei Monate und vierzehn Tage Gefängnis. Die vierzehn Tage wurden durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet. K. hat sich bei dem Urteil beruhigt.

Wie uns im Anschluß hieran mitgeteilt wird, verfolgt die Untersuchungsbehörde in der Lehmannschen Mordaffäre neuerdings eine bestimmte Spur. Es kommt hierbei aber nicht eine Militär-, sondern eine Zivilperson in Betracht.

Die fällige Brandstiftung. Am Dienstagnachmittag um 3 Uhr stand in der Rungestr. 17, einem großen modernen Fabrikgebäude der mächtige Dachstuhl des Vorderhauses und Seitenflügels in großer Ausdehnung in Flammen. Der Feuerwehr gelang es, den Brand nach mehrstündiger Arbeit zu löschen.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht um 12 Uhr kam ein gefährlicher Brand in der Straße am Küstriner Platz 8 aus. Dort brannten bei Ankunft der Feuerwehr im Keller Türen, Hausrat, Regale u. a. und im Erdgeschoß der Treppenaufgang des modernen Wohnhauses. Ein Mann und ein Kind von 11 Jahren, die im Schlaf von dem Brande überrascht wurden, mußten, da ihnen der Ausgang durch die Flammen versperrt war, durch die Kellerfenster in Sicherheit gebracht werden. Die übrigen Hausbewohner, denen ebenfalls der Ausgang über die Treppen durch das Feuer abgeschnitten worden war, blieben ruhig in ihrem Wohnungen und folgten den Anweisungen der Feuerwehr. Mit zwei Schlauchleitungen konnte der Brand auf dem Keller und das Erdgeschoß beschränkt werden. Die Entstehung ist noch nicht aufgeklärt. Grober Unfug lag einer Meldung aus der Seelower Straße 2 um 1 Uhr nachts zugrunde. Früh um 6 Uhr mußte in der Artilleriestraße 21 ein Brand gelöscht werden, der in einer Küche ausgekommen war. Außerdem waren noch verschiedene kleinere Brände zu löschen.

Vorort-Nachrichten.

Zur Gemeindewahlbewegung.

Gemeindewahlen finden am heutigen Tage statt in Friedenau nachmittags von 2—9 Uhr; in Adlershof nachmittags von 4—7 Uhr; in Zepernick-Kolonie Röntgental-Schönbrück (Wahlort Zepernick) nachmittags von 4—5½ Uhr und Wilhelmsruh nachmittags von 3—7 Uhr.

Uebe jeder Arbeiter sein Wahlrecht aus und gebe seine Stimme den Kandidaten der Sozialdemokratie.

Friedenau.

Die Gemeindevertreterwahl findet heute nachmittag von 2—9 Uhr im Restaurant „Hohenzollern", Handjerystr. 64 statt. Die Gegner machen die verzweifelten Anstrengungen; soll der sozialdemokratische Kandidat Genosse Paul Richter als Sieger aus der Wahl hervorgehen, so übe jeder sein Wahlrecht aus. Die Berliner Genossen werden ersucht, sobald sie mit Friedenauern zusammenarbeiten, dieselben an ihre Pflicht zu erinnern.

Königs-Wusterhausen.

Am morgigen Donnerstag vormittags von 9½—1 Uhr und nachmittags von 3—6 Uhr findet die Gemeindewahl in der dritten Klasse statt. Nachdem der Liberale Wahlverein sich mit dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein geeinigt hat, werden die Gewerkschafts- und Parteigenossen alles aufzubieten haben, wenn der Kandidat der Sozialdemokratie Genosse Franz Kaiser als Sieger aus der Wahl hervorgehen soll. — Die Berliner Genossen werden ersucht, falls sie mit Königs-Wusterhausener Arbeitern zusammenarbeiten, dieselben auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen. Gehe jeder Wähler rechtzeitig zur Wahl.

Kolonie Röntgental. (Bez. Bernau.)

Die Gemeindevertreterwahl findet heute am 18. März statt. Die dritte Klasse wählt von nachmittags 4—6 Uhr in Zepernick im Gemeindebureau. Pflicht der Genossen ist es, Mann für Mann zu erscheinen und nur unserem Kandidaten, dem Genossen Franz Schulz sen., ihre Stimme zu geben. Nur wenn auch der letzte Mann an die Wahlurne gebracht wird, ist es möglich den Sieg zu erringen.

Nieder-Schönhausen.

Freitag, den 27. März, mittags von 12—8 Uhr, findet die Ersatzwahl für die dritte Klasse im Restaurant Liedemit statt. Zu wählen ist ein Hausbesitzer. Der Kampf um dieses Mandat wird besonders heiß werden. Die Hausbesitzer machen die größten Anstrengungen, um wenigstens dieses Mandat in der dritten Klasse zu retten. Es ist deshalb Pflicht der Parteigenossen, tüchtig zu agitieren, damit wir auch unserem zweiten Kandidaten zum Siege verhelfen. Die letzte Wahl hat bewiesen, daß es auf jede Stimme ankommt.

Falkenhagen-Seegefeld.

Die Gemeindewahl findet am Donnerstag, 19. März, statt. Die 3. Klasse wählt von 3—4 Uhr. Alle Wähler müssen um 3 Uhr im Wahllokal, Gasthof Thiele, Falkenhagen, anwesend sein. Unser Kandidat für die 3. Klasse ist Genosse Richard Bock.

Wahlergebnisse.

Rummelsburg. Bei den am Montag stattgefundenen Gemeindevertreterwahlen siegte im 6. Bezirk Genosse Hermann Müller mit 472 Stimmen gegen 21 Stimmen, die auf den Eigentümer Paetsch fielen; im 7. Bezirk siegte Genosse Gorgas mit 320 Stimmen gegen 36 gegnerische Stimmen. Den 6. Bezirk hatte bisher ein bürgerlicher Vertreter inne. In dem neuen Beamtenbezirk (Beamtenwohnhaus) erhielt der vom Lehrerverein, genannt Bürgerverein, aufgestellte Lokomotivführer Lahn 161 Stimmen, gegenüber 50 Stimmen, die auf Genossen Trinks entfielen. Ersterer ist mithin gewählt. Trotzdem haben wir auch in diesem Bezirk, wenn man hierbei in Betracht zieht, daß dieser Bezirk 440 Beamte als Stimmberechtigte gegenüber von nur 100 Stimmberechtigten aus anderen Berufsschichten aufweist, mit 50 Proz. Stimmen aus den anderen Berufszweigen einen guten Erfolg erzielt.

Der Stimmenzuwachs für unsere Partei beträgt in den alten Bezirken, berechnet nach den abgegebenen Stimmen gegenüber den eingeschriebenen Wählern, 70—100 Proz. Dieser große Zuwachs von Wählern, die öffentlich ihre Stimme für die Partei abgegeben, ist wohl mit der beste Beweis für die Erfolge des Niederreitens der Sozialdemokratie. Als Kuriosum wollen wir noch erwähnen, daß im Beamtenwahllokal ein Kriminalwachtmeister an den Wahlvorsteher die naive Frage stellte, ob er denn auch nicht gleich für seinen lieben Nachbar die Stimme abgeben könnte. Vielleicht hängt diese Fragestellung auch damit zusammen, daß, weil von diesem Wahllokal aus an das kgl. Polizeipräsidium das telephonische Ersuchen gerichtet worden war, allen Schutzleuten, die im Beamtenhaus wohnen, sofort frei zu geben, damit dieselben noch schnell für den staatserhaltenden Bürgerverein ihr Wahlrecht ausüben können — der betreffende Kriminalwachtmeister nun geglaubt hat, dies gleich für alle seine Kollegen besorgen zu können.

Treptow-Baumschulenweg. Bei der gestrigen Gemeindevertreterwahl im ersten Bezirk übten von den 565 eingeschriebenen Wählern 259 ihr Stimmrecht aus. Es erhielt unser Genosse Miekley 109, der Konservative Nickel 126 und der Freisinnige Hiller 24 Stimmen. Demnach findet Stichwahl zwischen Miekley und Nickel statt. Vor zwei Jahren, als noch im ganzen Ort gewählt wurde, beteiligten sich 51, bei der gestrigen Bezirkswahl 47 Proz.

Johannisthal. Bei der stattgehabten Gemeindevertreterwahl siegten in der III. Abteilung unsere Genossen Pirsich und Gobin mit je 234 Stimmen gegen die bürgerlichen Kandidaten, welche 95 resp. 91 Stimmen erhielten. Wir haben seit der letzten Wahl vor zwei Jahren einen Zuwachs von 37 Stimmen zu verzeichnen, trotzdem der Ort sich nicht wesentlich vergrößert hat. Die bürgerlichen Kandidaten haben nur deshalb noch eine solche Stimmenzahl erhalten, weil der bekannte sanfte Druck die Eisenbahnarbeiter und -Beamten zur Wahl trieb, was erst seit den Hottentottenwahlen geschieht.

Britz-Buckow. Bei der stattgehabten Gemeindewahl in der dritten Klasse sind unsere Kandidaten trotz stärkerer Wahlbeteiligung und Stimmenzunahme mit 28 Stimmen unterlegen. Jedoch können unsere Gegner auf ihren Erfolg nicht stolz sein. Ihren Sieg können sie nur den Forensenstimmen verdanken. Unseren Genossen wird der Ausfall der Wahl aber ein Ansporn zu noch intensiverer Arbeit und zum Ausbau der Organisationen sein.

Neu-Dabendorf bei Zossen. Bei der Gemeindewahl erhielt der von uns aufgestellte Kandidat Genosse Kahl 8 Stimmen, der Kandidat des Interessentenvereins 5 und der Bauernkandidat 26 Stimmen, letzterer ist somit gewählt. Daß unsere Stimmenzahl eine so niedrige ist, liegt daran, daß sogar freigewerkschaftlich organisierte Maurer ihre Stimme dem Bauernkandidaten gaben. Viele hielten es gar nicht für nötig, zur Wahl zu gehen. Das ist sicherlich ein Beweis, daß wir noch viel Aufklärungsarbeit zu verrichten haben.

Hohenschönhausen. Bei der gestrigen Gemeindevertreterwahl erhielt unser Genosse Emil Albrecht 50 Stimmen, während ein Herr Gröbler 61 und zwei andere bürgerliche Kandidaten 45 bezw. 5 Stimmen auf sich vereinigten. Es hat demnach Stichwahl zwischen unserem Genossen Albrecht und Herrn Gröbler stattzufinden.

Waidmannslust-Lübars. Bei der vorgestrigen Gemeindewahl in der dritten Klasse, in der ein Grundeigentümer zu wählen ist, kam es nicht zur Entscheidung, vielmehr ist eine Stichwahl notwendig, die am Dienstag, den 24. d. M., nachmittags von 5—8 Uhr, im Lokal von Wennrich, Waidmannslust, Waidmannstr. 22, stattfindet. Von 428 eingeschriebenen Wählern erschienen 213 am Wahltisch, 6 Wähler wurden wegen Steuerrückstände ausgeschlossen, da „ihr Wahlrecht ruhte". 207 Wähler gaben ihre Stimme ab, davon fielen auf unseren Genossen Lusche 102, auf den Landwirt Faust (Lübars) 92 und auf den Fabrikanten Franke 13 Stimmen.

Wären nur vier unserer Genossen mehr zum Wahltisch gekommen, so wäre die Stichwahl vermieden worden. Wenn auch die Wahlbeteiligung eine rege war, so befinden sich unter den 50 Proz. der nicht zur Wahl Erschienenen eine Anzahl Wahlberechtigter, die innerlich zur Sozialdemokratie gehören. Darum müssen wir unverzüglich die Agitation von neuem beginnen und die Zeit bis zum Dienstag, den 24., energisch ausnützen.

Wir bitten die Berliner Genossen, dieses Datum zu beachten und Waidmannsluster Arbeitskollegen auf die Wahl aufmerksam zu machen.

Schöneberg.

Stadtverordnetenversammlung.

Die letzte Sitzung wurde ganz mit den weiteren Beratungen des Etats ausgefüllt. Eine längere Debatte rief der Armenetat hervor. Stadtv. Molkenbuhr (Soz.) als Berichterstatter des Etatsausschusses forderte den weiteren Ausbau der Armenpflege nach dem Elberfelder System. Man solle jedem Armenpfleger nicht mehr als 2—3 Arme zuteilen, damit die Pfleger auch in der Lage sind, den Armen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und bei der Gründung einer Existenz behülflich zu sein. Redner tritt weiter dafür ein, daß mit den Armenvorstehern und Pflegern regelmäßig Versammlungen abzuhalten sind, wo sich eine gegenseitige Aussprache ermöglichen lasse. In Schöneberg gibt es Pfleger, denen 12 und noch mehr Arme zugeteilt sind. Es muß dafür gesorgt werden, daß alle Ideale erfüllt werden, die sich der Schöpfer dieses Systems gestellt hat.

Stadtrat Walger gibt zu, daß die Schöneberger Armenpflege einer großen Reorganisation bedürftig ist, nur meint er, man solle sich bei Beurteilung der Angelegenheit nicht von Zahlen leiten lassen.

Stadtverordnetenvorsteher Lohausen tritt den Ausführungen des Stadtverordneten Molkenbuhr bei. Wenn man das System zur Tat werden lassen will, so spielen die Zahlen doch eine große Rolle. 15 Pfleglinge dürfen unmöglich einem einzelnen Pfleger unterstellt werden.

Stadtv. Linicus (Unabh. Vg.) hält die Zuteilung von 15 Armen an einen Pfleger für gar nicht so schlimm. Die Schöneberger Armen sind meistens alte Leute, denen nicht mehr zu helfen ist und die sich durch den Besuch der Armenpfleger nur belästigt fühlen. Das Elberfelder System lasse sich seiner Meinung nach in Schöneberg nicht einführen, „weil wir nicht in Elberfeld wohnen".

Stadt. Hoffmann (Soz.) wendet sich gegen die Ausführungen des Vorredners und bringt den Nachweis, daß von den Schöneberger Armen eine sehr große Anzahl noch im besten Mannesalter stehen. Redner fordert, daß auch mehr Frauen zu Armenpflegern herangezogen werden.

Stadtv. Salinger (Lib. Fr.) tritt namentlich für die Mitwirkung von Frauen und Arbeitern als Armenpfleger ein. Die Arbeiter hätten sich stets auf derartigen Posten gut bewährt. Auch zu Armenvorstehern solle man Arbeiter heranziehen.

Stadtv. Linicus (Unabh. Vg.) legt sich energisch dagegen ins Zeug, mehr Arbeiter zu Armenvorstehern heranzuziehen; das hieße die Politik in die Armenpflege hineintragen. Aus seiner Erfahrung könne er nur sagen, daß die Arbeiter zur Uebernahme derartiger Posten auch sehr schwer zu haben sind.

Stadtv. Wollermann (Soz.) bringt den Nachweis, daß gerade das Umgekehrte der Ausführungen des Vorredners zutreffend ist. Eine große Anzahl von Arbeitern hat sich zur Uebernahme derartiger Posten bereit erklärt. Die Armendirektion hat aber darauf nicht die geringste Rücksicht genommen.

Damit schließt die Generaldebatte. Bei der weiteren Beratung des Etats wird vom Stadtv. Dr. Jacoby (Lib. Vg.) der Antrag gestellt, vom Magistrat Erwägungen über die Einführung der freien Arztwahl in der Armenpflege anstellen zu lassen. Redner begründet den Antrag damit, daß man auch den Armen die Gelegenheit geben muß, sich an den Arzt ihres Vertrauens zu wenden. In allen Städten, wo die freie Arztwahl für die Armenpflege bereits eingeführt ist, hat sich dieselbe gut bewährt. Redner wünscht, zunächst in einem Bezirk den Versuch damit zu machen.

Stadtv. Magnan (Soz.) erkennt an, daß man auch den Armen das Recht geben muß, sich an den Arzt ihres Vertrauens zu wenden, aber die freie Arztwahl ist vielfach nicht das, was allgemein darunter verstanden wird. Die freie Arztwahl stellt es nur dem Arzt frei, ob er diesen oder jenen überhaupt behandeln will. Dann wäre es auch verfehlt, einen einzigen Bezirk herauszugreifen. Man muß mit dem ganzen System brechen.

Die Ehrung der Barrikadenkämpfer.

Wilhelm Zimmermann schildert in seiner Geschichte des Jahres 1848 die Trauerfeier für die gefallenen Freiheitshelden des 18. März wie folgt:

„Am frühen Morgen fand in allen Kirchen ein Trauergottesdienst statt. Alle Läden waren geschlossen, aller Verkehr war aufgehoben. Von allen Dächern herab wehte die schwarz-rot-goldene Fahne, heute mit schwarzem Flor verhüllt. Die ganze Bevölkerung war in Trauer, die Frauen in tiefstes Schwarz gekleidet. Auf den Toren, auf den Türmen, auf den Ministerien, selbst auf dem Palais des verewigten Königs, auf den vier Ecken des Königsschlosses waren neben der deutschen Fahne große schwarze Trauerfahnen aufgezogen. Die Statuen von Scharnhorst, Blücher und Bülow waren mit deutschen umflorten Fahnen geschmückt.

Von 12 Uhr an begann das Strömen der Gewerke und Innungen, der Universität, der Gymnasien, der Schulen, der Bürgerwehrabteilungen nach dem Gendarmenmarkt, zu der Neuen Kirche, im Mittelpunkt der Stadt.

Die Säulen der Kirche waren mit Trauerflor und grünem Laube geschmückt und die hundertdreiundachtzig Särge, neben und übereinandergestellt, zeigten sich auf dem Katafalk den Augen.

Liebe Hände hatten auf jeden Sarg Kränze und Schleifen gespendet und auch der Aermste hatte irgend ein kleines Liebesopfer gefunden für seinen teuren Angehörigen. Alle Leichen, bis auf dreiunddreißig, waren von den Ihrigen erkannt worden. Auch fünf Frauen und zwei zwölfjährige Knaben waren darunter. Die eine Frau war erschossen worden, während sie ihren Säugling an der Brust hatte. . . .

. . . Gegen 2 Uhr hatten sich alle, welche sich dem Zug anschließen wollten, versammelt.

Das Musikkorps begann den Choral „Jesus meine Zuversicht". In langsamen feierlichen Tönen erklang er. Die Orgel aus der Kirche fiel ein, und alle Versammelten stimmten zu dieser Weise ein Lied an, das für diesen Tag gedichtet und verteilt worden war. Der erste Vers war geendet, die Posaunen und die Orgel schwiegen. Eine lautlose Stille herrschte in der „Völkerversammlung", denn nur so konnte man diese Versammlung nennen. Wohin das Auge reichte, war Kopf an Kopf gedrängt.

Da trat der Hofprediger Sydow vor den Altar des Katafalkes. Alle Häupter entblößten sich in einem Augenblick, als er von da herab sprach: „Traget sie hinaus, die Brüder, welche gefallen sind in dem Kampfe, der so segensreiche Folgen für das Vaterland gehabt hat, und der bestimmt ist, jetzt das Band der Liebe und der Einigkeit um das ganze deutsche Vaterland zu schlingen.

Lasset in der Ehrfurcht vor den Toten alle Gefühle, welche in der einzelnen Brust verschieden wogen, untergehen. Denket an den Willen Gottes, der die Geschicke der Menschen regiert und alles zum Besten führt, der die Kugeln in der Schlacht leitet und Leben gibt und nimmt."

Nachdem er in diesem Geist einige Minuten gesprochen, trat ein katholischer Geistlicher, Ruhlandt, vor und begann mit den Worten: „Gestattet, meine Lieben, daß auch der katholische Bruder die Brüder grüßt", eine kurze, gehaltvolle Rede. Ihm folgte ein jüdischer Geistlicher, Sachs. Der wies darauf hin, wie alle Scheidewände, die bisher den Bruder vom Bruder getrennt haben, mit diesem herrlichen Werke gefallen seien, wie alle ohne Unterschied des Glaubens sich brüderlich die Hände gereicht haben, und auch der alte Bund des urältesten Glaubens freudig sich erhebe, diesen neuen Bund zu besiegeln. . . .

. . . Nach 2½ Uhr setzte sich der Zug in Bewegung. Der ganze Zug selbst hatte die Länge einer Meile und währte vier volle Stunden und darüber. Die ältesten Leute in Berlin hatten etwas Aehnliches nie gesehen. Als die Spitze des Zuges von der Neuen Kirche nach dem weit entfernten Friedrichshain, dem Orte der Beisetzung, aufbrach, war es gegen ½3 Uhr; und es war gegen 6 Uhr, als das Ende des Zuges von dem Versammlungsort aus sich entwickelte. So zahlreich waren die Leidtragenden. Die ganze Umgegend hatte Abordnungen und Teilnehmer geschickt. Ueber hunderttausend Menschen waren dem Zuge eingereiht, und gegen eine halb Million Zuschauer sollen sich angeschlossen haben.

Es war ein schöner sonniger Märztag, schön wie ein Tag im Mai.

Der Zug wurde eröffnet von Männern der Handwerkervereine und den Schützengilden. Der ganze Zug bestand bald aus größeren, bald aus kleineren Abteilungen, zwischen welche eine Anzahl Särge kam, die auf umflorten Bahren getragen wurden, bald mehr, bald weniger Särge, zuweilen erschienen auch einzelne, so der letzte, ein Kindersarg.

Der ersten Abteilung der Särge voran gingen junge Mädchen in Trauer, welche Kränze auf Samtkissen trugen. Hinter dem letzten, dem Kindersarg, geleitete die Geistlichkeit aller Bekenntnisse, die evangelischen, katholischen, deutschkatholischen und jüdischen Seelsorger, alle in der Amtstracht und in außerordentlicher Zahl, die lange Reihe der Leidtragenden, sie gingen tröstend zwischen diesen.

Da waren die Eltern, die Geschwister, die Frauen, die Kinder, die Verlobten der Gefallenen. Die Witwen und Waisen schwammen in Tränen und konnten sich ihres Schmerzes nicht erwehren. Die Leidtragenden hatten alle Blumensträuße, die aus den königlichen Gärten geschickt worden waren. Auch den Blumenschmuck des Katafalkes hatte das Hofmarschallamt durch die Schloßgärtner besorgt.

Die Abteilung der Universität folgte ihnen offenbar mit dem Reichsbanner. Der ehrwürdige Alexander v. Humboldt und der Rektor der Universität gingen voraus. Große Teilnahme erregten die Studenten, sie schritten mit ihren Waffen, durch die sie in der fürchterlichen Nacht die Führer des tapfer kämpfenden Volkes geworden waren.

Ebenso blickte man mit wärmster Teilnahme auf die in militärischer Haltung und Bewaffnung einherschreitenden Mitglieder des Handwerkervereins und der zahlreichen Fabrikarbeiter, die fast alle hinter oder auf den Barrikaden gestanden hatten.

Da waren die Arbeiter der Borsigschen Fabrik, Herr Borsig selbst als ihr Führer; die Arbeiter der Egellschen, der Rüdigerschen und anderer großen Fabriken, die der Nationalbaumaschinenanstalt, und lange Reihen von Handwerkern. Die Schriftsteller waren zum ersten Male hier vertreten, mit der Fahneninschrift „freie Presse". Dann folgten die Künstler, zahlreiche Abordnungen auswärtiger Städte, von Charlottenburg, Potsdam, Spandau, Magdeburg, Frankfurt a. O., Breslau und anderen. Auch die deutschen Städte Braunschweig und Hamburg hatten ihre Vertreter gesandt. Der Magistrat mit den goldenen Ketten geschmückt und sämtliche Stadtbehörden, mit allen Schulen der Stadt, die Gymnasiasten selbst mit Waffen und Fahnen, waren im Zuge. Wie den Anfang, so bildeten auch das Ende des Zuges die Gewerke, große Abteilungen namentlich der Maschinenbauer.

Als der Zug die Charlottenstraße hinab nach den Linden zu bis zum Opernplatz gekommen war, wurde er mit einem Choral empfangen von den Mitgliedern der königlichen Schauspiele, der Singakademie und des Domchors, die sich hier anschlossen. Von da ging der Zug über den Schloßplatz.

Wie er am zweiten Schloßportal anlangte, trat der König, umgeben von seinen Ministern, auf den Balkon hinaus, er nahm den Helm ab und grüßte, und blieb so, den Helm im Arm, stehen, bis die letzten Särge vorüber waren. Auch die Trauerfahnen auf und an dem Schlosse wurden feierlich grüßend vor den Toten gesenkt.

Draußen vor dem Tore, auf der höchsten Stelle des Friedrichshaines war das Grab gegraben, ein großes Viereck. Volkskämpfer, Mitstreiter der Gefallenen hatten es gegraben, keine bezahlte Hand hatte eine Schaufel dabei geführt.

Es wurde ein freier Raum in der Mitte gelassen, um das zu errichtende Denkmal aufzunehmen. Ein Altar stand auf der Höhe des Friedrichshains. Aus der Mitte des Grabes erhob sich ein Mast mit dem verschleierten deutschen Adler und dem Wappen der Stadt Berlin. Unter dem Mast sah man Lorbeerzweige und Zypressen dicht verschlungen über dem Grabe. Sarg an Sarg, in doppelter Reihe, wurde eingesenkt in das gemeinsame Grab. Am Altar sprach der Prediger Sydow die Gedächtnisrede. Er erinnerte daran, was die Gefallenen erkämpft, indem sie erreicht und mit ihrem Blute besiegelt haben, was ihre Väter ruhmvoll im Jahre 1813 begonnen. Aus dem Grab herauf töne der Ruf: „Friede, Eintracht, Liebe!" und darum müsse mit Rührung und Dank den auf beiden Seiten Gefallenen ein Andenken geweiht werden.

Der Volksmann, Assessor Jung, sprach im Geiste der entschiedenen Volksfreunde.

Der Bischof Reander segnete die Särge ein und die Schützengilde gab nach Kriegsgebrauch den Kampfgenossen drei Salven ins Grab.

„Sie sind nicht umsonst gestorben. Das Vaterland wird ihrer ewig gedenken!" So dachten, so sagten fast alle. Für die Hinterbliebenen der Gefallenen übernahm der Staat zu sorgen; für die gefallenen Bürgerlichen selbst legte die ganze Stadt auf vierzehn Tage Trauer an."

Der Antrag wird darauf angenommen, ebenso ein Antrag, nach welchem die Armenärzte fortan den Titel „Bezirksärzte“ führen sollen.

Angenommen wird ferner ein Antrag, worin der Magistrat ersucht wird, in Erwägung zu ziehen, ob das Arzthonorar entsprechend den Leistungen nicht zu erhöhen sei. Stadtv. Molkenbuhr (Soz.) weist bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß den Krankenkassen immer der Vorwurf gemacht wird, daß sie die Aerzte schlecht bezahlen. In der städtischen Gemeinde wird aber noch ganz bedeutend schlechter bezahlt, und gerade die Parteien, die den Krankenkassen diese Vorwürfe machen, halten an dieser schlechten Bezahlung fest.

Nach Annahme des Antrages des Etatsausschusses, zwei Spezialärzte für die Armenpflege anzustellen, wird sodann der ganze Etat genehmigt. Die Einnahmen desselben betragen 120 210 Mark, die Ausgaben 388 350 Mark.

Beim Etat der Hochbauverwaltung, der in Einnahme und Ausgabe mit 4 225 000 Mark abschließt, entsteht ein Streit über den Platz für das neu zu erbauende Armen- und Siechenhaus. Die bürgerlichen Herren fühlten sich dadurch beunruhigt, daß jeder für sich befürchtete, das Armenhaus werde in dem von ihm bewohnten Bezirk errichtet werden. Der Vertreter des Magistrats beruhigte aber die Gemüter, indem er erklärte, daß das Armenhaus voraussichtlich außerhalb der Weichbildgrenze Schönebergs errichtet wird.

Bei der Kanalbauverwaltung wird über das Submissionswesen Beschwerde geführt. In der Debatte zeigte sich, daß von der städtischen Verwaltung alle Mittel angewendet werden müssen, um den Ausbeutungsplänen der Unternehmer nicht zum Opfer zu fallen. Mit Recht wies der Stadtv. Bäumler (Soz.) darauf hin, daß es hiergegen nur ein wirksames Mittel gebe, das wäre die Ausführung der Arbeiten in eigener Regie.

Dem Wohlfahrtsetat, dessen Einnahmen sich auf 10 000 Mark und dessen Ausgaben sich auf 106 765 Mark belaufen, wird ohne wesentliche Debatte zugestimmt. Neu eingesetzt werden auf Antrag des Ausschusses: 5000 Mark Beitrag an die Schöneberger Rettungswache und je 100 Mark an die freiwillige Sanitätskolonne und an den Arbeiter-Samariterverein. Ein Antrag der liberalen und sozialdemokratischen Fraktion betr. Einrichtung eines Ferienheims für Lehrer, Beamte und Arbeiter wird dem Magistrat mit dem Ersuchen überwiesen, zu prüfen, ob sich eine solche Anstalt selbst erhalten könne. Weiter soll der Magistrat in Erwägung ziehen, ob eine Schulzahnklinik zu errichten oder ein Schulzahnarzt anzustellen sei. Gegen den Antrag des Ausschusses, den Leiter der Wohlfahrtspflege, Sanitätsrat Dr. Rabnow, auf 12 Jahre anzustellen, war von der rechten Seite der Versammlung Einspruch erhoben, worauf die Angelegenheit für die nichtöffentliche Sitzung vertagt wurde.

Beim Etat des Krankenhauses empfiehlt der Ausschuß, den Magistrat zu ersuchen, die Sätze für Kur- und Verpflegungskosten den gesteigerten Preisen der Lebensmittel entsprechend zu erhöhen. Unsere Genossen Küter und Magnan treten diesem Antrage entgegen, indem sie darauf hinweisen, daß sich das Schöneberger Krankenhaus durch diese Erhöhung der Sätze isoliere. In der ganzen Umgebung werden noch die alten Sätze erhoben. Das Krankenhaus habe die Pflicht, in hygienischer Beziehung zu wirken, und dafür müsse die Stadt eben Opfer bringen. Man soll nicht da, wo die Schultern der Aermsten getroffen werden, Erhöhungen eintreten lassen, das wäre ein ungerechtfertigter Grundsatz. Während Stadtv. Bismarck (Lib. Fr.) diesen Ausführungen beipflichtete, traten die Stadtv. Kutznitzky (Lib. Fr.) und Linicus (Unabh. Vg.) für die Erhöhung der Sätze ein. Mit 25 gegen 15 Stimmen wird sodann der Antrag, die Sätze zu erhöhen, angenommen. Dafür stimmt auch ein Teil der liberalen Fraktion. Der Etat wird darauf genehmigt. Die Einnahmen betragen 242 938 Mark, die Ausgaben 388 850 Mark.

Rixdorf.

Stadtverordneten-Versammlung. (Beratung des Haushalts-Voranschlags.) Das Kapitel „Armen- und Waisenpflege“ ruft heftige Debatten hervor. Stadtv. Böske (Soz.) hält die Pflegegelder für Waisen in hiesigen und auswärtigen Pflegestellen für zu niedrig und beantragt Erhöhung derselben monatlich um 3 M. Die Teuerungsverhältnisse bereiten den Pflegeeltern Schwierigkeiten und bedingen eine Aufbesserung. Dagegen sprechen sich die Stadtvv. Belz, Kotze, Zernikow, Noster und Rosenow aus, da — wie sie behaupten — die Rixdorfer Kinder meist bei gutsituierten Leuten auf dem Lande untergebracht seien, welche aus Nächstenliebe die Pflege übernehmen und noch nie Anträge auf Erhöhung der Entschädigung gestellt hätten. Stadtv. Conrad (Soz.): Die Sätze müssen erhöht werden; denn unter den Pflegeeltern sind viele kleine Leute. Auch die Bekleidung unserer Waisen ist mangelhaft; sie erhalten solche nur einmal. Das genügt nicht — Berlin, Schöneberg und Charlottenburg kleiden die Kinder alljährlich neu. Der Antrag wird nach einer kurzen Replik des Antragstellers gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt. — Der Betrag für die städtische Säuglingsfürsorge wird von 4000 auf 7000 M. auf Vorschlag des Magistrats erhöht. — Eine weitere Vorlage des Magistrats will dem Freiwilligen Erziehungsbeirat eine Summe von 2500 M. zur Errichtung eines Volkskindergartens zur Verfügung stellen. Für den Kindergarten ist beabsichtigt, das von der Stadt angekaufte Straubsche Grundstück (Ecke Berliner und Münchener Straße) zur Verfügung zu stellen, dessen schöne Gartenanlage nebst Terrasse sich vorzüglich dazu eignen würde. Der Rechnungsausschuß hat diese Lösung der Platzfrage abgelehnt. Stadt Pagels (Soz.) ersucht, dem Ausschuß nicht zu folgen; denn es sei schade, wenn das Grundstück brachliegen bleibe. Die in der Vorberatung angeführten Gründe sind nicht stichhaltig. Man fürchte wohl nur, daß später dauernd ein Grundstück überlassen werden müsse. Dieser eigentlich selbstverständlichen Pflicht wolle man sich aber von vornherein entziehen. Die folgenden Ausführungen des Stadtv. Abraham rekapitulieren in der Hauptsache die merkwürdigen Gründe des Rechnungsausschusses, bestätigen aber sonst die Schlußfolgerungen des Vorredners. Stadtv. Conrad (Soz.) tritt für Ueberlassung des Grundstücks zu dem gedachten Zweck ein. Auch die schwerreiche Vereinsbrauerei sollte den brachliegenden hinteren Teil ihres Gartens der Jugend als Tummelplatz überlassen. Stadtrat Dr. Weinreich spricht noch für die Magistratsvorlage, doch in einer Form, die einem Rückzuge verzweifelt ähnlich sieht. Er klagt u. a., daß die von den Sozialdemokraten an den Wohlfahrtseinrichtungen geübte Kritik nicht sehr ermutige. Die Mehrheit quittierte darüber, indem sie die Ueberlassung des Grundstücks ablehnte. Die Armen-, Waisen- und Wohlfahrtspflege erfordert einen Zuschuß von 350 300 M.

Das Kapitel „Krankenpflege“ enthält eine Vorlage des Magistrats, welche die Erhöhung der Zahl der Krankenhausärzte bezweckt. Die Versammlung genehmigt dies. Der Zuschuß für diesen Verwaltungszweig beträgt 66 300 M.

Zum Kapitel „Allgemeine Verwaltung“ hat der Rechnungsausschuß beschlossen, den Magistrat um Verhandlung mit der Straßenbahngesellschaft zu ersuchen zwecks freier oder ermäßigter Fahrt auf bestimmten Linien für die Mitglieder der Versammlung. Maßgebend hierfür waren die mit dem städtischen Ehrenamt verbundenen erheblichen Unkosten. Dem Beschlusse tritt die Versammlung einstimmig bei. Beim Titel „Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ beantragt Stadtv. Pagels (Soz.) erhöhte Tagegelder für die Beisitzer, denen bei der Länge der Gerichtssitzungen stets ein voller Tagelohn verloren gehe. 4 M. seien da zu wenig; 6 M. wären angemessen. Stadtrat Dr. Glücksmann und Stadtv. Emmeluth bestreiten die Notwendigkeit der Erhöhung, während Stadtv. Conrad (Soz.) sie befürwortet. Mit Rücksicht auf die vom Stadtrat in Aussicht gestellte spätere Vorlage werden wir — so führt Redner aus — jedoch unseren Antrag zurückstellen und abwarten. — Für Veranstaltung volkstümlicher Vorträge in Rixdorf werden 600 M. neu in den Etat eingestellt. — Die für den Oratorien-Verein als Beihülfe ausgeworfenen 300 M. will Stadtv. Hoppe (Soz.) gestrichen wissen, da er darin eine einseitige Bevorzugung eines Vereins gegenüber anderen gleichwertigen erblickt. Er sowohl als auch Stadtv. Conrad (Soz.) rügen auch die Herabsetzung der Pflichtstundenzahl des Dirigenten des Oratorien-Vereins in seiner Eigenschaft als Lehrer. Die Beihülfe wird mit 26 gegen 21 Stimmen bewilligt. — Auf eine Anfrage des Stadtv. Hoppe (Soz.) erklärt der erste Bürgermeister Kaiser den hohen Betrag zur Verfügung der Stadtverordneten-Versammlung dahin, daß man gewappnet sein wolle gegen die Schädlichkeiten des neuen Polizeikostengesetzes. Dieses bedeute einen Eingriff in die Selbstverwaltung und daher habe sich auch Rixdorf der Petition dagegen angeschlossen.

Der Steuerplan ruft eine längere Debatte um die Lustbarkeitssteuer hervor. Die Stadtvv. Hoppe (Soz.) und Gröpler plädieren für Beseitigung derselben. Stadtrat Mier und Bürgermeister Kaiser ersuchen, von einer Aenderung des Steuerplans jetzt abzusehen, da eine Reform desselben im Hinblick auf die immer größer werdenden kommunalen Aufgaben demnächst vorzubereiten sei. Stadtv. Wutzky (Soz.) stellt fest, daß diese zugesagte Reform lediglich seine Freunde davon abhalte, den geplanten Antrag auf Einführung der Wertzuwachssteuer zu stellen. Die Abstimmung ergibt die Ablehnung der vom Magistrat beantragten Erhöhung der Brausteuer für einheimische Biere von 50 auf 65 Pf. per Hektoliter; die Lustbarkeitssteuer wird beibehalten.

Vor Schluß der öffentlichen Beratungen stellt die Versammlung auf Antrag Just einstimmig fest, daß sie an eine Namensänderung für Rixdorf nicht denke. Erster Bürgermeister Kaiser erklärt unter Beifall das gleiche seitens des Magistrats. Den bezüglichen Gerüchten dürfte damit ein Ende gemacht sein.

In längerer geheimer Sitzung am Freitagabend wurden die Beamten- und Lehrergehälter mit wenigen Aenderungen genehmigt. Der Gesamtetat fand damit am Freitag in später Stunde seinen Abschluß.

Arbeiter-Samariter-Kolonne. Donnerstagabend 9 Uhr, 5. Abteilung, Bergstr. 151/152, Vortrag über Verbrennungen und Erfrierungen mit nachfolgenden praktischen Uebungen. Neue Mitglieder in dieser Abteilung noch eintreten.

Charlottenburg.

Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. An diesen Grundsatz wurde am vergangenen Mittwoch ein hiesiger Einwohner unsanft ermahnt, obwohl er glaubte, denselben auch nicht im entferntesten verletzt zu haben. Herr Klee, so heißt der Bürger, ging am genannten Abend die Wilmersdorfer Straße entlang, als ihn an der Bismarckstraße von hinten ein Bekannter mit dem Schirm auf den Hut tippte. Erschrocken hierüber stieß er einen Laut aus, doch im nächsten Augenblick sah er sich auch schon von Schutzmannshänden gepackt, wobei ihm der Wächter der Ruhe in nicht mißzuverstehender Art begreiflich machte, daß er sich abends um 8 Uhr ganz ruhig auf der Straße zu unterhalten habe. K. konnte sich nicht erklären, was den Beamten zu diesem Diensteifer veranlaßte, er betonte deshalb, daß kein Grund vorliege, ihn zur Ruhe zu ermahnen, da er sich überhaupt nicht laut benommen. Daß er nicht mit auf die Wache genommen wurde, verdankt er dem Zufall, daß er dem Schutzmann persönlich bekannt war; er ist nämlich zu einem Termin gegen den Schutzmann als Zeuge geladen. Daß diese Tatsache ein Anlaß war, den Beamten gegen K. so außerordentlich empfindlich zu machen, ist wohl schwerlich anzunehmen.

Vor ausverkauftem Hause fand am Sonntag, den 15. März, das 3. Schwimmfest des Vereins „Freie Schwimmer“ Charlottenburg statt. Mit regem Interesse wurden die einzelnen Wettkämpfe verfolgt. Die Jugendstafetten wurden von der 1. Mannschaft der Freien Schwimmer überlegen gewonnen. Die Einlage der Damenabteilung der „Freien Schwimmer“, „Die Lorelei“ fand allgemeinen Beifall. Im Wasserballspiel waren beide Mannschaften der „Freien Schwimmer“ zum ersten Mal am Start; es siegte die Jugendmannschaft gegen Männermannschaft mit 3:2 Goals.

Charlottenburg. Die Sammelliste Nr. 115 für örtliche Wahlzwecke, auf welcher 2,00 M. gezeichnet waren, ist verloren gegangen. Wir bitten, diese Liste bei event. Vorzeigung anzuhalten.

Der Vorstand.

Lankwitz.

Was im Kreise Teltow alles passieren kann. Am 11. d. Mts. fanden am hiesigen Orte die Gemeindewahlen der 3. Wählerklasse statt, welche sich sehr interessant gestalteten. Schon seit Wochen entfalteten die Gegner eine fieberhafte Tätigkeit unter Hinzuziehung einer Autorität des Reichslügenverbandes, der den hiesigen Ort als geeigneten Boden betrachtet, die Samenkörner der Lüge auch über Lankwitz auszustreuen. Durch Gründung von allen möglichen Vereinen hatte man einen Lankwitzer Block zusammengeleimt, der aber nicht über den nötigen Halt verfügte und schon bei der Gemeindewahl bedenkliche Risse erhielt. Ihr Hauptaugenmerk hatten die Gegner, durch die Erfahrung gelegentlich der letzten Gemeindewahl gewitzigt, auf die Zusammensetzung des Bureaus gerichtet. Hinter verschlossenen Türen hatte die Blockbrüdergemeinde in allerlei bombastischen Reden ihr Treuegelöbnis gegeben, am Tage der Wahl pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Als unsere Genossen kurz vor Beginn der Wahl in einer Stärke von etwa 130 Mann erschienen, war die Sozialistentötergesellschaft erst etwa 50 Mann stark. Vergeblich schauten die Blockseelen nach der Tür, es kam aber keine Hülfe. Kurz vor Beginn der Wahlhandlung versuchte der Gemeindevorsteher Dillges in seiner Eigenschaft als Wahlvorsteher ein Kompromiß herbeizuführen, indem er den Gemeindesekretär einerseits und einen unserer Kandidaten andererseits als Beisitzer vorschlug. Einer unserer Genossen machte den Anwesenden klar, daß wir auf Grund der wenigen Machtbefugnisse darauf bestehen, das unsere vorgeschlagenen Genossen das Bureau bilden. Nachdem die beiden sich bildenden Parteien gesondert waren, gehörte wirklich nicht viel dazu, um mit einem Blick zu übersehen, daß unsere Genossen in der Mehrheit waren, aber der Herr Wahlvorsteher schritt dennoch zur Auszählung. Der Wahlvorsteher, welcher vor der Wahl erklärt haben soll, nicht wieder mit Sozialdemokraten am Wahltisch zu sitzen, fügte sich, wenn auch sichtlich erregt, in sein Schicksal. Hierauf begann die Stimmenabgabe, welche gleich zu Anfang ziemlich stürmisch einsetzte. Inzwischen jagte das von den Gegnern bereit gehaltene Automobil, sowie einige andere Vehikel, durch ganz Lankwitz, um die säumigen Blockbrüder heranzuholen; kurz alle möglichen Anstrengungen wurden gemacht. Um etwa 9 Uhr wurde die Wahlhandlung geschlossen. Es waren zwei Kandidaten zu wählen. Auf zwei der bürgerlichen Kandidaten entfielen je 210 Stimmen, auf einen Sonderkandidaten 35 Stimmen, auf unsere beiden Genossen 263 und 264 Stimmen. Nach diesem Ausfall stand fest, daß unsere Genossen den Sieg davongetragen hatten. Aber sie hatten die Rechnung ohne den Lankwitzer Gemeindevorsteher gemacht. Dieser erklärte der Wahlversammlung kurzerhand, daß Stichwahl stattzufinden habe. Unsere Genossen sowohl im Bureau als auch einzelne aus der Wahlversammlung, suchten den Gemeindevorsteher über die falsche Auslegung des Gesetzes zu bekehren, aber vergeblich! Eine Einigung war nicht herbeizuführen und so sah sich der Gemeindevorsteher genötigt, die Verkündigung des Resultats auf den nächsten Tag anzuberaumen.

Am Abend darauf mußte auch der Gemeindevorsteher von Lankwitz sich zu der Ansicht unserer Genossen bekennen und er verkündete, daß unsere beiden Genossen gewählt seien, welche Feststellung von den Versammelten mit lebhaftem Bravo aufgenommen wurde.

Nach diesem, uns von Lankwitzer Genossen zugegangenen Bericht wären also unsere Vertreter, entgegen der vor einigen Tagen gemachten Meldung, als definitiv gewählt zu betrachten. Damit ziehen zum ersten Male zwei Sozialdemokraten in die Lankwitzer Gemeindevertretung ein.

Groß-Lichterfelde.

Ein gebildeter Jüngling. In Groß-Lichterfelde haben bei der Gemeindewahl unsere Parteigenossinnen mit unermüdlichem Eifer und außerordentlichem Geschick sich an der Wahlarbeit beteiligt und damit zum Wachstum unserer Stimmenzahl ihr redlich Teil beigetragen. Leider ist es vorgekommen, daß eine unserer Genossinnen, die vor dem Wahllokal Kyllmannstraße (Borcherts Kasino) als Stimmzettelverteilerin ihre Pflicht erfüllte, in beschämendster Weise angeflegelt wurde.

Sie hatte eben einem Wähler einen Stimmzettel eingehändigt, als ein den „besseren Kreisen“ angehöriger Herr dem Wähler nacheilte, ihm den Stimmzettel abnahm und zu zerreißen suchte. Die Genossin, die den Vorgang bemerkte, stellte den Betreffenden sofort zur Rede und machte ihn energisch auf das Ungehörige und Unzulässige einer solchen Handlungsweise aufmerksam. Bei dieser Auseinandersetzung kam ein junger Mann hinzu, mischte sich hinein und bot der Genossin Backpfeifen an. Dieser junge gebildete Mann war der Kammergerichtsreferendar Karbe in Groß-Lichterfelde, Zehlendorfer Straße, ein Mitglied jener Gesellschaftsklasse, die zu den bevorzugten des preußischen Dreiklassenwahlrechts gehört. Wie wird diese feine Blüte preußischer Justiz einst in Amt und Würden über die Roheit der niederen Volksklassen zu zetern wissen.

Weißensee.

Nach dem Geschäftsbericht des Gewerbegerichts für das Jahr 1907 wurden im ganzen 321 Klagen erhoben, vom Vorjahre unerledigt waren 9. Von diesen wurden 322 erledigt. Von den Klagen sind erhoben worden von Arbeitern gegen Arbeitgeber 300, von Arbeitgebern gegen Arbeiter 28, zwischen Arbeitern desselben Arbeitgebers 2. Der Wert des Streitgegenstandes betrug bis 20 M. bei 150 Klagen, von 20—50 M. bei 94 Klagen, von 50 bis 100 M. bei 53 Klagen, mehr als 100 M. bei 18 Klagen. Klagen, bei denen der Wert nicht festgestellt wurde, sind 10 erhoben. Die höchste Klagesumme war 660 M., die geringste 50 Pf. Von den Streitigkeiten sind erledigt durch Zurücknahme 47, Vergleich 145, Anerkenntnis 39, rechtskräftiges Versäumnisurteil gegen Kläger 4, gegen Beklagte 24, Endurteil 40, Ruhenlassen 16. Wegen Unzuständigkeit wurden abgewiesen 7; Berufung wurde eingelegt in 2 Sachen. Erledigt sind von den Klagen in der Zeit von weniger als 1 Woche 144, 1—2 Wochen 79, 2 Wochen bis 1 Monat 58, 1—3 Monaten 39, mehr als 3 Monaten 2. Es ergingen Beweisbeschlüsse 100, Zeugen und Sachverständige gelangten 70 zur Vernehmung. Als Einigungsamt trat das Gewerbegericht nicht in Tätigkeit. Abgehalten wurden insgesammt 63 Termine. Davon wurden verhandelt in Terminen vor den Vorsitzenden allein 42, unter Zuziehung der Beisitzer in 21 Terminen.

Spandau.

Der von unseren Genossen über das Seitzsche Lokal verhängte Boykott soll, wie das „Spandauer Tageblatt“ zu berichten weiß, gegenstandslos geworden sein, weil der Militärfiskus mit Herrn Seitz einen Vertrag abgeschlossen hat, wonach der große Saal vom 1. April d. Js. ab für die zu den königl. Werkstätten kommandierten Mannschaften als Schlafsaal eingerichtet wird. Die kleineren Räume, Garten, Kegelbahnen und Küchenräumlichkeiten bleiben als Restaurationsräume bestehen. Ein Beschluß der Organisation, daß der Boykott keine Geltung mehr hat, liegt vorläufig noch nicht vor.

Wildau-Hoherlehme. In der gestrigen Gemeindevertreterwahl wurden unsere Kandidaten Otto Schumann als Ansässiger mit 134 Stimmen gegen den bürgerlichen Gegenkandidaten Lehmann, der 101 Stimmen erhielt, und Genosse A. Tänzer mit 129 gegen 109 Stimmen, die auf einen Herrn Kramer fielen, gewählt.

Witterungsübersicht vom 17. März 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	766	OSO	2	halb bd.	−2	Haparanda	756	N	4	wolkig	−7
Hamburg	765	OSO	2	bedeckt	0	Petersburg	763	SW	1	bedeckt	−7
Berlin	765	OSO	2	wolkenl.	−2	Scilly	761	WSW	3	wolkig	7
Frankf. a. M.	762	NO	1	Schnee	0	Aberdeen	761	SSO	2	bedeckt	8
München	762	NO	4	wolkenl.	−3	Paris	762	S	2	bedeckt	1
Wien	765	SO	2	bedeckt	0						

Wetterprognose für Mittwoch, den 18. März 1908.

Kühl und ziemlich trübe mit Niederschlägen und frischen östlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 16. 3. cm	seit 15. 3. cm[1]	Wasserstand	am 16. 3. cm	seit 15. 3. cm[1]
Memel, Tilsit	531[2]	+1	Saale, Grochlitz	224	−19
Pregel, Insterburg	371[3]	−24	Havel, Spandau[4]	166	+3
Weichsel, Thorn	500[5]	+24	„ Rathenow[4]	180	−4
Oder, Ratibor	218	−20	Spree, Spremberg[4]	122	0
„ Krossen	261	+1	„ Beeskow	215	−2
„ Frankfurt	252	−1	Weser, Münden	108	−25
Warthe, Schrimm	252	−8	„ Minden	222	−32
„ Landsberg	274	−6	Rhein, Maximiliansau	400	−10
Netze, Vordamm	127	0	„ Kaub	294	−22
Elbe, Leitmeritz	92	−5	„ Köln	416	−40
„ Dresden	−2	−14	Neckar, Heilbronn	142	−6
„ Barby	323	−4	Main, Wertheim	258	−20
„ Magdeburg	278	+3	Mosel, Trier	200	−31

[1] + bedeutet Wuchs, — Fall. — [2] Unterpegel. — [3] Eisstand. Heute um 6 Uhr morgens 534 cm bei Eisstand. — [4] Grundeis. — [5] Gestern mittag 504 cm, heute vormittag 516 cm. — Die Weichsel wird voraussichtlich noch wenig steigen.

Schutz gegen Influenza!

Die Influenza ergreift nur diejenigen, deren Blut resp. Blutkörperchen nicht stark genug sind, um siegreich den Kampf gegen die eindringenden Influenza-Bazillen aufzunehmen. Die Wallung des Blutes muss stärker sein, die Herztätigkeit erhöht werden; deshalb trinke man ½ Stunde vor jeder Mahlzeit, also vor dem 2ten Frühstück, vor dem Mittag- und Abendessen je ½ Glas

Santa Lucia Kraft-Rotwein.

Derselbe wirkt heilsam auf den ganzen menschlichen Organismus.

Rauchen Sie Phänomen Cigaretten!
Devise: Qualität ist die beste Empfehlung.

Ben Schira
Cigaretten sind die besten.
Marke A . . 2 Pfg., — Ultra . . 3 Pfg.
Käuflich in allen Cigarrengeschäften.

Würzburger Hühneraugenmittel
von **Dr. H. Unger.** — Gegen **30 Pfennig** auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die **bequemste u. wirksamste Hülfe.** Der Schmerz ist in **5 Min.** fort. Das Hühnerauge selbst in **3 Tagen.** (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.) **Dr. H. Unger in Würzburg.**
In **Berlin** (20 Pf.): Salomon-Apotheke, Charlottenstraße. Greif-Apotheke, Barnimstraße 33. — **München**: Schützen-Apotheke. — **Stuttgart**: Hirsch-Apotheke. — **Breslau**: Victoria-Apotheke. 110/1*

Arbeiter, 22332*
die ein Zigarrengeschäft einzurichten beabsichtigen, **wollen nicht** versäumen, mein reichhaltiges Kommissionslager und Agenturgeschäft zu besichtigen. Besonders mache ich auf die **Spezialmarken:**
„Malinda" und „Lady Godiva"
welche in hunderten Geschäften eingeführt sind, aufmerksam.
S. Rund, Generalagentur für Zigarren, **Berlin O., Marsilinsstr. 23**

Prinzenbad, Prinzenstr. 42, am Moritzplatz,
empfiehlt seine **russisch-römischen Bäder, elektrische Licht-, Dampf-, Heißluft-, Kasten-, billige Wannen-** und **sämtliche medizinischen Bäder.** Carl Krieg.
2125K*

M. Krügers Speise-Leinöl
ist das beste, täglich frisch und garantiert rein. — Hausfrauen! Wenn Sie wirklich schmackhaftes, frisches und reines Speise-Leinöl genießen wollen, dann achten Sie bei Einkauf stets auf das **Flaschen-Etiquett „Spreewälderin in Nationaltracht"** und fordern ausdrücklich **M. Krügers Speise-Leinöl.** Dasselbe ist in besseren Kolonialwaren- und Vorkostgeschäften zu haben. Sollten Sie bei Ihrem Kaufmann, bei dem Sie Ihre Einkäufe zu machen pflegen, **M. Krügers Speise-Leinöl „Marke Spreewälderin"** nicht erhalten können, so bekommen Sie dasselbe in den Geschäften nebenan oder gegenüber sicher.
Engros-Lager Berlin SO., Skalitzer Straße 105.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Brautleute, Umzügler! Spottbilligster Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Wäscheverkauf, Steppdecken, Anzügeverkauf, Paletotverkauf, Schmucksachen, Trauringe, Uhrenverkauf, Verschiedenes. Renommiertestes Pfandhaus, Weidenweg neunzehn. 377K*

10.00, Deckbett, Unterbett, Kissen, rotrosa Inlett. Pfandleihe Andreasstraße 38. 346K*

Landbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig 18,00, große Laken 1,00, Pfandleihe Andreasstraße 38. 347K*

Bauerndeckbett, Unterbett, zwei Kissen 27,00, große Freischwinger, Regulatore 9,00. Pfandleihe Andreasstraße 38. Fahrgeld wird vergütet. *

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre, kein Laden. Mauerhoff. †1

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden. Mauerhoff. 1†

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Fahrräder, Teilzahlungen. Invalidenstraße 20 Skalitzerstraße 40. 320K*

Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 2993K*

Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7, am Grünenweg. Verfallener Pfänderverkauf, spottbilliger Gardinenverkauf, Portierenverkauf, Wäscheverkauf, Deckenverkauf, Anzügeverkauf, Uhrenverkauf, Goldsachen, Silbersachen passende Einsegnungsgeschenke. 351K

Federbetten, Stand 11,00, große 16,00, Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. Tischdecken spottbillig. 332K*

Gaskronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Louis Böttcher (selbst): Boxhagenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße), Reinickendorferstraße 116, Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247. *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Nähmaschinen, Vergüte bis 20,00 wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte. Brauser, Frankfurter Allee 101, Laden. 2970K*

Inventur-Ausverkauf, Teppiche mit Farbenfehlern und Fabrikmuster mit 10 Prozent Rabatt. E. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 3498K*

Gardinen, Stores, etwas angeschmutzt, Fenster 1,25, 1,85, 2,50, 3,75, 3,85, 4,80 usw. 3508K*

Steppdecken, Fabrikmuster, Stück 3,65, 4,50, 5,85, 6,75 usw. 3518K*

Plüsch- und Tuchportieren, Fenster 3,85, 4,65, 5,25, 6,50, 7,50 usw. Große Frankfurterstraße 125. 3528K*

Tischdecken, Wolle und Plüsch, 1,65, 1,85, 2,35, 2,85, 3,50, 5,00 usw.

Läuferreste in allen Längen und Breiten zu Spottpreisen. 3343K*

Sofabezüge (Reste), Wolle und Plüsch, mit 15 Prozent Rabatt. E. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 3353K*

Herrenuhren, silberne 4,00, Damenuhren, goldene 8,00 Mark, Ketten, Schmucks, passende Einsegnungsgeschenke, spottbillig. Gubenerstraße 3–4, Pfandleihe. 3005K*

Teppiche. Vorwärtsleser erhalten auf meine spottbilligen Inventurpreise 5 Prozent Extrarabatt. Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz. *

Anzüge, Paletots nach Maß. Aus Ia Stoffresten, Monats- und nicht abgeholte Sachen staunend billig. Maßschneiderei Voß, Brunnenstraße 8, eine Treppe, am Rosenthalertor. *

Nähmaschinen. Zahle höchste Vergütung wer kauft oder nachweist. Schnellnäher, Bobbin usw. Hruba, Rosenthalerstraße 19. 5185*

Linoleumteppiche, Linoleumreste, Wachstuchdecken, Gummischläuche spottbillig. Jonas, Josephstraße 11 eine Treppe.

Gaskocherhaus!!! Geschlossene Zweilochgaskocher! 5,00. Extragroße Spargaskocher! Gasbügelapparat! Gasplätteisen! spottbillig! Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 316K*

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teschings, Uhren, Goldsachen, Kessel, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. *

Gardinen-Ausverkauf wegen Erbschaftsregulierung spottbillig Grüner Weg 80, parterre. 407K*

Metallbetten, prachtvolle, Kinderbettstell umzugshalber spottbillig, Ritterstraße 112 II. 113/8*

Teppichhaus Lefèvre, Oranienstraße 158, jetzt Inventur-Räumungspreise. Extraliste gratis. 1098*

Ueberzählige Herrenanzüge, Herrenpaletots, nur hochfeinste Ausführung, ausverkauft Engrosfabrik einzeln zu Engrospreisen. Enorme Geldersparnis. 2–4 geschlossen. Sonntagsverkauf 12–2. Neue Friedrichstraße 37, III. 294/5*

Similiseidene Steppdecken 4,15 (Seidenersatz), Wollatlas-Steppdecken 5,85, Inventur-Ausnahmepreise. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 108K

Humboldtleihhaus Brunnenstr. 58, Eckhaus Stralsunderstraße. Spottbilliger Pfänderverkauf, Herrenanzüge, Sommerpaletots. Großer Bettenverkauf, Aussteuerwäsche, Steppdecken, wundervolle Gardinen, Teppichverkauf, Uhrenverkauf, Schmucksachen, verschiedene Möbelstücke. Sonntags geöffnet. 3888*

Lauben-Baumaterialien, gebrauchte und neue, wie: Kantholz, Bretter, Latten, Leisten, Türen, Fenster, Dachpappe, in größter Auswahl, billigst. Hasenheide 2 (am Hermannplatz). 158b*

Pfandleihhaus! Hermannplatz 6. Pfänderverkauf! Gardinenverkauf! Staunend billige Herrenanzüge! Herrenpaletots! Extrabilliger Bettenverkauf! Wäscheverkauf! Steppdecken! Plüschtischdecken! Teppichverkauf! Uhrenverkauf! Kettenverkauf! Ringeverkauf! Schmucksachen! Sonntags ebenfalls geöffnet. *

Stuhlwagen, ein- und zweispännig, billig verkäuflich Lothringerstraße 26, Möbelspeicher. 744b

Kinderwagen verkauft billigst Biemann, Kaiser Friedrichstraße 22, Quergebäude. †143

Halbrenner, hochelegant, sofort, 35,—. Anklamerstraße 3, Schuhgeschäft. 475K*

Halbrenner, hochschick, spottbillig, Bierhalle Hackescher Markt, Neue Promenade 2. 473K*

500 gebrauchte Fahrräder wegen Lagerüberfüllung 5,—, 10,—, 15,—, 20,—, 25,—. Günstigste Gelegenheit für Händler, Pfandleiher. Machnow, Arkonaplatz 1. Vom 1. April Weinmeisterstraße 14. 472K*

Pianino, hohes, kreuzsaitig, 140 Mark, Turmstraße 8 I. 118/2

Halbrenner, Brennabor 38,—. Grams, Ackerstraße 65. 474K*

Sportwagen verkauft Schneider, Heidelbergerstraße 31. 478K

Handwagen zu verkaufen Warschauerstraße 84. †135

Monatsanzüge und Winterpaletots sowie Joppen von 5,00, Hosen von 1,60, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Ratz, Mulackstraße 14. 7455*

Paletots, Monatsanzüge, wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzell, nur Rosenthalerstraße 10. 265/13*

Zittauer-Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, gebrauchte spottbillig, Wienerstraße 1–6, Warschauerstraße 67, Ackerstraße 111.

Geschäftsverkäufe.

Zigarrengeschäft, 600,00, Miete 850,00, zweizimmerige Wohnung. Näheres Seestraße 66. 7235

Gelegenheitskauf. Eckrestauration wegen anderer Unternehmen sehr billig zu verkaufen, eventuell Brauereihilfe. Zu erfragen Fürstenstraße 1, Restauration. 734b

Obst-, Gemüsegeschäft, Rolle, umständehalber preiswert zu verkaufen Glogauerstraße 24. 731b

Eckrestauration in Rixdorf, nachweislich gutgehend, sofort plötzlich eingetretener Umstände halber verkäuflich. Näheres bei Bürger, Rixdorf, Treptower Straße 15. †143

Parteilokal sofort zu verkaufen Lausitzerstraße 12. †22

Obst, Gemüse und Materialwaren mit Rolle billig zu verkaufen Rixdorf, Donaustraße 17. †143

Restauration, gute Existenz für Parteigenossen, Preis 1400,00, Miete 1500,00. Näheres Restauration Görlitzerstraße 45. 748b*

Möbel.

Gelegenheitskauf. Kleiderschrank, Vertiko, Bettstellen, Waschtoilette, Speisetisch, Stühle, Schreibtisch, Bücherschrank, Nußbaumbüfett, Säulenspiegel, Garderobenspind, Ankleidespind, Plüschsofa, komplette Wirtschaften, Küchenmöbel. Möbelspeicher Schillingstraße 15/16 (Nähe Große Frankfurterstraße). 314K*

Billige Möbel aus Konkurssachen und Gelegenheitskäufen offeriere einen Posten Möbel ausnahmsweise spottbillig: Elegante Kleiderschränke, Vertiko 28,—, Sofas 28,—, elegante Garnituren 60,—, Trumeaus 27,—, Bettstellen mit guter Matratze 26,—, Tische 5,—, bunte, komplette Küchen 35,—, außerdem ein großer Posten hochfeiner, besserer Möbel, Büfette, Speisezimmer, Herrenzimmer, Salons, komplette Schlafzimmer, geschnitzte Möbel, viele einzelne Luxusmöbel unter halben reellen Preisen. Seeligs Lagerspeicher, Elsasserstraße 8, Vorderhaus I. Kein Laden. 428K*

Dringend. Wegen Aufgabe einer ganzen Etage verkaufe sämtliche Möbel. Geschnitztes Nußbaumbüfett 120,—, Ankleideschrank 80, Ausziehtisch 16, Muschelkleiderspind, Muschelvertiko 28, Rohrstühle 3, Paneelsofa, Taschensofa, Schlafsofa, Muschelsofa, Garderobenspind 38, Ruhebett 25, Schreibtisch, Säulentrumeau 36, Kommode, Waschtoilette, Bettstelle mit Matratze 20, Bierzugtisch, Lederstühle 11, bunte Küchenmöbel. Auch Teilzahlung. Wallstraße 81 I, nahe Spittelmarkt. 117/20*

Billige Möbel aus Versteigerungen, Auslösungen, Schränke, Vertikos 27,—, Bettstellen 25,—, Taschensofas 45,—, hochelegante Salongarnituren, Büfette, Trumeaus 33,—, Bücherschränke 58,—, Schreibtische, Auszugtische, Lederstühle, Klubsessel, Ledersofas, bunte Küchen, Kronen, Oelgemälde, kolossale Auswahl billiger Wirtschaften, seltene Gelegenheitskäufe kompletter Speisezimmer, Herrenzimmer, Salons, Schlafzimmer, Küchen. Lennert, Lothringerstraße 55. 468K*

Möbel billig. In meiner seit 1880 bestehenden Möbelfabrik, Gneisenaustraße 15, am Halleschen Tore, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, verliehen gewesene und neue Ausstattungen zu sehr billigem Verkauf. Teilzahlung bei geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Ich liefere gediegene Einrichtungen für 150,—, 200,—, 300,—, 400,— Mark, hochelegante 500,— bis 10 000 Mark. Besonders empfehlenswert ist der große Vorrat verliehen gewesener Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderspind 20,—, Sofa mit Auszug 30,—, Bettstelle mit Sprungfedermatratze 23,—, Muschelspinde, Vertiko 34,—, Ruhebett 18,—, Säulentrumeau 30,—, Taschendiwan 43,—, Paneelsofa mit Satteltaschen 73,—, englische Plüschgarnitur 95,—, Muschelbettstelle mit Matratze 36,—, Schreibtisch 25,—, geschnitztes Büfett 115,—, englisches Schlafzimmer, Speisezimmer, besonders preiswerte Salons. Gekaufte Möbel werden kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Gespanne geliefert. Musterbuch gratis. Sonntags von 8–10 und 12–2 Uhr geöffnet. 388K*

Möbelfabrik H. Nolte, Tischlermeister, liefert einzelne Möbel sowie ganze Einrichtungen per Kasse und auf Teilzahlung zu billigsten Preisen. Berlin N., Zionskirchstraße 40. Telephon III 6952. 281K*

Möbelfabrik Oranienstraße 172/173, Brautleute, die gediegene Möbel kaufen wollen, sollen nicht versäumen, meine bedeutenden Lager zu besichtigen. Billiger als Händler. Einrichtungen von 285,00, 488,00, elegante 650,00 bis 5000,00, englisches Schlafzimmer 272,00 eichenes Herrenzimmer, Speisezimmer, Salons, Nußbaum oder Mahagoni, Taschensofa 60,00, Trumeau 38,00, Kleiderschrank, Vertiko 45,00, Küchen, moderner Anstrich, 58,00. Verliehene und zurückgesetzte billig. Auch Teilzahlung. 403K*

Kleiderschrank, Vertiko, Plüschsofa, zwei Muschelbetten, Ausziehtisch, Säulentrumeau, Küchensachen verkauft umständehalber sofort Winkelmann, Dresdenerstraße 109, Quergebäude rechts parterre. 739b

Umzugshalber verkaufe Nußbaumwirtschaft, Stube und Küche, Dresdenerstraße 28, Seitenflügel parterre.

Möbelverkauf! Durch günstigen Einkauf selten billig, auch Teilzahlung. Besichtigung erbeten. Kastanien-Allee 58. 406K*

Auktionsmöbel, eleganter Schreibtisch 28,—, Chaiselongue 18,—, Säulentrumeaus 30,—, Schlafsofa 35,—, Garnitur 40,—, Paneelsofa 60,—, Kronen, Oelgemälde, Teppiche, viele Tauschmöbel, Büfett, Bücherschrank, Umbau, einige gediegene neue Schlafzimmer, Wohnzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Salon, Küchen spottbillig. Rasch, Grüner Weg 8, Auktionsannahme. 447K*

Speichermöbel Brunnenstraße 182, Hof. Gelegenheitskäufe ganzer Wohnungseinrichtungen wie einzelner Möbel, Säulentrumeau, Taschensofas, Muschelbetten, Englischbetten, Muschelvertiko, Teppiche, Muschelschrank 23,—, Spiegel, Spiegelspinden, Kommoden, moderne Küchen, Marmortoiletten, Ausziehtische, Sofatische und viele andere Gegenstände spottbillig. 452K*

Krautstraße 50. Möbel-Inventur-Ausverkauf. Brautleute kaufen Möbel, Spiegel, Polsterwaren zu spottbilligen Preisen. Besichtigung ohne Kaufzwang. Möbelspeicher Saalfeld. 747b

Herrschaftliche Möbel! Speisezimmer, komplett, fast neu! 700, 850, 1080, 1200,—, Schlafzimmer 350, 425, 575, 650,—, Herrenzimmer 600, 725, 860, 950, 1100,—, Salon 520, 650, 775, 890, 1050, 1400,—, Ledersofa, Klubsessel, Gaskronen, Küchen, Nußmentische! Diese obengenannten herrschaftlichen Möbeln stammen zum Teil von Herrschaften, Verlobten, Konkursen, Auslösungen und Versteigerungen! Diese Möbel haben zirka den doppelten Wert! Sämtliche sind aufgestellt! Aufbewahrungsspeicher Lothringerstraße 26, Schönhausertor. 743b*

Wollen Sie wirklich eine reelle Einrichtung oder einzelnes Möbelstück gut und trotzdem preiswert kaufen, so müssen Sie zu Hasemanns Möbelspeicher hingehen! Einrichtung mit moderner Küche zusammen 250 Mark! Bin billiger wie fast alle Möbelhändler. Durch größere Abschlüsse meiner Lieferanten bin ich imstande, Möbel bis 30 Prozent billiger zu verkaufen, als die Möbel regulär kosten! Einrichtung 250–1500 Mark! Große Auswahl! Besichtigung in 5 Etagen. Speisezimmer, Salon, Herrenzimmer, Schlafzimmer in jeder Preislage! Transport frei. Lothringerstraße 26, Schönhauser Tor! Geöffnet 8–8, Sonntag 8–2. 746b*

Plüschsofa, Säulentrumeau, Kleiderschrank, Vertiko, Ausziehtisch, Wanduhr, zwei englische Bettstellen, Ankleideschrank, Waschtoilette mit Spiegel, Garnitur, Schreibtisch, Gaskrone, Nähmaschine, Bilder, moderne Küche, wegzugshalber billigst verkäuflich. Möbel fast neu! Händler verbeten. Fräulein Bölling, Kastanienallee 21, vorn I links. 7425

Im Möbelkaufhaus Köpenickerstraße 29, direkt an der Köpenickerbrücke, stehen viele Wohnungseinrichtungen von 150 Mark an sowie einzelne Möbelgegenstände zum schleunigen Verkauf aus. Außerdem auch viele verliehen gewesene Möbel, die weit unterm Wert verkauft werden, darunter Nußbaum-Kleiderspind 24,—, dito Vertiko 27,—, Ausziehtisch 16,—, Bettstellen mit Matratze 19,—, Waschtoiletten 20,—, elegante Taschensofas staunend billig. Büfetts 100,—, englische Bettstellen mit Matratze und Keilkissen 40,—, Herrenschreibtisch 28,—, moderne Küchen in allen Farbentönen von 40,— an. Gekaufte Möbel können in meinem Speicher kostenlos lagern. Transport frei. 247/4

Verschiedenes.

Schmeißers Volkssänger-Gesellschaft, Stettinerstraße 57.

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Patentanwalt Bessel, Gitschinerstraße 94a. 2555K*

Wer ein Geschäft kaufen oder verkaufen will, wende sich an Vollrath u. Co., Elsasserstraße 21, Amt 3a, 4875. 145K*

Kunststopferei von Frau Kokosky Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Pharus-Säle, Müllerstraße 142. Zum Frühkonzert ist der erste Pfingstfeiertag frei geworden. Meine prachtvollen Säle und Garten mit Terrassen halte Vereinen und Gesellschaften für Sonnabende und Sonntage bestens empfohlen. 466K*

Pfandleihe Markusstraße 27. *

Elsholz, Komiker, Gropiusstraße 6.

Aufpolsterung, Bettmatratze 4,00, Sofa 5,00, auch außerm Hause. Hoffmann, Neue Königstraße 30.

Bücher, alte, Lexika und ganze Bibliotheken kauft Beyer, Oranienstraße 138. 704b*

Vereinszimmer, 30–50 Personen, Sonnabends und Sonntags frei, Jossenerstraße 1. 489b

Waschanstalt Anna Richter, Köpenick, Gartenstraße 18. Wäsche wird sauber ohne Chlor gewaschen, Freien getrocknet, 4 Handtücher 0,10. Abholung Sonnabend. 471K

Nehme die Beleidigung, die ich gegen Herrn Maurer Weske, Kleinbeerenstraße 7, ausgestoßen habe, hiermit zurück. O. Bredow, Naunynstraße 12. 735b

Gesangfreunde gesucht von jungem Gesangverein. Freitagabend beim Landsmann, Rixdorf, Prinz Handjerystraße 69. †143*

Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich das Lokal des Herrn Wollbrandt, Rixdorf, Kirchhofstraße 41, übernommen habe. Oskar Wolff, früherer Automaten-Einrichter.

Zither-Unterricht wünscht zu erlernen Langer, Memelerstraße 51.

Dampfwäscherei „Schneewittchen", Weißensee, Friedrichstraße, liefert tadellose Wäsche bei denkbar größter Schonung und billigster Berechnung in 8 Tagen. Amt Weißensee 203. *

Vermietungen.

Wohnungen.

Stube, Küche, Korridor nebst Zubehör, 23,00, sofort vermietet Grimm, Klödenstraße 7 parterre. 728b

Sofort Stube, Küche, Balkon zu vermieten. Reinickendorf-West, Antonienstraße 9, vorn 1, Schön. Preis 22,50. 741b

Jungstraße 18 (Frankfurterallee) moderne zweizimmerige Wohnung 396,00, Erkerwohnung, Badezimmer, Balkon 480,00, Balkonwohnung 306,00. 294/15*

Zimmer.

Möbliertes Zimmer für einen oder zwei Herren: Baumschulenweg, Trojanstraße 6, am Bahnhof. 707b

Vorderzimmer, separat, 1 auch 2 Herren, Badebenutzung, Urbanstr. 65, rechter Aufgang II. 681b

Gut möbliertes Zimmer (Balkon, Bad), eventuell Pension. Holsteinischestraße 11a, vorn I, Herden. 736b*

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle vermietet Witwe Golze, Manteuffelstraße 88, vorn III. 732b

Möblierte Schlafstelle für zwei Herren, Witwe Ratwengel, Wittstockerstraße 7. †129

Mietsgesuche.

Möbliertes Zimmer suchen zwei Damen, 20 Mark inklusive, Nähe Boxhagen-Rummelsburg. Offerten „Zimmer" Postamt 98. 719b

Solider Tischler, 27, sucht allein einfach möbliertes Zimmer oder Schlafstelle bis 15.—, Nähe Schönhauser Bahnhof oder Gesundbrunnen zum 1./4. Offerten K. H. „Vorwärts", Lychenerstraße 123. †123

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläser, Mulackstraße 27. 1468b

Aeltere Frau sucht Stellung für Nachmittag bei Kindern. Pasternack, Rixdorf, Berlinerstraße 65. †143

Stellenangebote.

Gürtler- und Former-Lehrling stellt ein Karl Millarg, Bronzewarenfabrik, Berlin, Goßlerstraße 20. 432K

Ersten Kunstschmied verlangt Paul Heinrichs, Schöneberg, Feurigstraße 54. Meldungen 6–7 abends.

Setzerlehrling suchen Reinke u. Grunwald, Prinzenstraße 42. 118/1

Lehrmädchen, Blusen, verlangt Golnar, Koppenstraße 25. †127

Mamsells für bessere Hänger und Kostüme verlangt Derwenskus, Reichenbergerstraße 177. 727b

Maschinennäherin, Handnäherin verlangt Wendel, Schreinerstraße 22.

Junges, sauberes Mädchen zu zwei Kindern von fünf und sieben Jahren im kleinen Haushalt verlangt. Gertrud Swienty, Schöneberg, Sedanstraße 57 III. 463K*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Nebenbeschäft. als Krankenbesucher sucht junger Mann, einige Stunden am Tage frei. Off. unter **R. 26** Postamt **Karlshorst.** 724b

Tüchtige Rabitzspanner
auf Kreuz- und Sterngewölbe, aber nur solche verlangt *
Wagner Co., Posen, Viktoriastr. 22.

Achtung! Achtung!
Klavierarbeiter!
Wegen Lohndifferenzen ist der Betrieb von **Neufeld,** Belleallancestraße 8, für sämtliche Branchen gesperrt.
Vereinigung *
der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen".

Zentrum:
Fritz Zinke, Mauerstr. 89.
A. Habnisch, Auguststr. 50.
Westen:
G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.
Osten:
W. Mann, Petersburgerplatz 4.
R. Wengels, Rüdersdorferstr. 3.
Gustav Vogel, Koppenstr. 83.
Nordosten:
L. Zucht, Immanuelkirchstr. 12.
J. Reuß, Barnimstr. 42.
Norden:
H. Raschke, Ackerstr. 36.
F. Trapp, Stettinerstr. 10.
Karl Marx, Lychenerstr. 123.
Karl Weihe, Nazarethkirchstr. 49.
L. Dechand, Ruheplatzstr. 24.
H. Vogel, Lorzingstr. 37.
A. Tietz, Invalidenstr. 121.
Nordwesten:
Karl Anders, Salzwedelerstr. 8.
W. Schrolle, Gotzkowskystr. 29.
Südwesten:
H. Werner, Gneisenaustr. 72.
H. Schröder, Hagelbergerstr. 27.
Süden:
St. Fritz, Prinzenstr. 31.
F. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8.
Südosten:
Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15.
P. Horsch, Engel-Ufer 15.
Charlottenburg:
G. Scharnberg, Sesenheimerstr. 1.
Friedrichsberg:
O. Seifel, Kronprinzenstr. 50.
Rixdorf:
M. Heinrich, Neckarstr. 7.
Conrad, Hermannstr. 50.
Rummelsburg:
A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 58.
Schöneberg:
Wilh. Bäumler, Martin Lutherstr. 51.
Weißensee:
R. Fuhrmann, Sedanstr. 105.
Jul. Schillert, König-Chaussee 39a.
Reinickendorf:
P. Gurich, Provinzstraße, Ecke Grünerweg.
Treptow: 245/2*
M. Gramenz, Kiefholzstr. 412.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.